



ZUKUNFT
DER
DEMOKRATIE
DEMOKRATIE
DER
ZUKUNFT

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Landesbüro Niedersachsen

ZUKUNFT
DER
DEMOKRATIE
DEMOKRATIE
DER
ZUKUNFT

Dokumentation der Tagung
am 22. Januar 2011 in Hannover

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Niedersachsen

Impressum

Herausgeber:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Niedersachsen
Theaterstraße 3
30159 Hannover

E-Mail: niedersachsen@fes.de
Telefon: 0511 357708-30
www.fes.de/niedersachsen

Verantwortlich:
Petra Wilke

Redaktion:
Ursula Birls und Cornelius Schley

Layout:
Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Druck:
bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Friedrich-Ebert-Stiftung
Printed in Germany 2011
ISBN: 978-3-86872-798-2

Die Positionen der Autorinnen und Autoren
geben nicht in jedem Fall die Position der
Friedrich-Ebert-Stiftung wieder.

Inhaltsverzeichnis

Petra Wilke

Vorbemerkung: „Demokratie braucht Demokraten“ 5

Gabriele Andretta / Ursula Birsl / Arno Brandt / Bernd Lange / Cornelius Schley

Vorwort: Nachdenken über die Demokratisierung der Demokratie 7

Ursula Birsl

Einführung: Zukunft der Demokratie – Demokratie der Zukunft 11

Bernd Lange

Spotlight: Demokratie in der Europäischen Union 29

I. ROUNDTABLE „DEMOKRATIE UND WIRTSCHAFT“ 38

EINFÜHRUNG 39

Arno Brandt

Einführung zum Roundtable „Demokratie und Wirtschaft“ 39

IMPULSREFERATE 46

Alex Demirovic

Wirtschaftsdemokratie nach ihrem Scheitern 46

Michael Schumann

Zukunft der Mitbestimmung 66

STATEMENTS 77

Hans-Jürgen Urban

Neue öko-soziale Wirtschaftsdemokratie? – Überlegungen zu einem gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprojekt 77

Werner Widuckel

Demokratie und Wirtschaft – Illusion oder Perspektive? 88

II. KEYNOTE-SPEECH	97
<i>Ralf Stegner</i>	
Keine Politik ohne Demokratie – keine Demokratie ohne Politik: Plädoyer für eine neue Demokratie	98
III. Roundtable „Demokratie und Gesellschaft“	116
EINFÜHRUNG.....	117
<i>Cornelius Schley</i>	
Einführung zum Roundtable „Demokratie und Gesellschaft“	117
IMPULSREFERATE	126
<i>Birgit Mahnkopf</i>	
Über die liberale Demokratie hinaus. Perspektiven partizipativer Demokratie unter den Restriktionen der Umweltkrise	126
<i>Michael Vester</i>	
Auf dem Weg zu einem „partizipatorischen Wohlfahrtsstaat“?	135
STATEMENTS	169
<i>Marlene Werfl</i>	
Wer könnten die Träger eines Demokratisierungsprozesses sein?	169
<i>Adrian Schäfer</i>	
Die heutige Jugend – Zukunft der Demokratie?	173
<i>Sascha Vogt</i>	
Demokratie und die SPD	176
Zu den Autorinnen und Autoren	182

Vorbemerkung

„Demokratie braucht Demokraten“

(Friedrich Ebert)

Demokratie ist mit der Aufklärung zu einem Zukunftsprojekt geworden. Mit den Arbeiterbewegungen und deren sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften in Europa wurde Demokratie zu einem emanzipatorischen Projekt. Dieses Projekt ist nun zunehmend in den Hintergrund getreten oder als Projekt der Vergangenheit begriffen worden. Eine Weiterentwicklung blieb also aus. Damit waren Chancen vertan, internationale Verflechtungen in den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen, die Reorganisation von Unternehmen oder den Wandel zur wissensbasierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft demokratischer zu gestalten.

Stattdessen setzte sich in den USA wie auch in Europa neoliberales Denken durch. Es erfasste nicht allein wirtschaftliche Prozesse und die Wirtschaftspolitik, sondern wurde gleichsam politisch – kulturell hegemonial in allen Politikfeldern und veränderte das Menschen- und Gesellschaftsbild. Ein Leistungsethos wurde dominant, nach dem Menschen dem Primat des freien Marktes und des Konkurrierens unterworfen werden sollten.

Elemente dieses Denkens erfassten auch sozialdemokratische Parteien. Demokratische Partizipation in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wurden ebenso zu Randthemen auf der politischen Agenda wie die Fragen nach sozialen und kulturellen Voraussetzungen für mehr Teilhabechancen. Für das aktuell noch nicht stabil erstarkte sozialdemokratische Lager und die SPD als Bewegungspartei gibt es kaum eine andere Chance, als über das eigene Demokratieverständnis kritisch nachzudenken und demokratische Partizipation in das Zentrum politischer Arbeit zu rücken.

Eine Chance, die angesichts des Vertrauensverlustes in die Demokratie und ihre Leistungsfähigkeit nicht vertan werden darf: Immer mehr Bürgerinnen und Bürger verlieren das Vertrauen in politische Entscheidungen, das Interesse an der Politik und den Glauben an die Demokratie als Form der Meinungs- und Entscheidungsbildung, wie sozialwissenschaftliche Studien belegen. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat die Erosion des Vertrauens in die Demokratie und in die Steuerungsfähigkeit des politischen Systems weiter verschärft.

„Demokratie braucht Demokraten“ – mit diesen Worten hat Friedrich Ebert, unser Namensgeber, kurz und präzise auf den Punkt gebracht, dass die Demokratie zu ihrer Sicherung und Fortentwicklung von der überzeugten Zustimmung, Handlungsfähigkeit und der Handlungsbereitschaft, dem Engagement, ihrer Bürgerinnen und Bürger lebt.

Mit der hier vorgelegten Dokumentation unserer Tagung möchten wir einen Beitrag leisten, über Ansätze und Modelle für mehr Partizipation und Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft zu debattieren.

Im Mittelpunkt stehen die beiden Leitfragen: Was bedeutet Demokratie, wenn sie über eine liberale Demokratie hinausweisen soll? Und: Wer könnte Träger dieses Demokratisierungsprozesses sein?

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei allen Referentinnen und Referenten für die uns zur Verfügung gestellten Beiträge und wünschen eine anregende Lektüre.

Petra Wilke
Leiterin Landesbüro Niedersachsen
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Vorwort

Nachdenken über die Demokratisierung der Demokratie

Zu Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise wurde das demokratiepolitische Dilemma offenkundig: Gesetze zur Stabilisierung von Banken, der sogenannte Bankenrettungsschirm oder die Konjunkturpakete wurden ohne öffentlichen Diskurs und hinreichender parlamentarischer Beratung durch den Bundestag gepaukt. In den politischen Feuilletons der Zeitungen wurde zwar die Rückkehr der Politik und des Staates in Zeiten der Globalisierung und weltwirtschaftlichen Verflechtungen gefeiert, jedoch stellte sich gleichzeitig Unbehagen ein: Welche Legitimität, welche *demokratische* Legitimität hatte das staatliche Handeln? Konnte öffentliche und parlamentarische Kontrolle noch gewährleistet werden? Oder wird Demokratie in Zeiten der Krise suspendiert und ist dies zu rechtfertigen? Bei der Laufzeitverlängerung der AKWs im Herbst 2010 stellten sich viele dieser Fragen erneut, und es kam eine weitere hinzu: welchen Einfluss haben große, global agierende Unternehmen – hier Energiekonzerne – auf politische Entscheidungsprozesse der Regierung, ohne dass die Öffentlichkeit, die Parteien oder auch der Bundestag davon Kenntnis erhalten? Beim Ausstiegsszenario und der so genannten energiepolitischen Wende im Frühjahr/Sommer 2011 ist wieder zu beobachten, wie komplexe und weit in die Zukunft reichende Entscheidungen in umfangreiche Gesetzespakete geschnürt und unter hohem zeitlichen Druck durch Bundesrat und Bundestag gedrückt werden. Vieles in diesem Gesetzespaket scheint mit der heißen Nadel gestrickt, und auch hier findet ein demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozess nicht statt. Ähnliches gilt für die Weichenstellungen in der Euro-Politik und das machtpolitische Gerangel um eine europäische Wirtschaftsregierung.

All das bleibt nicht ohne Wirkung. So dominieren plakative Schlagzeilen wie „Die Demokratie in der Krise“ – „Abkehr von der Politik“, aber auch „Bürgerinnen und Bürger an die Macht“ – „Mehr direkte Demokratie wagen“ die öffentliche Debatte. Befeuert durch Meinungsumfragen wird so ein Abgesang auf repräsentative Demokratieformen angestimmt, werden Parteien abgeschrieben und mehr direkte Bürgerbeteiligung gefordert. Augenscheinlich verunsichert, versuchen Parteien und andere Organisationen wieder Fuß zu fassen und versprechen – allerdings mit unterschiedlichen Akzentsetzungen – mehr direkte Demokratie. Auch die SPD-Führung versucht, sich in den vermeintlichen Mainstream einzufädeln und verordnet der Partei eine Debatte zum Thema *Mehr Demokratie leben*.

Kann es aber vor dem Hintergrund der kritischen Zustandsdiagnosen, die nicht allein für die Bundesrepublik, sondern gleichfalls für die meisten westlichen Demokratien herangezogen werden können, wirklich gelingen, vorrangig durch die Einführung von mehr direkter Bürgerbeteiligung, etwa durch Bürgerbegehren, Volksentscheide und Bürgerhaushalte, die Herrschaftskontrolle wieder an den Demos zu binden? Stimmt die Gleichung: mehr Demokratie durch direkte Demokratie? Entlässt der Staat seine Bürgerinnen und Bürger endlich in die Freiheit?

Wohl kaum. Demokratie als Staatsform konnte sich historisch durchsetzen, weil sie nicht allein auf die Politik und öffentliche Sphäre politischer Auseinandersetzungen beschränkt blieb, sondern als Herrschafts- und Lebensform alle gesellschaftlichen Bereiche umschloss. Sie schöpfte dabei ihre Kraft aus der egalitären Verheißung der Demokratie. In den 1960er und vor allem in den 1970er Jahren konnte zwar noch einmal an diese Tradition angeknüpft werden, als der Ausbau betrieblicher und Unternehmensmitbestimmung ebenso auf der Tagesordnung stand wie die Renaissance von Gemeinwirtschaft und Genossenschaftswesen im Wohnungsbau und im Bankenwesen oder wie die Öffnung des Bildungssystems. Dies gelang jedoch nur, weil die demokratische Partizipation in

allen Lebensbereichen und die Schaffung ihrer sozialen und kulturellen Voraussetzungen damals ein gesellschaftlich breit verankertes Demokratieprojekt war, das sich deutlich von dem aktuellen politischen Demokratiediskurs unterscheidet.

Mit der Umkehrung der politischen Kräfteverhältnisse, auch vor dem Hintergrund der Verengung ökonomischer Spielräume, folgte dann ein *Durchmarsch* neoliberaler, also auf Marktgesetze ausgerichteter Ideologien, die klandestin bald alle Politikbereiche durchdrangen. Und das neoliberale Denken machte auch vor der Sozialdemokratie nicht Halt. Befördert durch die Diskreditierung alternativer Gesellschaftsentwürfe nach dem Niedergang staatssozialistischer Regime, verschwand das Projekt „Demokratie als Lebensform“ (Oskar Negt) von der politischen Bildfläche – und zwar nachhaltig.

So kann es nicht überraschen, dass der aktuelle Demokratiediskurs der Demokratie als Staatsform verhaftet bleibt. Mehr direkte Bürgerbeteiligung soll in diesem Verständnis der besseren Legitimation dieser Staatsform dienen und nicht der Selbstbestimmung, Selbstherrschaft und Autonomie ihrer Bürgerinnen und Bürger. Angesichts fortgeschrittener sozialer Schließungsprozesse und hoch selektiver Zugänge zu Bürgerrechten ist dies ein höchst zweifelhaftes Unterfangen.

Im politischen Raum war bisher nur wenig Gegenmacht zu erwarten – zumindest bisher. In der Regeneration der SPD nach der Wahlniederlage im September 2009, in den Protesten gegen *Stuttgart 21* sowie der Atompolitik der Bundesregierung bis zur Katastrophe von Fukushima können jedoch Chancen liegen, das Primat einer partizipativen und sozialen Demokratie wieder mehr in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Diskurses zu rücken. Es gibt zumindest eine Debatte über das Thema *Demokratie*, an die wieder angeknüpft werden kann. Und auch in den Gewerkschaften nimmt die Diskussion über neue Mitbestimmungs- und Beteiligungsformen in der Wirtschaft wieder Fahrt auf.

Aus diesem Grund wurde vom Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung und den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern, die hier dokumentierte Tagung „Zukunft der Demokratie – Demokratie der Zukunft“ organisiert, die am 22. Januar 2011 in den Räumen der IG BCE in Hannover stattfand. Es ging dabei angesichts des demokratiepolitischen Unbehagens und der aktuellen Demokratiedebatte, die verkürzt erscheint, um die Frage, wie heute die Idee der Demokratie hin zu einer partizipatorischen und sozialen Demokratie erweitert und in der Öffentlichkeit diskutiert werden könnte. Wie lässt sich die Idee der Demokratie wieder unter dem Schutt neoliberaler Hegemonie ausgraben und neu diskutieren? Denn: Für die aktuell noch immer in einem Zustand der Schwäche verharrenden sozialdemokratischen Strömungen gibt es kaum eine größere Chance, als demokratische Partizipation, nicht nur in der Politik, sondern ebenfalls in der Gesellschaft und in der Wirtschaft, mit in das Zentrum ihrer politischen Arbeit zu rücken. Konservative Strömungen und Parteien kommen ohne Bewegung aus – emanzipatorische, linke Bewegungen aber benötigen diese als ‚Luft zum Leben‘. In diesem Sinne sollte die Tagung mit dazu beitragen, die Spielräume für ein emanzipatorisches Projekt erweiterter Partizipationsmöglichkeiten zu öffnen und konservative Gegenbewegungen zurück zu drängen.

Die Chance, die Tagung zu dokumentieren, ist der Bereitschaft der Referentinnen und Referenten zu verdanken, die ihre Beiträge zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt haben. Dafür bedanken wir uns.

*Gabriele Andretta
Ursula Birsl
Arno Brandt
Bernd Lange
Cornelius Schley*

Ursula Birsl

*Einführung: Zukunft der Demokratie – Demokratie der Zukunft*¹

Seit Beginn des neuen Jahrtausends wird in der Bundesrepublik wieder – wenn auch noch zögerlich – darüber debattiert, wie demokratisch die entwickelte liberale Demokratie eigentlich (noch) ist. Damit ist ein Thema wieder in die öffentliche Aufmerksamkeit gerückt, das bereits in den 1980er Jahren auf der Agenda stand, aber mit den Umwälzungen von 1989/90 von dieser verdrängt wurde. Der Blick richtete sich von da an auf den gesellschaftlichen und politischen Transformationsprozess in den neuen Bundesländern sowie in den mittelosteuropäischen Staaten. Auch die Politikwissenschaft wendete sich diesen Prozessen zu. Das Modell der liberalen Demokratie und seiner Entwicklung in der Bundesrepublik der 1970er Jahre wurde – so schien es – zum Referenzmodell in der Transformations- und Demokratieforschung erhoben. In der Öffentlichkeit und in der Wissenschaft blieb dabei vielfach unbeachtet, welchen Entwicklungspfad die Demokratie eingeschlagen hat, wie sich – um es mit Claus Offe zu sagen – „Verfalls- und Deformationsprozesse“ (Offe 2003: 10) immer tiefer begonnen haben in die und hinter den Institutionen der Demokratie einzuschreiben, wie politische Gleichheit und bürgerliche Freiheit zunehmend unterminiert werden. Andere westeuropäische Länder, wie beispielsweise Frankreich, Belgien, Großbritannien oder auch Spanien, können demgegenüber auf eine rund zwanzigjährige Demokratiedebatte zurückgreifen.

1 Dieser Beitrag ist eine überarbeitete Fassung des Eröffnungsvortrags der Tagung *Zukunft der Demokratie – Demokratie der Zukunft* der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Niedersachsen, vom 22. Januar 2011.

Insgesamt zeichnet sich das Bild von Demokratien in Europa in tristen Farben. So meint etwa Werner Perger, Redakteur der Wochenzeitung *Die Zeit*:

„Die besorgten Stimmen mehren sich. Kritische Befunde über den Zustand der liberalen Demokratie kommen aus allen Teilen Europas. Und allenthalben häufen sich die Befürchtungen, das System der offenen, demokratischen Gesellschaft, das eben erst, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, zum globalen Siegeszug aufzubrechen schien, könnte seinen Höhepunkt bereits überschritten haben“ (Perger 2007).

Und er fragt: „Ist die Demokratie schon auf dem Rückzug?“ (ebd.).

Ralf Dahrendorf ging zehn Jahre zuvor noch weiter. Er meinte, dass die Globalisierung dem „Domizil der repräsentativen Demokratie, das bisher funktioniert hat, dem Nationalstaat die ökonomische Grundlage“ (1997: 8) entzieht. Er sah den Zusammenhalt der Bürgergesellschaft am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts ebenso bedroht, wie die Institutionen der Demokratie. Diese würden durch eine konsequenzlose Kommunikation atomisierter Individuen ersetzt. Für ihn zeichnete sich ein düsteres Gemälde,

„(...) bei dessen Anblick daran zu erinnern ist, daß Prozesse der Globalisierung Grenzen haben. Sie haben regionale, aber auch ökonomische und soziale Grenzen. Dennoch drängt der Schluß sich auf, daß die Entwicklungen zur Globalisierung und ihre sozialen Folgen eher autoritären als demokratischen Verfassungen Vorschub leisten. Autoritäre Verfassungen aber können dauern; sie sind weder so katastrophenträchtig noch so prekär wie totalitäre Diktaturen. Ein Jahrhundert des Autoritarismus ist keineswegs die unwahrscheinlichste Prognose für das 21. Jahrhundert“ (Dahrendorf 1997: 8).

Ob diese Konturen eines Gemäldes ihren Ursprung allein und im Wesentlichen in der Globalisierung haben, einer Globalisierung, die hiernach kaum durch politisches Handeln beeinflusst werden kann, soll an dieser Stelle dahingestellt bleiben. Ob das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert des Autoritarismus werden könnte, kann zurzeit selbstredend noch nicht

abgeschätzt werden. Beunruhigend ist jedoch, – und dies gibt der damaligen Prognose von Dahrendorf eine gewisse Brisanz – dass sich der Blick nicht erst auf östliche Staaten der Europäischen Union, wie etwa Ungarn, also auf europäische Länder der sogenannten vierten Demokratisierungswelle (vgl. v. Beyme 1994; Birsl 2009) richten muss, um autoritäre oder autokratische Tendenzen zu erkennen. In Ungarn paaren sich allerdings besonders deutlich autoritäre und autokratische Entwicklungsprozesse. Es ist nicht allein das vieldiskutierte Mediengesetz oder die neue Medienbehörde, sondern es ist die neue Verfassung, die die radikal rechte Regierungspartei Fidesz unter der uneingeschränkten Führung von Viktor Orbán mit ihrer Dreiviertel-Mehrheit im Mai 2011 durch das nationale Parlament gepaukt hat. Hiernach verabschiedet sich das Land von dem Bekenntnis, eine Republik zu sein, ebenso wie von der Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit und der gegenseitigen Kontrolle der Gewalten. Aber wie gesagt: es sind nicht nur die mittelosteuropäischen Staaten, deren politische Entwicklung beunruhigend ist. Auch der französische Präsident Nicolas Sarkozy zeigt einen Hang zu autokratischem Amtsverständnis und präsentierte sich im Frühjahr 2011 in der Libyen-Frage als Caudillo. Der autokratische Regierungsstil des italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi animierte wiederum u. a. den britischen Sozialwissenschaftler Colin Crouch dazu, mit seinem Essay *Postdemokratie* (2008 [2004]) einen Weckruf an die Sozialdemokratie zu senden. Autokratische und autoritäre Tendenzen sind eher die offensichtlichen und die vordergründigen Phänomene eines Verfalls- und Deformationsprozesses der vermeintlich konsolidierten westlichen Demokratien. Diese Phänomene treten auch nicht zwangsläufig auf, wie etwa in der bundesdeutschen Demokratie. Die Erosion von Demokratie verläuft eher schleichend und hintergründig.

Deshalb soll nun im Folgenden zunächst auf diese hintergründigen Phänomene des Zerfalls- und Deformationsprozesses in konsolidierten, liberalen Demokratien eingegangen werden, wie sie in den Sozialwissen-

schaften identifiziert werden. Hier wird also nach der Zukunft der (liberalen) Demokratie gefragt. Unter dem Titel *Demokratie der Zukunft* soll dann begründet werden, warum es notwendig ist, Reformvorschläge nicht auf die *politische* Demokratie, auf die Institutionen der Demokratie sowie auf die Öffentlichkeit zu beschränken. Hierbei geht es – und dies ist nicht rein akademisch gemeint – um das Nachdenken über Demokratie. Dabei gilt es zunächst Fragen zu stellen; denn allem Augenschein nach muss der Begriff und die Idee der Demokratie (wieder) neu erobert werden. Das gilt nach meiner Einschätzung sowohl für die kritische Sozialwissenschaft als auch für die Sozialdemokratie. Mit Sozialdemokratie ist nicht allein eine Partei wie die SPD gemeint, sondern sind soziale Bewegungen und Organisationen wie auch die Gewerkschaften angesprochen, die sich der sozialen Demokratie, oder genauer: dem demokratischen Sozialismus als Gesellschaftsmodell verbunden fühlen.

1. Zukunft der Demokratie: Gegenwartsdiagnosen

In der kritischen Demokratiedebatte wird der Begriff der Postdemokratie etwa in Frankreich seit Anfang/Mitte der 1990er Jahre in Stellung gebracht². In Deutschland wurde er erst durch den britischen Sozialwissenschaftler Colin Crouch und die deutschsprachige Übersetzung seines gleichnamigen Essays 2008 popularisiert.

2 So sieht beispielsweise Jacques Rancière (1997) in seiner politisch-philosophischen und post-strukturalistischen Kritik an der „korrigierten Demokratie“ und entpolitisierten Form der Politik – von ihm auch als Post-Politik bezeichnet – vor allem eine rechtliche Kanalisierung und staatliche Disziplinierung politischer Energie. In dieser kritischen Reflexion über die Entwicklung etablierter Demokratien bleibt der Begriff der Demokratie der normative Bezug. Demgegenüber meint etwa Danilo Zolo (1998) aus der Sicht des sogenannten *italienischen Realismus*, dass westliche politische Systeme keine Demokratien, sondern liberale Wahloligarchien seien – er sieht eine „demokratische Fürstenherrschaft“ aufsteigen. In dieser Interpretation des italienischen Realismus wird der Begriff der Demokratie als Referenzbegriff für politische Prozesse aufgegeben (Buchstein/Jörke, 2003: 488ff.).

Anders als etwa in der französischen Debatte meint Crouch, dass die Postdemokratie in Ländern wie Frankreich, Großbritannien, Italien, Deutschland oder den USA noch nicht Realität ist. Allerdings bewegten sich die Demokratien auf einer Parabel in diese Richtung und erste postdemokratische Strukturen seien sichtbar. Er verortet den Höhepunkt liberale Demokratie im Westen und damit den Wendepunkt auf der Parabel in der Zeitspanne zwischen den 1950er und 1970er Jahren.

Was sind aber nun postdemokratische Strukturen und Phänomene, die sich in dieser Lesart in die liberalen Demokratien und damit auch in die der Bundesrepublik eingeschrieben haben? Kennzeichen postdemokratischer Phänomene sind im Wesentlichen, dass die Institutionen der Demokratie zwar erhalten bleiben, aber politische Entscheidungen zunehmend nicht mehr im öffentlichen Diskurs, über Parlamente und Parteien vermittelt, sondern Backstage, hinter verschlossenen Türen zwischen Regierungen und Vertretern großer, globaler Unternehmen sowie ökonomisch mächtiger und finanzstarker Lobbygruppen zustande kommen. Institutionen politischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse verlieren an Bedeutung. Politik informalisiert sich. Politik legitimiert sich vorrangig durch ihren Output und nur noch nachrangig dadurch, wie Entscheidungen unter Einbezug des Demos zustande kommen. Auf eine kurze Formel gebracht, heißt dies: die moderne Demokratie als Herrschaftsform verliert eine ihrer zentralen Funktionen – und zwar die Funktion der Herrschaftskontrolle. Unternehmen und bestimmte Lobbygruppen werden demgegenüber zu Veto-Akteuren aufgewertet.

Das Nachsehen bei dieser Entwicklung haben die Parlamente sowie die Parteien. Sie sind immer weniger in der Lage ihre Aufgabe zu erfüllen, zwischen Gesellschaft und Staat zu vermitteln und einen Willensbildungsprozess mit zu gestalten.

Gleichzeitig – und hierauf macht der Sozialwissenschaftler Claus Offe aufmerksam – werden die Fragen immer komplexer, auf die Politik zu reagieren hat. Er sagt:

„Ein neuer Typus von Themen mit einem extrem verlängerten Zeit- und Wirkungshorizont drängt auf die politische Agenda: Mandats- und Amtsträger haben es mit Entscheidungsmaterien z.B. biotechnischer, energiepolitischer, umwelt- und entwicklungspolitischer Art zu tun, bei denen so oder so sehr langfristig und sehr schwer abzuschätzende Politikfolgen zu gewärtigen sind, deren Bewertungen sich einfachen Gütekriterien (wie dem der ‚Nachhaltigkeit‘) entzieht“ (Offe 2003: 11f.).

Bürgerinnen und Bürger sind diesen neuen Anforderungen nicht minder ausgesetzt. Der Zugang zu scheinbar unbegrenzten Informationen über neue Medien führt hier nicht zwingend zu mehr Aufklärung und Transparenz, sondern erhöht die Komplexität. Diese Komplexität führt – so auch Offe – zu einer notorischen kognitiven Überforderung oder – um wieder auf Dahrendorf zurückzugreifen – zu einer Individualisierung politischer Kommunikation. Bürgerinnen und Bürger werden zunehmend zu Konsumentinnen und Konsumenten von Politik und ‚alternativen‘ politischen Entscheidungen. Diese wiederum werden zunehmend zu einer Art ‚Produkt‘, die es diesen Konsumentinnen und Konsumenten zu ‚verkaufen‘ gilt. Sprache ist hier verräterisch: Ob Vertreter der Unionsparteien, der FDP, der Grünen, der SPD oder der Linken – immer häufiger geht es um den ‚Markenkern‘ ihres Parteiprogramms oder politischen Profils, als seien sie Produzenten eines Produktes, eine Agentur, die für eine Marke wirbt – als betrieben sie ‚Logo-Politik‘.

Mit dieser Entwicklung – der Backstage-Politik, fehlender demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse und durch die Überforderung durch Komplexität – werden zwei Grundsätze der liberalen Demokratie ausgehöhlt: (1) Die bürgerliche Freiheit, selbstbestimmt einen eigenen politischen Willen zu entfalten, wird unterminiert. (2) Die politische Gleichheit wird dadurch konterkariert, dass sich die Machtasymmetrie zwischen Bürgerinnen und Bürgern einerseits sowie Kollektivakteuren andererseits verschärft. Sie führt zur Exklusion aus dem demokratischen Prozess und politischen System (vgl. ebd.: 13ff., Negt 2010).

In dieser hier kurz skizzierten Entwicklung avanciert auch nach Saskia Sassen, die an der Columbia University in New York Soziologie lehrt, die Exekutive in den westlichen Demokratien zur mächtigsten der drei Gewalten. Ihre Macht hat im Zuge der Antiterrorpolitik und in der Finanzkrise noch zu genommen. Sie meint:

„Die neue Macht muss aber vom klassischen Ausnahmezustand (gemeint ist die Reaktion auf den internationalen Terrorismus, U. B.) unterschieden werden: Wir müssen die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass die größere Macht der Exekutive ein Bestandteil unserer ‚neuen Normalität‘ ist. Diese Unterscheidungen sind bedeutsam, weil sich in den Vereinigten Staaten ebenso wie in verschiedenen europäischen Staaten die Regierungen aktiv darangemacht haben, das Wohlergehen ihrer Bürger zu opfern, um das Finanzsystem zu retten und einen wachsenden Anteil der Ressourcen ihrer Länder in den privaten Sektor zu überführen“ (Sassen 2011: 9).

Saskia Sassen würde diese Entwicklung – und dem kann ich mich anschließen – nicht als Deformationsprozess bezeichnen. Sie sieht in der Machtverschiebung zugunsten der Exekutive vielmehr ein systemimmanentes Problem der liberalen Demokratie aufscheinen. Diese „lebt aus der inneren Spannung zwischen der Privilegierung von Eigentumsrechten einerseits und einem substanziellen Begriff von Gleichheit andererseits (...). Diese Spannung ist niemals aufgelöst worden“ (ebd.) – auch nicht in der Zeit keynesianisch-orientierter Politik, in der eine wohlhabende Mittelschicht und aktive Arbeitnehmerschaft entstehen konnten, die die liberale Demokratie getragen haben. Saskia Sassen bringt das grundlegende Problem folgendermaßen auf den Punkt:

„(...) die sozioökonomische Periode, die wir derzeit erleben, hat zur Verarmung der traditionellen Kleinbürger- und Arbeiterschichten geführt. Und sie hat damit das Dilemma verschärft, das zu überwinden der Liberalismus nie vermocht hat. Das Bürgertum des Industriezeitalters und die Industriearbeiterschaft wurden in rechtlicher Hinsicht als völlig ungleiche Akteure definiert. Ihre Ungleichheit ist weder Anomalie noch Abweichung. Sie hat ihren Grund in der Gesetzmäßigkeit, in dem Grundwiderspruch der liberalen Demokratie“ (ebd.).

Die Sozialdemokratie ist nicht schuldlos an dieser Entwicklung. Nach der belgischen Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe, die als Vertreterin einer radikalen Demokratietheorie gilt³, haben die Parteien der linken Mitte mit ihrem Anspruch, das sozialdemokratische Projekt zu modernisieren, gegenüber dem Neoliberalismus kapituliert. Der sogenannte *dritte Weg* aus der Feder des britischen Soziologen Anthony Giddens für New Labour, der dann auch Vorbild für die SPD und die Kampagne um die *Neue Mitte* wurde, war für sie der Sündenfall. Mit diesem ‚Modernisierungsprogramm‘ sind Alternativen im politischen Handeln aufgegeben worden, das gesellschaftliche System und seine Entwicklung wurden akzeptiert. Hierin sieht sie dann auch die Ursache, dass sich rechte und linke Parteien nicht mehr hinreichend von einander unterscheiden, sich die Politik entpolitisiert. All dies ist für sie der Ausdruck der „postdemokratischen Situation“ (Mouffe 2011: 5). Die, die sich dann jedoch unterscheiden und ein scheinbar alternatives Politikangebot unterbreiten, sind die radikal rechten und rechtspopulistischen Parteien. In diesem Prozess wird Demokratie „lediglich als Rechtsstaatlichkeit und die Verteidigung der Menschenrechte verstanden, während die Idee der Volkssouveränität als überholt gilt und aufgegeben worden zu sein scheint“ (ebd.). Von der politischen Linken fordert sie Hoffnung und Leidenschaft ein, Menschen für eine gerechtere und egalitärere Gesellschaft zu mobilisieren (ebd.).

3 Vgl. zu ihrem radikal demokratischen Ansatz, wie auch dem von Ernesto Laclau bei Nonhoff (2007).

2. Demokratie der Zukunft: Fragen

Um darüber nachdenken zu können, welche Schlussfolgerungen aus der hier nur kurz skizzierten Gegenwartdiagnose aus den Sozialwissenschaften zur Entwicklung (liberaler) Demokratie für die Idee von der Demokratie gezogen werden können, wäre zu klären, von welchem Standpunkt aus dies geschehen kann. Die Politikwissenschaftlerin und Geschlechterforscherin Birgit Sauer zieht aus feministischer Perspektive den Schluss: Die Rede von der Postdemokratie setze voraus, dass es ein „Davor“ gegeben habe, also „eine Konstellation (...), welche die Bezeichnung Demokratie – im Sinne von Selbstherrschaft, Selbstbestimmung und Autonomie aller Bürgerinnen und Bürger – verdient hätte“ (Sauer 2011: 33). Wird ihrer Argumentation gefolgt – was hier geschehen soll –, dann erleben wir nicht eine Phase der *Postdemokratisierung*, sondern wir befinden uns in einem *prädemokratischen* Zustand (vgl. ebd.), in dem zwar alle Staatsbürgerinnen und -bürger, also alle Staatsangehörigen, über bürgerliche Freiheitsrechte und politische Gleichheit formal verfügen, diese aber nach Geschlecht, sozialer Lage und rechtlichem Status – natürliche versus juristische Person – ungleich verteilt sind. Und: sie schließen all die Gesellschaftsmitglieder aus, die nicht über die Staatsangehörigkeit verfügen – und dies auch in einem Land wie Deutschland, das die größte Migrationsgesellschaft Europas ist und das zu den größten Einwanderungsländern der westlichen Welt gehört.

Die Rede von der *Postdemokratie* kann in einer solchen feministischen Interpretation insofern als konservativ bezeichnet werden, als dass das Referenzmodell für Demokratie letztendlich das der *liberalen* Demokratie der 1950er bis 1970er Jahre ist. Damit ist erstens eine Phase angesprochen, in der etwa Frauen in den entwickelten Demokratien und insbesondere in der Bundesrepublik noch nicht über alle Bürgerrechte verfügten. Damit wird zweitens ein Demokratiemodell akzeptiert, in dem politische Ungleichheit ein ungelöster oder auch unauflösbarer Grundwiderspruch ist. Der substanzielle Begriff von Gleichheit bleibt weiterhin unterkomplex.

Dennoch kann Colin Crouch soweit gefolgt werden, dass vor allem die Sozialdemokratie Adressat der Kritik an der liberalen Demokratie ist. Sozialdemokratie beschränkt sich nicht allein auf Parteien wie Labour oder SPD, sondern spricht all die Organisationen und sozialen Bewegungen an, die sich der sozialen Demokratie, die sich dem Gesellschaftsmodell eines Demokratischen Sozialismus verbunden fühlen. Organisationen wie sozialdemokratische Parteien, Gewerkschaften oder globalisierungskritische Initiativen wie Attac, selbst Bündnis 90/Die Grünen wären hier Adressaten. Sie wären auch insofern Adressaten, als dass sie aus sozialen Bewegungen, aus Emanzipationsbewegungen entstanden sind und (wieder) Zentrum von Demokratisierungsbewegungen werden könnten.

Sagen wir also, wir befinden uns in einer *prä-* und nicht in einer *post-*demokratischen Konstellation, öffnet sich der Blick. Er öffnet sich, Demokratie über die liberale Demokratie hinaus zu denken. Das heißt dann auch, Demokratie nicht allein als institutionelles Setting oder formales Verfahren zu definieren, sondern – mit Oskar Negt (2010) – als Lebensform zu begreifen. Damit kann das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit abgebaut und die Trennung zwischen privater und öffentlicher Sphäre durchlässiger werden. Es bedeutete eine Verschiebung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen, relativiert die Spannung zwischen Privilegierung von Eigentumsrechten und dem substanziellen, unterkomplexen Begriff von Gleichheit.

Die populäre Forderung nach mehr direkter Demokratie erscheint demgegenüber eher als Versuch, sich in das institutionelle Setting und in die formalen Verfahren einer liberalen Demokratie (wieder) einzuklinken⁴ oder die eigene Handlungs- und Machtkompetenz auszuweiten. Sicher: *direkte Demokratie* eignet sich wunderbar als Slogan – er ist plakativ und lässt sich gut plakatieren. An dieser Stelle sollen nicht noch einmal die

4 Diesen Eindruck vermittelt der Beschluss des SPD-Parteivorstands zu *Mehr Demokratie leben* vom 21. März 2011.

Argumente referiert werden, die von Befürwortern und Gegnern zum Teil sehr vehement vorgetragen werden. Im Kontext dieses Beitrags geht es vielmehr um den Einwand, direkte Demokratie bei der Frage nach Demokratisierungsperspektiven so prominent im öffentlichen Diskurs zu platzieren, wie es zurzeit geschieht, und damit den Eindruck zu vermitteln, hierin den Königsweg aus dem Demokratiedilemma gefunden zu haben. Die Forderung nach direkter Demokratie erscheint zunächst als Mittelschichtprojekt, als Projekt bildungsbürgerlicher Klassenfraktionen. *Direkte Demokratie* löst den Grundwiderspruch liberaler Demokratie nicht, sondern kann diesen noch verschärfen⁵. Das Versprechen, durch direkte Demokratie mehr Demokratie zu bieten, die Herrschaftskontrolle (wieder) an den Demos zu binden, trägt dann die Enttäuschung fast zwangsläufig in sich. Demokratie als Versprechen – und dies zeigt die Erfahrung – hat zur Entzauberung von Demokratie beigetragen, auch wenn es letztendlich um die Entzauberung der liberalen, einer prädemokratischen Demokratie geht.

Wenn stattdessen über eine Demokratisierung der Demokratie nachgedacht wird, dann sollte es zu vorderst nicht um schnelle Reformvorschläge oder plakative Lösungsangebote gehen. Sie funktioniert auch nicht als Top-Down-Strategie. Denn am Anfang einer jeden Demokratisierung stehen soziale Bewegungen als Emanzipationsbewegungen. Es wäre also danach zu fragen, wer die Träger einer solchen Demokratisierung sein könnten. Einstellungsuntersuchungen können auf den ersten Blick durchaus optimistisch stimmen. Denn das politische Interesse und die Zufriedenheit mit der Demokratie sind nicht so gering, als dass von krisenhafter Entwicklung in der politischen Kultur gesprochen werden kann, also der Demokratie der Zuspruch entzogen würde. Im Gegenteil: Politik wird mit Interesse verfolgt und wer dies tut, meint, auch selbst

5 Wolfgang Merkel sieht vier Paradoxa, durch die Volksentscheide den Souverän entmachten: (1) durch soziale Selektion, (2) durch Selbstselektion der Unkundigen, (3) durch Kampagnenfähigkeit einzelner (Kollektiv)Akteure, (4) Ergebniskonservatismus (vgl. Merkel 2011: 11f.).

Einfluss nehmen zu können⁶. Und dennoch: der Zugang zu demokratischen Bürgerrechten und zur politischen Kommunikation sind sozial hoch selektiv, die Entkopplung von Angehörigen unterer Klassenlagen nimmt zu und ist zum Armutsindikator geworden, oder anders formuliert: die soziale Schließung des politischen Raums ist weit fortgeschritten (vgl. Birsl 2009). Aus diesen Einstellungsuntersuchungen geht zudem nicht hervor, wo die Potenziale für soziale Bewegungen liegen. Hoffnungen, dass sich etwa aus den Bildungsstreiks im Jahr 2009 zumindest in den jüngeren Generationen mit bildungsbürgerlichem Hintergrund eine neue soziale Bewegung entwickelt, haben sich zerschlagen. Nach den Ereignissen in der Atomanlage von Fukushima in Japan im März 2011 konnte zu Großdemonstrationen gegen die Kernenergiepolitik mobilisiert werden. Nur: wird diese Mobilisierung über eine längere Zeit gelingen? Erwacht hier eine Bewegung neu oder wird es ein Strohfeuer bleiben, das nicht über die Forderung hinausweist, eine energiepolitische Wende einzuleiten? Oder ist diese alte neue soziale Bewegung schlicht saturiert worden, so dass es mehr um das eigene Wohlbefinden geht, als um gesellschaftliche Belange?

Bei der Frage nach der Demokratie geht es nicht allein um den eigenen Gartenzaun und auch nicht nur um nationale, sondern gleichsam um internationale oder globale Fragestellungen. Denn der von Saskia Sassen angesprochene Grundwiderspruch der liberalen Demokratie ist in fast allen etablierten Demokratien und hochentwickelten Gesellschaften aufgebrochen und nicht nur ein lokales Problem. Werden nationale Demokratien brüchig, wie kann dann über eine Demokratisierung internationaler Beziehungen, des politischen Systems der EU oder gar der ‚Weltgesellschaft‘ philosophiert werden? Wie kann dann ein demokratischer Willensbildungsprozess zum Umgang mit globalen Gemeingütern, mit

6 Zu diesen und ähnlichen Befunden führen Datenerhebungen von Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung. In den Auswertungen zeigt sich zudem, dass es kaum Unterschiede zwischen Befragten ohne und mit Migrationshintergrund gibt. Die größten Diskrepanzen werden auch hier zwischen West- und Ostdeutschland sichtbar (vgl. Bertelsmann Stiftung 2009, auch Westle 2011 auf der Grundlage von ALLBUS-Daten).

Kollektivgütern in der Ökologie, im Sozialen und in der Wirtschaft in Gang gesetzt werden, wenn über diese nicht autoritär ‚von oben‘ entschieden werden soll?

Der Grundwiderspruch liberaler Demokratie kann zudem als ein Grund dafür identifiziert werden, dass sich Demokratiebewegungen in anderen Weltregionen – vor allem in Mittelamerika und im Mittleren Osten von der liberalen Demokratie abwenden. Und sie wenden sich nicht automatisch einem anderen Demokratiemodell zu, sondern erklären die Postdemokratie als erstrebenswertes Projekt (vgl. Valbjørn/Bank 2010; Welsch/Bank 2001).

Letztlich bleiben nur Fragen: Wo sind also die Milieus zu finden, in denen sich Emanzipations- und Demokratisierungsbewegungen entwickeln können. Gibt es diese in Anbetracht der oben skizzierten Situation überhaupt noch? Haben sozialdemokratische Parteien, hat die SPD mit dem *dritten Weg* nicht nur situativ, sondern grundsätzlich vor der Frage kapituliert, Macht- und Ungleichheitsverhältnissen etwas entgegenzusetzen? Verlieren sie damit vollständig ihren Charakter Bewegungsparteien zu sein? Müssen wir in Anbetracht der Entwicklung etwa im deutschen Parteiensystem vielleicht Parteien auch anders denken, als wir sie in der Parteiendemokratie kennen gelernt haben? Last, but not least: Wie können demokratische Beteiligungsformen aussehen, die sich mehr an der Selbstherrschaft, Selbstbestimmung und Autonomie orientieren? Also Beteiligungsformen, die den Weg in die politische Integration in die Gesellschaft öffnen, ohne nach Geschlecht, sozialer Lage und Staatsangehörigkeit auszuschließen?

Zur Demokratie als Lebensform gehört gleichermaßen die Frage danach, wie sich die Spannung zwischen Eigentumsrechten von Unternehmen einerseits sowie Bürgerinnen und Bürgern als Arbeitnehmer andererseits abbauen lässt? Die Diskussion über Wirtschaftsdemokratie ist seit den 1980er Jahren weitgehend abgerissen. Werden Vorschläge formuliert, be-

wegen sich diese „im Rahmen des Nationalstaats und einer nationalstaatlich regulierten Ökonomie. Dies, wie auch die Tatsache, dass heute in der gewerkschaftlichen Diskussion die Mitbestimmung weder in den Kontext der Wirtschaftsdemokratie noch in den Zusammenhang mit sozialer Demokratie oder Sozialismus gestellt wird, gibt diesen Fragen in gewissem Sinn eine historische Bedeutung“ (Demirovic 2007: 27). Demokratie in der Wirtschaft lässt sich nicht nach den Grundsätzen politischer Demokratie durchdeklinieren. Alex Demirovic hat zu Recht darauf hingewiesen, dass bürgerliche Freiheit und politische Gleichheit sich nicht in das asymmetrische Macht- und Rechtsverhältnis zwischen Unternehmen und Beschäftigten übersetzen lassen (vgl. ebd.: 9ff.). Wie könnte eine Wirtschaftsdemokratie dennoch aussehen, wenn sie als demokratisch bezeichnet werden soll?

Wären heute wieder Modelle einer Gemeinwirtschaft denkbar, die zumindest im Rahmen öffentlicher Daseinsvorsorge etabliert werden könnten?

Und: wie kann auch bei der Frage nach einer Demokratisierung der Wirtschaft vermieden werden, dass Demokratie als Versprechen nicht zur Enttäuschung führt und nicht nur zu einer symbolische Verknüpfung mit weitergehenden Vorstellungen einer demokratischen Gesellschaft verflacht, wie es Michael Schumann mit Rückblick auf die letzten Jahrzehnte in der Auseinandersetzung um Mitbestimmung diagnostiziert hat (vgl. Schumann 2005: 8)?

Zusammengenommen geht es hier um das Plädoyer, Demokratie wieder als Herrschafts- und Lebensform und nicht vorrangig als Staatsform zu begreifen. Dabei ist weniger entscheidend, wie die ‚geschriebene Verfassung‘ im Einzelnen gestaltet ist und ob sie um einzelne Demokratieinstrumente zu erweitern wäre, sondern wie sich die sogenannte *ungeschriebene Verfassung* einer Gesellschaft demokratisch konstituiert, wie aus einer Prädemokratie eine Demokratie werden könnte.

3. Zukunft der Demokratie – Demokratie der Zukunft: Zur Dokumentation der Tagung

Diese offenen Fragen waren Gegenstand von zwei Roundtable-Gesprächen und dem Keynote-Speech der hier dokumentierten Tagung. In diesen ging es zuvorderst nicht um Instrumente und Verfahren von politischer Demokratie. Im Zentrum der vorliegenden Beiträge der Tagung steht vielmehr ein Nachdenken über das Verständnis und die Idee der Demokratie, über deren Wandel in den vergangenen rund drei Jahrzehnten sowie über Zukunftsperspektiven. Hinzugefügt wurde ein Beitrag von Bernd Lange, der ein kurzes Schlaglicht auf die Demokratie in der Europäischen Union wirft. Ihm geht es um Konturen eines sozialdemokratischen Projektes im Prozess der europäischen Integration. Die EU war zwar implizites, aber kein explizites Thema der Tagung.

Die beiden Moderatoren der Roundtables, Arno Brandt und Cornelius Schley, werden auf den demokratiepolitischen Kontext der Gespräche und auf die Einzelbeiträge vertieft eingehen. An dieser Stelle soll nur kurz auf den Gegenstand der Roundtables und des Keynote-Speech eingegangen werden.

Beim Roundtable zu *Demokratie und Wirtschaft* wird sowohl in den beiden Impulsreferaten als auch bei den Statements der Diskutanten zunächst nach den Ursachen gefragt, warum betriebliche Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie heute Begrifflichkeiten sind, die widersprüchlich geworden sind, als Modelle sozialer Demokratie aufgegeben oder gar gescheitert zu sein scheinen. Nach dieser Diagnose bedarf es einer Neudefinition dieser Begriffe, bei der es nicht ausreicht, sich auf die ursprüngliche Intention von Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie zu besinnen. So soll es vielmehr darum gehen, Modelle zu entwickeln, die in aktuelle Machtverhältnisse und Krisenphänomene eingreifen. Die Diskussion in den Beiträgen lässt erste Konturen und Entwürfe eines demokratischen Umbaus der Wirtschaftsordnung – wie es Hans-Jürgen Urban nennt – sichtbar werden.

Die Impulsreferate und Statements des Roundtable zu *Demokratie und Gesellschaft* thematisieren wiederum die zunehmende Komplexität von politischen Folgeabschätzungen etwa in der Umweltkrise, gesellschaftliche Wandlungsprozessen sowie mögliche demokratische Gestaltungs(spiel)räume. Gefragt wird u. a. nach den Ursachen dafür, warum Wirtschaftspolitik, Sozialstaatspolitik und Demokratiepoltik als von einander entkoppelte Politikfelder und nicht mehr als Junktin eines „sozialdemokratischen Projekts“ (Birgit Mahnkopf) verstanden werden. Ziel der Roundtable-Beiträge ist es, das Primat des Politischen in verschiedenen Handlungsfeldern auszuloten sowie soziale Milieus und soziale Bewegungen als Trägerinnen von Demokratiebewegungen zu identifizieren. Zur Diskussion stehen Vorstellungen über Demokratie und demokratische Gestaltungsräume, die über die liberale Demokratie hinausführen können.

In beiden Roundtable-Gesprächen und in den Diskussionen werden sozialdemokratische, linke Organisationen als Trägerorganisationen und Akteure eines Demokratisierungsprozesses in die Pflicht genommen. Auch die SPD wird aufgefordert, (wieder) Akteur zu sein. Ralf Stegner, Mitglied des Parteivorstandes und Präsidiums der SPD, analysiert als Keynote-Speaker der Tagung die Rahmenbedingungen, unter denen sich Politik zu behaupten hat und unterzieht verschiedene Akteure, die sich in der politischen und öffentlichen Arena bewegen, einer kritischen Bewertung. Politik, Medien und Wissenschaft werden hier gleichermaßen in den Blick genommen, und es wird danach gefragt, welche Rolle sie bei der von ihm diagnostizierten Demokratie- und Politikdistanz spielen. Es ist eine Distanz gemeint, die sich gegenüber den Institutionen und Akteuren der entwickelten Demokratie und Politik aufbaut und die an den Grundpfeilern einer demokratisch integrierten Gesellschaft rüttelt. Stegners Plädoyer ist, das von Mahnkopf beschriebene „sozialdemokratische Projekt“ neu zu beleben, Wirtschaftsdemokratie wieder auf die politische Agenda zu heben sowie Politik in die Öffentlichkeit zurückzuholen. Politik und Demokratie sind als Junktin zu begreifen. So gibt es im „sozialdemokratischen Projekt“ keine Politik ohne Demokratie und keine Demokratie ohne Politik.

Literaturverzeichnis

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2009): Demokratie und Integration in Deutschland. Politische Führung und Partizipation aus Sicht von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Gütersloh: Bertelsmann.
- Beyme, Klaus von (1994): Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Birsl, Ursula (2009): Staatsbürgerschaft und Demokratie in politischen Kulturen der Europäischen Union. Konzeptionelle Überlegungen zur politischen Kulturforschung und empirische Befunde. In: Salzborn, Samuel (Hrsg.): Politische Kultur – Forschungsstand und Forschungsperspektive. Frankfurt am Main: Peter Lang, S. 63-102.
- Buchstein, Hubertus/Jörke, Dirk (2003): Das Unbehagen an der Demokratietheorie. In: Leviathan, Heft 4, S. 470–495.
- Crouch, Colin (2008 [2004]): Postdemokratie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Dahrendorf, Ralf (1997): Die Globalisierung und ihre sozialen Folgen werden zur nächsten Herausforderung einer Politik der Freiheit. An der Schwelle zum autoritären Jahrhundert. In: Zeit-online, 14. November, <http://www.zeit.de/1997/47/thema.txt.19971114.xml>.
- Demirović, Alex (2007): Demokratie in der Wirtschaft. Positionen, Probleme, Perspektiven. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Merkel, Wolfgang (2011): Entmachten Volksentscheide das Volk? Anmerkungen zu einem demokratischen Paradoxon. In: WZB-Mitteilungen, Nr. 131, S. 10-13.
- Mouffe, Chantal (2011): „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung. Essay. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 1-2, 3. Januar, S. 3-5.
- Negt, Oskar (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen: Steidl.
- Nonhoff, Martin (Hrsg.) (2007): Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie. Zum politische Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld: Transcript.

- Offe, Claus (2003): Einleitung. Reformbedarf und Reformoptionen der Demokratie. In: Offe, Claus (Hrsg.): Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 10-23.
- Perger, Werner (2007): Stunde der Rattenfänger. Globalisierung, Sozialabbau, Zuwanderung: Europas Volksparteien fürchten den Volkszorn – und nutzen damit den Demagogen. Das Zutrauen in die Demokratie schwindet. In: Die Zeit vom 18. Januar, <http://www.zeit.de/2007/04/Europa>.
- Rancière, Jacques (1997): Demokratie und Postdemokratie. In: Badiou, Alain/Rancière, Jacques/Riha, Rado/Šumič, Jelica (Hrsg.): Politik der Wahrheit, Wien/Berlin: Turia & Kant, S. 94 - 122.
- Sassen, Saskia (2011): Stoppt die Regierung! Das Parlament wird schwächer, die Exekutive in westlichen Staaten immer stärker – das gefährdet die liberale Demokratie. In: Die Zeit vom 13. Januar, S. 9.
- Schumann, Michael (2005): Mitbestimmung als Medium ressourcenorientierter, innovativer Unternehmenspolitik. In: SOFI-Mitteilungen, Nr. 33, S. 7 - 15.
- Valbjørn, Morten/Bank, André (2010): Examining ‚Post‘ in Post-Democratization: The Future of Middle Eastern Political Rule through Lenses of the Past. In: Middle East Critique, Band 19, Nr. 3, S. 183-200.
- Welsch, Friedrich/Carrasquero, José Vicente (2001): Venezuela unter Chávez. Zwischen demokratischer Revolution und Caudillismo. In: Ibero-Analysen, Ibero-Amerikanisches Institut Berlin, Heft 7.
- Westle, Bettina (2011): Orientierungen gegenüber Demokratie und Rechtsextremismus. In: Birsl, Ursula (Hrsg.): Rechtsextremismus und Gender. Opladen: Barbara Budrich, S. 211 - 240.
- Zolo, Danilo (1998): Die demokratische Fürstenherrschaft. Für eine realistische Theorie der Politik. Göttingen: Steidl.

Bernd Lange

Spotlight: Demokratie in der Europäischen Union

Zweifelsohne werden die zentralen politischen Entscheidungen mittlerweile in Brüssel getroffen. Die Sinnhaftigkeit der Europäischen Integration steht angesichts der globalen ökonomischen und sozialen Herausforderungen außer Frage. Transnationale Regulierungen können Antworten auf Verwerfungen in der globalisierten Ökonomie sein. Insofern muss in dem Diskurs über die Weiterentwicklung und Stärkung der Demokratie heute die rein nationale Brille abgelegt werden.

Mit der Entstehungsgeschichte der Europäischen Union (EU) ist stetig die Kritik an mangelnder Demokratie verbunden. Diese Kritik war in erster Linie auf mangelnde demokratische Strukturen fokussiert und auch reduziert. Durch den Lissabon-Vertrag, der nach fast zehnjähriger Vorarbeit mit Höhen (Verfassungsvertragsentwurf von 2004) und Tiefen (Ablehnung des Verfassungsvertrags in Frankreich und den Niederlanden 2005) seit dem 1. Dezember 2009 in Kraft ist, haben sich diese Kritikpunkte relativiert. Die Rechte des demokratisch gewählten Europäischen Parlaments sind deutlich gestärkt, aber auch die Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente. Das Europäische Parlament (EP) wird künftig in 95 Prozent aller Gesetzgebungen gleichberechtigt mit dem Ministerrat entscheiden. So gut wie in keinem Politikbereich in der EU wird fortan ohne das EP entschieden. Das Parlament hat nun in allen Bereichen, auch im Agrarbereich, volle Haushaltskompetenz. Handelspolitik, Energiepolitik, Agrarpolitik, polizeiliche Zusammenarbeit (Europol), Datenschutz, Asyl, Einwanderung und Kontrollen an den Außengrenzen sind u. a. in das normale Gesetzgebungsverfahren integriert. Auch ist interinstitutionell vereinbart, dass das EP Gesetzesinitiativen

anschieben kann. Völlig neu ist die europäische Bürgerinitiative. Damit können die Bürgerinnen und Bürger selbst europäische Politik beeinflussen. Mit einem relativ geringen Quorum von einer Million Unterschriften aus einem Viertel der Mitgliedsstaaten (momentan sieben) der Europäischen Union können EU-Bürgerinnen und Bürger ab dem 1. April 2012 die Europäische Kommission auffordern, ein konkretes Gesetz auf den Weg zu bringen. Die Bürgerinitiative als Instrument der direkten Demokratie kann dazu beitragen, die Skepsis gegenüber dem europäischen Projekt abzubauen und dessen Ruf entgegenzuwirken, technokratisch ausgerichtet und ein reines Eliteprojekt zu sein. Über dieses Instrument kann darüber hinaus auch der öffentliche Diskurs über europäische Politik gefördert werden. Ein solcher ist für eine gemeinsame europäische Perspektive zwingend notwendig. Europäische Politik ist schwerer erkennbar als nationale. Dies gilt insbesondere für die Frage, wer für politische Entscheidungen Verantwortung und Verantwortlichkeit trägt. Die Legitimation und Legitimität von europäischer Politik sind zudem durch die extrem niedrige Wahlbeteiligung in Frage gestellt. So betrug sie bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament 2009 in Deutschland lediglich 43 Prozent, in den Niederlanden 37 Prozent und in Tschechien sogar nur 28 Prozent. Obwohl z. B. das EP ein vergleichsweise transparentes Parlament ist, mit öffentlichen Ausschusssitzungen, Livestream-Übertragungen und Veröffentlichung aller gestellten Anträge im Internet, spiegelt sich dies nicht in der Wahrnehmung der europäischen Politik wider. Deren Bild ist durch Vorstellungen von langwierigen Prozessen, ständigen Kompromissen und keinen klaren Parteikonturen geprägt. Hinzu tritt die – oftmals undifferenzierte – Wahrnehmung von Einflussnahmen mächtiger Lobbyorganisationen. Kurzum: Es fehlt der Europäischen Union weniger an demokratischen Strukturen und Institutionen als einer strukturierten Öffentlichkeit, die eine öffentliche Herrschaftskontrolle ermöglicht. Eine Überwindung der Zersplitterung der Öffentlichkeit, eine europäische Öffentlichkeit, wird für die intensive und kontroverse Debatte über die Ausgestaltung der europäischen Politik und deren Perspektiven zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen

gerade angesichts der krisenhaften Entwicklung des ungebremsten Marktes jedoch gebraucht.

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise erfordern mehr denn je, Möglichkeiten der ökonomischen Gestaltung jenseits einer fantasielosen Austeritätspolitik zu entwickeln. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat aber nicht allein auf der Ebene der Nationalstaaten, sondern gleichfalls auf der Europäischen Union zu einer Machtverschiebung zu Gunsten der Europäischen Kommission, also zu Gunsten der Exekutive geführt, und den ordoliberalen vorherrschenden wirtschaftspolitischen ‚Mainstream-Wind‘ gestärkt. Exemplarisch zeigen sich diese Tendenzen an den Gesetzgebungen zur Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP). Die EU-Kommission hat im September 2010 sechs Gesetzgebungsvorschläge zur wirtschaftspolitischen Koordinierung, zur Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte in der EU und Maßnahmen zur Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes vorgelegt. Im SWP sollen künftig Sanktionen bei einer Überschreitung der Neuverschuldung von 3 Prozent und einer Gesamtschuldengrenze von 60 Prozent des BIP und auch schon präventiv, wenn das Ausgabenwachstum nicht im Einklang mit Einnahmen und Wirtschaftswachstum steht, zügig verhängt werden. Die Sanktionen greifen dann unter der Ägide der Kommission sofort. Allein der Ministerrat könnte nur sehr schnell mit einer qualifizierten Mehrheit (etwa 2/3 Mehrheit) die Sanktionen blockieren (Prinzip der umgekehrten Mehrheit). Es wird also nicht mehr die konkrete Ursache von wirtschaftlichen Verwerfungen bewertet und auch nicht die Wachstumsperspektive beachtet, sondern die milliarden schwere Strafe als Sanktion mechanisch exekutiert. Eine demokratische Beteiligung des Europäischen Parlamentes bei der zukünftigen Umsetzung der Gesetzgebungen soll es nicht geben. Konservative und Liberale haben sogar eine über den Kommissionsvorschlag hinausgehende Verschärfung des SWP mit knapper Mehrheit beschlossen. Damit wird eine reine Austeritätspolitik für alle EU-Staaten in Beton gegossen. Fundamentale ArbeitnehmerInnenrechte sind nicht gesichert. Die Wahrung der

Tarifautonomie, des Streikrechtes und der Rolle der Sozialpartner scheint verhandelbar. Mit einer solchen Politik werden soziale Zusammenhänge gesprengt und die Erosion der demokratischen Legitimation der EU weiter gefördert.

Dabei braucht die EU dringender denn je eine gemeinsame Wirtschaftspolitik mit Strategien für Wachstum und Beschäftigung. Dazu gehört eine wirkliche europäische Wirtschaftsregierung mit einer effektiven Koordinierung und Impulsen, etwa durch Investitionsziele, einer integrierten Umsetzung der EU 2020-Strategie und Eurobonds. Die nationalen Haushalte müssen zweifelsohne auf solide Füße gestellt werden, aber gleichzeitig ist Raum für Zukunftsinvestitionen zu schaffen. In einem einheitlichen Binnenmarkt und Währungsraum muss auch einheitlich wirtschafts- und fiskalpolitisch gehandelt werden, sonst bleibt es bei dem Wettbewerb der günstigsten Löhne, Steuer- und Sozialsysteme. Der Makroökonomische Dialog kann als Ausgangspunkt für ein verbindliches Instrument weiterentwickelt werden, das durch das Europäische Parlament demokratisch kontrolliert wird. Anstatt den ArbeitnehmerInnen und VerbraucherInnen in Europa immer neue Belastungen aufzubürden, muss die Einnahmeseite ins Auge genommen werden und Kapitaleinkünfte müssen angemessen besteuert werden. Die Regulierung des Finanzmarktes ist durchzusetzen und bei der Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer gilt es endlich, Nägel mit Köpfen zu machen. Die Verursacher der Krise müssen an der Beseitigung der Kosten beteiligt werden.

Über diese fundamentale Frage eine konsistente, wirklich europäische Auseinandersetzung zu führen, wäre eine zentrale Aufgabe und auch ein zentrales Projekt der europäischen Sozialdemokratie. Damit könnte dieser Entwicklung eine Öffentlichkeit gegenübergestellt werden, die öffentliche Debatte über den Kurs der EU angefacht und damit die Definitionsmacht über die Gestaltung von Gesellschaft errungen werden. Mit dem Einbinden verschiedener Elemente in ein normatives Gesellschaftsmo-

dell kann identitätsstiftend gewirkt werden und sich ein politisch-normativer Gegenentwurf bilden. Schon Jaques Delors – Sozialist und Kommissionspräsident von 1985 bis 1995 – stellte zu Recht fest, dass ein Mensch den Binnenmarkt nicht lieben könnte. Deshalb wollte er der EU „eine Seele“ geben, ein solidarisches Gerüst, das auch identitätsstiftend sein kann. Diese Fäden gilt es wieder aufzunehmen. Nur so lässt sich die Demokratisierung der EU weiter vorantreiben.

Es fehlt bislang ein klares, gemeinsames sozialdemokratisches Projekt der Reorganisation von Gesellschaft und Ökonomie in Europa, das von allen sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien getragen wird. Leider bleiben die sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien in den Mitgliedsstaaten häufig überwiegend nationalstaatlichem Denken verhaftet, insbesondere wenn es um eine konkrete Umsetzung im Regierungshandeln geht. Kurzfristiges Hoffen mit nationalstaatlicher Profilierung gegenüber europäischer Politik Wahlerfolge erzielen zu können, zementiert die europapolitische Handlungsunfähigkeit. Der Widerspruch zwischen der Europäisierung der Produktions- und Handelsbeziehungen, der unternehmerischen Strategien und der politischen Entscheidungsstrukturen auf der einen Seite und dem immer noch relativ starken Verbleiben von Politik und Organisationsstrukturen in nationalen Bezügen auf der anderen Seite muss angegangen werden. Das Ringen um eine europäische Öffentlichkeit und ein europäisches sozialdemokratisches Projekt verlangt, diese nationalstaatliche Falle zu überwinden. Das Aufgeben des Gestaltungsanspruches durch und mit der EU nutzt nur denjenigen, die ganz gut ohne europäische Regulierungen auskommen können.

Die Ausgangsbedingungen sind nüchtern zu beschreiben. Die Sozialdemokratie in Europa ist zurzeit deutlich in der Minderheit. In den 27 EU-Staaten existieren nur noch drei sozialdemokratische Regierungen (Griechenland, Spanien, Slowenien) und eine große Koalition mit sozialdemokratischem Kanzler (Österreich). Im EP verfügt die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Par-

lament (S&D) lediglich über 25 Prozent der Sitze. In der Kommission gehören nur sechs der 27 Kommissare und Kommissarinnen einer sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Partei an.

Anknüpfungspunkte eines sozialdemokratischen Projektes im europäischen Kontext sind auffindbar. Die Forderungen von protestierenden Jugendlichen in Spanien und anderen Ländern der EU unter dem Slogan und mit dem Manifest *Echte Demokratie jetzt* machen auf der einen Seite den Entfremdungsprozess mit der vorherrschenden Politik deutlich und greifen den Absolutheitsanspruch eines radikal-marktwirtschaftlichen Modells an. Zugleich aber wird die Forderung nach Demokratisierung durch Mitgestaltung erhoben und die traditionellen Werte der Sozialdemokratie Gleichheit, Freiheit und Solidarität werden hochgehalten. Hier spiegelt sich der Anspruch, Lösungen gesellschaftlich und europäisch im Kontext der sozialdemokratischen Grundwerte anzupacken. Diese Proteste können als Chance begriffen werden. Und zwar als Chance, dass sich hier eine neue soziale Demokratiebewegung formiert. Die Sozialdemokratie, die selbst aus einer sozialen Emanzipationsbewegung entstanden ist, ist bislang nicht in diesen neuen Bewegungen anzutreffen. In diesen könnte aber das Potenzial liegen, der europäisierten Politik eine neue Rolle zukommen zu lassen. Die Umgestaltung der Europäischen Union zu einem politischen Gemeinwesen, in dem der Abbau gesellschaftlicher und ökonomischer Ungleichheiten das Ziel ist, kann zu einer Politisierung der europäischen Öffentlichkeit, zu mehr demokratischem Engagement und zu einer Unterstützung eines sozialdemokratischen Projekts für Europa führen.

Das Bedürfnis nach Demokratisierung in Spanien oder in Nordafrika konnte sich über die sozialen Netzwerke wie Facebook und Twitter mit der möglichen Dynamik, Transparenz und Zugänglichkeit schneller in Zusammenhängen organisieren und gemeinsames Handeln unterstützen. Eine neue, vielleicht sogar demokratischere Kommunikationsebene gibt neue Möglichkeiten. Dies könnte auch für ein sozialdemokratisches Projekt im europäischen Kontext ein weiterer Organisationspunkt sein.

Hier entwickeln sich schnell grenzüberschreitende Diskurse und gesellschaftliche Herausforderungen drücken sich konzentrierter aus. Das bedeutet aber auch, dass sich Politik viel stärker einlassen und die Kommunikation ernsthaft aufnehmen muss.

Die weitere Öffnung demokratischer Strukturen im ökonomischen Geflecht ist ebenso Ansatzpunkt für ein sozialdemokratisches Projekt. Die ökonomischen Prozesse sind wesentlich schneller und dynamischer geworden, neue Informations- und Kommunikationstechnologien haben den Übergang zu flexibleren und dezentralen Formen der Produktion ermöglicht, Auslandsinvestitionen und Produktions-/Standortverlagerung sind leichter geworden. Kapital entzieht sich zunehmend nationaler Kontrollmöglichkeiten. Arbeitsbeziehungen werden instabil und Mobilität, Flexibilität und Kurzfristigkeit dominieren. Europäische Betriebsräte sind ein ganz zentraler Baustein für die Europäisierung und Demokratisierung der Arbeitsbeziehungen. Europäische Betriebsräte tragen entscheidend zu einer europaweit wirksamen gewerkschaftlichen Interessenpolitik bei. Die Ideen und Kompetenzen der Beschäftigten gehören in eine demokratische Kultur der Ökonomie. Der Rahmen dafür sollte deutlich über die bestehenden europäischen Mindestregelungen (z. B. Richtlinie 2002/14/EG4, Richtlinie 2009/38/EG5) hinausgehen. Erforderlich ist auch ein Rechtsrahmen für grenzüberschreitende Tarifverträge, um zur Durchsetzbarkeit grenzüberschreitender Vereinbarungen beizutragen und die Herausforderungen zu meistern, die sich aus der Arbeitsorganisation, der beruflichen Bildung und den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen ergeben. Die Möglichkeiten des Sozialen Dialogs auf europäischer Ebene müssen weiter mit Leben gefüllt werden und Initiativen sind als Impulse für den sektoralen Sozialdialog dringend nötig.

Neben der mangelnden demokratischen Legitimation der europäischen Politik aufgrund der Wahrnehmung als Eliteprojekt, als Ausdruck einer technokratischen Realpolitik sowie angesichts der spürbaren, wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich in den europäischen Mitgliedsländern wird die Notwendigkeit der EU durch eine weitere Gegenbewegung

in Frage gestellt. Gab es lange einen politischen Konsens, den Prozess der europäischen Integration weiter zu entwickeln, ist dieser heute brüchig geworden. So tragen viele konservative Politiker den weiteren Integrationsprozess nicht mehr mit. Jüngst formulierte der CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt, es gebe eine „Entdemokratisierung und eine Entsouveränisierung“ der europäischen Staaten. Dies müsse man „abwehren“. Zudem fordert er, dass Kriterien festgelegt werden müssten, an welchem Punkt der europäische Integrationsprozess sein Ende findet. Dann dürften keine weiteren Kompetenzen mehr nach Brüssel verlagert werden. „Falls die Analyse ergibt, dass die Finalität bereits überschritten ist, müssen Kompetenzen zurück verlagert werden“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.06.2011). Wider die ökonomische und gesellschaftliche Notwendigkeit wird der Integrationsprozess mit allen demokratischen Errungenschaften so in Frage gestellt. Die Konsequenzen aus Faschismus, Nationalsozialismus und Krieg eine europäische (Friedens-)Gemeinschaft zu bilden, um vergleichbare Entwicklungen wie in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhundert in Europa zu verhindern, werden damit ebenfalls in Frage gestellt. Wie Vaclav Klaus, der tschechische Staatspräsident, vertritt damit auch Alexander Dobrindt die Position, dass Demokratie und Souveränität nur national zu verwirklichen sind. Ein demokratisches Gemeinwesen in Europa wird aufgekündigt. Dies verstärkt zusätzlich die Skepsis gegenüber der europäischen Politik und forciert antieuropäische populistische Stimmungen.

In Deutschland hat sich bisher keine rechtspopulistische Bewegung mit antieuropäischem Programm in eine relevante Partei formiert. Aber das Ergebnis der Wahlen in Finnland am 17. April 2011 hat der rechtspopulistischen Partei der ‚Wahren Finnen‘ mit ihrer klar formulierten Euroskepsis einen Wahlerfolg von 20 Prozent beschert. Die ‚Wahren Finnen‘ lehnen den EURO-Rettungsschirm ab und fordern ein restriktives Zuwanderungsrecht. Nicht nur in Finnland haben Rechtspopulisten in den letzten Jahren und Jahrzehnten Erfolge erzielt. Immer wieder spielten Europafeindlichkeit und Globalisierungsfurcht sowie Ressentiments gegenüber Migranten die entscheidende Rolle. Der Front National (FN) mit

Marine Le Pen an der Spitze, ist zur Volkspartei in Frankreich avanciert. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) mit dem Vorsitzenden Heinz-Christian Strache stellt eine relevante politische Kraft in Österreich dar, die in der Vergangenheit bereits an einer Regierung beteiligt war. Bart De Wever verhindert mit der Neuen Flämischen Allianz seit einem Jahr die Regierungsbildung in Belgien. Von Geert Wilders und seiner islamfeindlichen Partei ‚Die Freiheit‘ – deren einziges Mitglied er ist – hängt die Minderheitsregierung in den Niederlanden ab. Auch in Dänemark wird die Regierung von der Dänischen Volkspartei unter dem Vorsitz von Pia Kjaersgaard gestützt. Unter deren Einfluss werden entgegen des Schengener Abkommens wieder Grenzkontrollen durchgeführt. Gianfranco Fini, ehemaliger Vorsitzender der postfaschistischen Partei Alleanza Nazionale (seit Februar 2011: Futuro e Libertà. Per l’Italia), war gar Außenminister im Kabinett von Silvio Berlusconi und Parlamentspräsident. Und in Ungarn vollzieht sich durch Victor Orbán und der Fidesz eine reaktionäre und undemokratische Umgestaltung des Landes mit einer rechten, nationalistischen Ideologie als Staatsräson.

Moralische Appelle gegen Rechtspopulismus helfen nicht weiter. Klar und deutlich darf nicht toleriert werden, dass rechtspopulistische Kräfte unter dem Dach der Europäischen Volkspartei hoffähig werden und deren Handeln, wie z.B. in Ungarn oder Italien, von Christdemokraten gedeckt wird. Das Europäische Haus muss erneuert und sozial gestaltet werden. Ansonsten kann es zerbrechen mit all den Folgen eines renationalisierten Europas. Deswegen brauchen wir in Europa eine schlüssige inhaltliche Strategie und ein sozialdemokratisches Projekt für ein nachhaltiges Wachstum und für mehr Beschäftigung. Mit europäischen Ansätzen können Regeln für den entfesselten Markt etabliert, die gesellschaftliche Spaltung zurückdrängt, Teilhabe gestärkt und damit die demokratische Entwicklung gefördert werden. Hier ist besonders die Sozialdemokratie gefordert. Sie muss aber deutlich europäischer werden, sich mehr und vielfältiger einmischen. Sie muss den ökonomischen und sozialen Fortschritt wieder in Einklang mit den gesellschaftlichen Anforderungen bringen.

I. Roundtable

„Demokratie und Wirtschaft“

Einführung
Impulsreferate
Statements

Arno Brandt

Einführung zum Roundtable **„Demokratie und Wirtschaft“**

Dass die Sozialdemokratie in Europa die große Krise des Finanzmarktkapitalismus nicht für eigene Terraingewinne nutzen konnte, hat maßgeblich auch damit zu tun, dass sie keine politisch-ökonomischen Alternativen vorweisen konnte, die für die Mehrheit der Bevölkerung überzeugende Auswege aus dem außer Kontrolle geratenen Casino hätten aufzeigen können. Zu sehr hatten sich die Sozialdemokraten der Strategie des *Dritten Weges* folgend auf die Versprechungen der Marktorthodoxie eingelassen, wonach die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und die Deregulierung bzw. Flexibilisierung von Märkten zu einem Pfad höheren Wachstums und mehr Beschäftigung führen würde. Auch die sozialdemokratisch geführte rot-grüne Bundesregierung war seinerzeit darum bemüht, ‚mit den Wölfen zu heulen‘ und öffentliches Eigentum zu privatisieren, um die wachsenden Defizite im Staatshaushalt zu verdecken (vgl. Streeck 2008). Überzeugt davon, sich den Finanzmärkten stärker zu öffnen, um den *Finanzplatz Deutschland/Frankfurt* aufzuwerten, wurden weit reichende Liberalisierungen bis hin zur Zulassung von Leerverkäufen exekutiert.

Die „Neue Weltwirtschaftskrise“ (Paul Krugman) hat zumindest in weiten Teilen der Sozialdemokratie eine nüchterne Betrachtung der Wirkungsweise und der Ergebnisse eines entfesselten Finanzmarktkapitalismus befördert und die Sensibilität für Marktversagen erhöht. Überhaupt scheint die neoliberale Deutungshoheit über wirtschaftliche Funktionsweisen und Dynamiken in ihren Grundfesten erschüttert (auch wenn gerade in Deutschland nicht wenige professorale Vertreter der volkswirtschaftlichen Zunft so weiter machen wie vor der Krise). Auch wenn in Deutsch-

land im vierten Jahr nach dem Kriseneinbruch die exportgetriebene Konjunktur wieder boomt, sitzt die schockierende Erfahrung, für einen historischen Augenblick in den ökonomischen Abgrund geblickt zu haben, immer noch tief in den Knochen. Zudem reicht der kurze Blick auf die (süd)europäischen Nachbarländer aus, um den Ernst der wirtschaftlichen Lage zu erkennen. Die ökonomischen Folgen der Krise sind bei weitem noch nicht ausgestanden und wahrscheinlich wird noch ein hoher Preis zu zahlen sein, um die Euro-Krise, die nicht zufällig unmittelbar im Anschluss an die globale Finanzmarktkrise einsetzte, wieder in den Griff zu bekommen.

Die Euro-Krise macht nicht zuletzt deutlich, dass wir es auch mit einer Krise der Demokratie zu tun haben. Wer gerade noch gedacht haben sollte, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, muss sich nun belehren lassen, dass vermeintlich souveräne und demokratisch verfasste Staaten von den Finanzmärkten ‚abgestraft‘ werden. Angesichts solcher demokratiepolitischer Notstandslagen hat Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft (IG) Metall, vollkommen Recht, wenn er die „Demokratisierung der finanzwirtschaftlichen Machtbastionen zum Verfassungsauftrag“ erklärt. Es geht zudem weit über die Diagnose postdemokratischer Verhältnisse, wie sie vom britischen Politikwissenschaftler Colin Crouch (2008) formuliert wird, hinaus, wenn der Internationale Weltwährungsfonds (IWF) einzelnen Kreditnehmerländern ein rigoroses Privatisierungsprogramm verordnet und die EU ihr ‚Hilfsprogramm‘ mit einem Austeritätskonzept verknüpft, das die betroffenen Volkswirtschaften heftigen Kontraktionswellen aussetzt und damit die gebotene Sanierung der Staatsfinanzen in immer weitere Ferne rückt.

Mittlerweile mehren sich die Stimmen, die davon ausgehen, dass sich das Zeitfenster für eine grundlegende Reform des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus wieder schließt. Eine wirksame Regulierung sei ausgeblieben und die Partie gehe weiter. Führende deutsche Banken geben inzwi-

schen wieder Renditeziele im 25 Prozent-Bereich aus und es besteht die Befürchtung, dass sich neue Spekulationsblasen bilden könnten. Dem ist kaum zu widersprechen – auch wenn die konkreten Re-Regulierungsmaßnahmen, die zwischenzeitlich auf den Weg gebracht wurden, in ihrer Wirkung noch näher zu analysieren sind. Es handelt sich bei der jüngsten Weltwirtschaftskrise aber um eine „Große Krise“ (Burkart Lutz), die am Ende die Auflösung ihrer Widersprüche nicht aus den gleichen Denk- und Funktionsweisen hervorbringen kann, die zu ihrer Verursachung beigetragen haben. Um Auswege aus „Großen Krisen“ zu bahnen, bedarf es neuer institutioneller Arrangements, die einen Formenwandel im Prozess kapitalistischer Entwicklung auslösen. Der Soziologe Burkart Lutz, dem wir das Buch „Der kurze Traum immerwährender Prosperität“ (2011) verdanken, hat vor kurzem die Ansicht vertreten, dass es im Normalfall vieler Jahre bedarf, um den Prozess der Neukonfiguration ökonomischer und politischer Institutionen erfolgreich zu bewältigen und sich skeptisch geäußert, ob überhaupt aufgrund manifester Erschöpfungserscheinungen ökonomischer, sozialer und politischer Ressourcen die Kraft ausreiche, um einen Krisenausweg zu finden (vgl. Lutz 2011). Wer also glaubt, wieder zur Tagesordnung der Vorkrisenzeit übergehen zu können, begibt sich unweigerlich in eine Sackgasse. Es geht vielmehr um einen längerfristigen Suchprozess zugunsten neuer Optionen wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Entwicklung. Die Perspektive einer neuen Wirtschaftsdemokratie kann in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle spielen.

Nach dem italienischen Rechtsphilosophen Norberto Bobbio kann der Prozess der Demokratisierung solange noch nicht als abgeschlossen gelten, wie die Wirtschaft von ihr noch nicht erfasst ist (vgl. Bobbio 2009). Nachdem sich die Marktorthodoxie gründlich an den Realitäten der Weltwirtschaftskrise blamiert hat, gibt es gute Gründe, eine Renaissance wirtschaftsdemokratischen Denkens einzuleiten. Eine Theorie der Wirtschaftsdemokratie, die auf der Höhe der Zeit sein will, wird zwar die überlieferten wirtschaftsdemokratischen Traditionsbestände aufgreifen, nicht

aber nahtlos an sie anknüpfen können. Es ist das Verdienst einer Reihe von Autoren aus dem gewerkschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich die Debatte um eine *Neue Wirtschaftsdemokratie* angestoßen zu haben (vgl. Demirović 2007; Dörre 2010; Meine/Stoffregen 2010; Schumann/Detje 2011; Urban 2011). Auch der Entwurf zu einem neuen Fortschrittsprogramm der SPD greift die Forderung nach einer Erweiterung der demokratischen Teilhabe am Wirtschaftsleben auf (vgl. SPD 2011). Diese Debatte repräsentiert erste Gehversuche, wie eine wirtschaftsdemokratische Reformperspektive gedacht werden kann und liefert eine erste Bestandsaufnahme der „Bauelemente eines wirtschaftsdemokratischen Hauses“ (Hans-Jürgen Urban).

Bei den nachfolgenden Beiträgen handelt es sich um Positionsbestimmungen der vier Teilnehmer des Roundtables zum Thema *Wirtschaft und Demokratie* anlässlich der Demokratie-Tragung der Friedrich Ebert-Stiftung in Hannover im Januar 2011. Aus unterschiedlichen Blickwinkeln verdeutlichen sie einerseits die Dringlichkeit der Umsetzung wirtschaftsdemokratischer Reformschritte. Andererseits markieren sie auch den Neukonfigurationsbedarf politischer Alternativen und vermitteln einen Eindruck zur Komplexität der Aufgabe, wirtschaftsdemokratische Reformen praktisch werden zu lassen.

Der Sozialwissenschaftler Alex Demirović sieht die zentrale Begründung der Wirtschaftsdemokratie in dem gesellschaftlichen Charakter der Unternehmen, deren Produktionsverfahren und Produkte in erheblichem Umfang gesellschaftliche Ressourcen in Anspruch nehmen. Demirović diskutiert in seinem Beitrag wesentliche Eckpunkte wirtschaftsdemokratischer Reformansätze, wie sie im 20. Jahrhundert von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften entwickelt wurden. Die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit wirtschaftsdemokratischer Reformalternativen in jener Zeit hat nach seiner Auffassung auch mit ihren inhärenten Widersprüchen zu tun. Für Demirović hat die traditionelle Wirtschaftsdemokratie im Zentrum ihrer Theorie versagt; weniger bei der Konzep-

tualisierung einzelner Vorschläge, sondern vielmehr wegen ihrer etatistischen Grundausrichtung, sodass eine politische Ausstrahlungsfähigkeit den Alternativkonzepten versagt geblieben sei. Eine neue wirtschaftsdemokratische Reforminitiative habe sich daher vor allem der Herausforderung zu stellen, die alten Fehler nicht zu wiederholen und die Debatte um eine zeitgemäße Wirtschaftsdemokratie von Anfang an als eine gesellschaftliche Diskussion zu führen.

Michael Schumann, Soziologe, geht es in seinem Beitrag um eine Neudefinition des Konzeptes *Mitbestimmung*. Der traditionelle Mitbestimmungsbegriff habe an Symbolkraft für eine gerechtere Unternehmensverfassung eingebüßt und die eingeübte Mitbestimmungspraxis sei selbst Bestandteil des etablierten Systems geworden. Kritisch setzt sich Schumann in diesem Zusammenhang mit dem Entwurf zu einem neuen Fortschrittsprogramm der SPD auseinander, in dem zwar die Erweiterung demokratischer Teilhabe am Wirtschaftsleben proklamiert werde, eine inhaltlich-konzeptionelle Konkretisierung dieser Forderung aber ausbleibe. Unter dem Gesichtspunkt der Arbeits- und Beschäftigungspolitik geht es nach Schumann insbesondere um die Stärkung der Sozialbindung des Eigentums und der Sicherung von Mitbestimmungsrechten auf den Ebenen der Standort-, Arbeits- und Produktpolitik. Darüber hinaus plädiert er aber auch aus demokratiepolitischen Gründen für eine Neudefinition der Mitbestimmung. Gerade vor dem Hintergrund neuer Einsatzkonzepte für ‚lebendige Arbeit‘ sei die Verwirklichung von Selbstvertretungsansprüchen im betrieblichen Vor-Ort-Bereich mehr als angebracht.

Werner Widuckel knüpft in seinem Beitrag an die Diagnose von Colin Crouch an, wonach ein gesellschaftlicher Zustand zu konstatieren ist, in der die demokratischen Institutionen zwar formell erhalten sind, aber die lebendige demokratische Teilhabe des Volkes längst abhanden gekommen ist. Diese keineswegs widerspruchsfreie Herrschaftslogik droht nach Widuckel den Raum für die Durchsetzung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Alternativlogiken in fundamentaler Weise einzuengen. Vor

diesem Hintergrund sei sowohl eine Demokratisierung der Politik als auch eine Demokratisierung der Wirtschaft auf die Agenda zu setzen. Demokratisierung der Wirtschaft meint aus dieser Perspektive vor allem die Erweiterung von Mitbestimmungsrechten bis hin zu einer Produzentenmitbestimmung, die neue Zugänge zu einer demokratischen Gestaltung von Lebensverhältnissen eröffnet.

Hans-Jürgen Urban sieht vor allem die Gewerkschaften vor „überlebenswichtigen Strategieentscheidungen“ gestellt. Die Tatsache, dass die Gewerkschaften in Deutschland in der Abwehr von Krisenfolgen zwar Defensiverfolge realisieren konnten, ihnen der Ausbruch aus der Defensive bislang aber nicht gelingen will, ist für ihn auch Ausdruck eines Mangels an Reformalternativen. Eine *Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts*, die für eine gesellschaftliche Mehrheit hinreichend politisch attraktiv ist, müsse die historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung kritisch-produktiv aufgreifen und sich vor allem neuen Herausforderungen stellen. Dazu zählt Urban nicht nur die Infragestellung überkommener ‚Gewissheiten‘, sondern auch die Integration einer Strategie der „öko-sozialen Transformation des industriell-fossilistischen Entwicklungsmodells“. Darüber hinaus sei die neue Wirtschaftsdemokratie angesichts fortschreitender Globalisierungstendenzen als Mehrebenen-Konzept zu denken, das Reformen von der europäischen bis hinunter auf die regionale bzw. betriebliche Ebene umfasst. In der Perspektive der Umsetzung eines derartigen Konzeptes skizziert Urban die Konturen einer „Mosaik-Linken“, die in ihrer Diversität das Potenzial aufweist, der Komplexität eines neuen Demokratieprojektes gerecht zu werden.

Literaturhinweise

- Bobbio, Norberto (2009): Die Zukunft der Demokratie. In: Bobbio, Norberto: Ethik und die Zukunft des Politischen. Berlin: Wagenbach, S. 75f.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Demirović, Alex (2007): Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme – Perspektiven. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dörre; Klaus (2010): Wirtschaftsdemokratie – eine Bedingung individueller Emanzipation. In: spw, Heft 5, S. 18-23.
- Lutz, Burkart (2011): „Der kurze Traum revisited“: Aussichten auf eine neue Prosperität? (Interview). In: RegioPol – Zeitschrift für Regionalwirtschaft, Heft 1+2, S. 17-23.
- Meine, Hartmut/Stoffregen, Uwe (2010): Mehr Demokratie wagen! Auf dem Weg zu einer Alternative zum Finanzmarktkapitalismus. In: Sozialismus, Heft 7-88, S. 40-47.
- Schumann, Michael/Detje, Richard: Demokratisierung der Wirtschaft „von unten“ – ein neuer Anlauf für Systemkorrekturen. In: Meine, Hartmut/Schumann, Michael/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen! Hamburg: VSA, S. 68-67.
- Sozialdemokratische Partei Deutschland, SPD (2011): SPD-Fortschrittsprogramm – Neuer Fortschritt und mehr Demokratie (Entwurf). Berlin: SPD.
- Streck, Wolfgang (2008): Lektionen zum Kapitalismus. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 27.9.2008.
- Urban, Hans-Jürgen (2011): Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts – Konturen und Realisierungsbedingungen eines gesellschaftlichen Transformationsprojektes, In: Meine, Hartmut/Schumann, Michael/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen! Hamburg: VSA, S. 42-84.

Alex Demirović

Impuls: Wirtschaftsdemokratie nach ihrem Scheitern

1. Zur Begründung der Wirtschaftsdemokratie

Eine der entscheidenden Einsichten, auf der die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie beruht, ist, dass Unternehmen als gesellschaftliche und öffentliche Einrichtungen begriffen werden müssen. Unternehmen sind wirtschaftliche und rechtliche, also gesellschaftliche Einheiten, in und mittels denen die Menschen ihre Subsistenz sichern. Dennoch gelten sie als privat. Es gehört zu den Widersprüchen der modernen, kapitalistischen Gesellschaft, dass als öffentlich allein die Sphäre der Politik gilt. Die Politik erscheint als das Gemeinwesen, obwohl doch nur wenige Menschen von der Politik leben und die meisten Ressourcen aus anderen Bereichen stammen. In der Sphäre der Politik werden Diskussionen über die Perspektiven und Entwicklungsrichtungen des Gemeinwesens geführt, eine geringe Menge von Ressourcen der Gesellschaft verwaltet und die alle bindenden Gesetze beschlossen. Doch an wesentliche Entscheidungen, die das Leben der Einzelnen und das gemeinsame Leben bestimmen, reichen solche Entscheidungen vielfach überhaupt nicht heran. Das liegt auf der Hand, auch wenn die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Politik manchmal sehr kompliziert sind und die Anstöße zur gesellschaftlichen Entwicklung nicht immer aus der Wirtschaft kommen.

Unternehmen haben für Markterschließung, Forschung oder Produktentwicklung oftmals einen Planungshorizont von mehreren Jahrzehnten. Sie entwickeln neue Produkte oder Produktionsverfahren und binden damit in erheblichem Umfang gesellschaftliche Ressourcen. Dies geschieht in Entscheidungen, die in einem vergleichsweise kleinen Kreis

und nach privaten und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten getroffen werden, obwohl sie zumeist sehr viele Menschen weit über die Grenzen des Nationalstaats hinaus in vielen Aspekten ihres Alltags betreffen. Die Entwicklung eines Produkts durch Private schließt ein, dass Konsumenten kaum eine Möglichkeit haben, bei der Gestaltung mit zu entscheiden. Allenfalls können sie mit dem Mittel des Kaufs oder der Kaufenthaltung, gelegentlich auch noch mit Antworten bei einer Konsumentenbefragung, die Erzeugung alternativer Produkte stimulieren. Die Folgen, die ihr Kaufakt auf dem Markt für die Gesellschaft hat, müssen die Konsumenten nur in seltenen Fällen bedenken; mit dem geldvermittelten Kaufvorgang *Ware gegen Geld* werden sie auch ihrer Verantwortung enteignet. Sie schauen sich einen Film im Kino an. Mit dem Preis, den sie zahlen, setzen sie einen für sie unüberschaubaren ökonomischen Mechanismus in Gang. Das Schicksal der Schauspieler und anderer, die den Ehrgeiz haben, diesen Beruf auszuüben und dabei scheitern, die vielleicht Drogen nehmen oder sich prostituieren, muss die Zuschauer nicht kümmern. Ebenso werden sie sich selten fragen, was es für die Menschen in all den Mittelmeerdörfern bedeutet, wenn die Touristen nach der Urlaubssaison wieder nach Mitteleuropa zurückgefahren sind. Die Gartenmöbel sind stabil und sehen gut aus, dass dafür Bäume in Indonesien gefällt werden und der Regenwald vernichtet wird, ist eine Langzeitfolge, die kaum noch der Vielzahl von Einzelentscheidungen zu-rechenbar ist.

Mit einem Produkt verbinden sich also bestimmte individuelle und gruppenspezifische Verhaltensmuster und Gewohnheiten, die sich zu kollektiv relevanten Lebensweisen formieren. Ein Flugzeug ist nicht einfach nur ein technisches Artefakt und ein Transportmittel, das der Gesellschaft gleichsam äußerlich ist, sondern wird selbst zum Mittelpunkt einer umfassenden gesellschaftlichen Praxis. Sie umfasst unter anderem die technische und weitverzweigte verkehrstechnische Infrastruktur im Umfeld von Flughäfen, die dort vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten, den beschleunigten Reiseverkehr von Geschäftsleuten, den Tourismus und die

Reisegepäckindustrie, die Ausbildung und Beschäftigung von vielen Zehntausenden als PilotInnen, FlugbegleiterInnen oder Tourismuskaufleuten.

Die Herstellung eines Gebrauchsgegenstands geht einher mit der Herausbildung einer besonderen Formierung des Arbeitsvermögens von Individuen. Am Zuschnitt des Qualifikationsprofils sind die betroffenen Individuen kaum mit einer bewussten Entscheidung beteiligt, sondern sehen sich mehr oder weniger stark dazu gedrängt, sich in ein vorgegebenes Muster der Arbeitsteilung einzufügen. Die betriebliche ebenso wie die gesellschaftliche Arbeitsteilung wird nach Gesichtspunkten des wirtschaftlichen Gewinns festgelegt. Der Arbeitsprozess wird vom Verwertungsprozess bestimmt, also von den Eigentümern und den mit ihnen verbundenen wirtschaftlichen und technischen Fachleuten. Er ist in einer Weise organisiert, dass die Autorität der Eigentümer mittels Management, Maschinen und ihrer Konstruktion, Arbeitszeitregimen und Vorgaben, Meistern oder Vorarbeitern durchgesetzt wird. Die meisten Arbeitenden sind nur Objekte betrieblicher Verwaltung und Kontrolle, nicht jedoch als freie Individuen an den Entscheidungen über die Prozesse beteiligt.

Mit Produkten wie dem Flugzeug oder dem Automobil werden großtechnische Systeme eingerichtet. Nicht nur füllen die Autos die Straßen, erzeugen Lärm oder schaffen Unsicherheit. Straßen als öffentlicher Raum werden faktisch von den Autofahrern privatisiert, indem sie mit ihrer schnellen Bewegungsform dominieren, mit Autos die Straßen zustellen oder die Kosten des Verkehrs auf die Allgemeinheit abwälzen. In ähnlicher Weise stellen auch die Atomenergie oder die Gentechnologie großtechnische Systeme dar, die als Technik schon eine bestimmte Lebensweise setzen. Es handelt sich um Fakten setzende Macht, über die nicht kollektiv entschieden wird. Da solche Systeme enorme gesellschaftliche Ressourcen binden und sich im Laufe der Zeit mit einer Vielzahl von Interessen verknüpfen, ist ein Ausstieg ausgesprochen schwierig. Denn es ist nicht einfach nur, wie es manchmal heißt, ein Ausstieg aus der *Nutzung* einer Technik. So viele Menschen sind mit solchen Techniken ver-

bunden, so sehr ist das alltägliche Leben von diesen Techniken durchdrungen und von ihnen konstituiert, dass ein Ausstieg nur als die Veränderung und Transformation einer kollektiven Lebensweise denkbar ist. Aber gerade weil dies so ist, kann auch nicht behauptet werden, diese Lebensweise müsse so und könne nicht anders sein. Erst recht dürften nicht allein vergleichsweise Wenige darüber entscheiden, weil sie nämlich faktisch und ohne jede Verantwortung über die Lebensweise von vielen Millionen Menschen entscheiden. Der Fall von Atomkraftwerken macht dies drastisch deutlich. Die Atomenergie gilt als kostengünstig, umweltfreundlich und notwendig für die Energiesicherheit. Entscheidungen, die hier über die Jahrzehnte von wenigen hundert oder tausend Politikern, Managern und Ingenieuren getroffen wurden, begünstigen eine bestimmte Form der zentralen Erzeugung von Energie, ihren Vertrieb über monopolisierbare Netze und ein bestimmtes Energienutzungsverhalten. Atomenergie hat zur Anhebung der sogenannten natürlichen Radioaktivität beigetragen und ist damit die Ursache einer Vielzahl von körperlichen Schädigungen und Toten. Der Unfall des Reaktors in Tschernobyl soll etwa eine Million Menschen das Leben gekostet haben. Wenn es zu einem Unfall und GAU kommt, werden aber Menschen nicht nur akut geschädigt, vielmehr wird eine ganze Region über Jahrhunderte und Jahrtausende verseucht und ist für Menschen nicht mehr bewohnbar: Wohnungen, ihr Eigentum, Infrastrukturen – über all das können Menschen nicht mehr verfügen. Der schleichende Schock dieser Erfahrung lässt sich auch in Japan nach dem Unfall im AKW Fukushima beobachten. Atommüll verlangt Vorkehrungen über hunderttausende von Jahren. Damit werden Menschen durch Menschen mit vollem Wissen in einem Maße an Entscheidungen gebunden, wie das weltgeschichtlich bislang kaum je der Fall war und sein konnte.

Anders gesagt, die Gründe dafür, starke Formen wirtschaftsdemokratischer Beteiligung zu schaffen, haben im Vergleich zu den 1920er Jahren noch an Gewicht gewonnen. Keines der seinerzeit diagnostizierten Probleme wurde gelöst, alles ist noch drastischer geworden. Deswegen wird auch die Dringlichkeit der Demokratie immer noch größer.

2. Vorschläge

Aus diesen Betrachtungen möchte ich eine Schlussfolgerung ziehen: Die Produkte, wie auch die Produktionsprozesse und die wirtschaftlichen Verkehrs- und Verteilungsformen müssen, weil an ihnen alle beteiligt und alle von ihnen betroffen sind, auch Gegenstand der gemeinsamen Entscheidung sein. Das entspricht der langen Tradition der Demokratie: Die Herrschaftsunterworfenen entscheiden gemeinsam und nach gemeinsam festgelegten Verfahren über die allgemeinverbindlichen Regeln nach denen Herrschaft ausgeübt wird, sie statten diejenigen, die die Entscheidungen treffen, mit einem Mandat aus und kontrollieren sie. Da die Interessen aller Einzelnen Berücksichtigung finden können müssen, müssen sowohl die Verfahren als auch die einzelnen Entscheidungen umkehrbar bleiben, wenn sie diesen widersprechen. Von dieser Demokratie-regel wird die Wirtschaft in liberalen Gesellschaften ausgenommen. Das ist töricht, weil nun Einzelne oder kleine Gruppen von Menschen Entscheidungen nach Gesichtspunkten des Gewinns oder der Machtsteigerung treffen können – Entscheidungen über gesellschaftliche Ressourcen und die Lebensweise, die jedoch nur ihnen nutzen und den demokratischen Spielraum aller anderen auch langfristig einschränken, weil die gesellschaftlichen Ressourcen gebunden werden und sich kollektive Gewohnheiten und Interessen zwangsläufig um solche Entscheidungen kristallisieren. Soweit solche privatwirtschaftlichen Entscheidungen mit dem Wohl aller zusammengehen, ist das Zufall. Doch in der Regel gehen in kapitalistischen Gesellschaften Gesamtinteresse und Einzelinteresse nicht zusammen: Im Regelfall setzen sich mächtige Einzelinteressen gegen jene der Vielen durch. Aber selbst wenn es einmal zur Harmonie einer sogenannten Win-Win-Situation kommt, ist dies eben blindes Resultat und keineswegs das Ergebnis einer gemeinsamen Entscheidung der Mitglieder der Gesellschaft über deren Entwicklung. Entstanden in den vielen Diskussionen nach dem Ersten Weltkrieg, ist Wirtschaftsdemokratie ein hellsichtiges Reformprojekt, mit dem die Gewerkschaften in Deutschland seit den 1920er Jahren auf diese Misere der liberalen Demokratie reagiert haben. Sie haben gesehen, dass die Unternehmen nicht

nur nach innen das Bürgerrecht der ArbeiterInnen in den Betrieben einschränken, sondern auch gesamtgesellschaftlich immer mächtiger werden und damit in der Lage sind, den Spielraum demokratischen Entscheidens einzuschränken oder sogar autoritäre Staatsformen zu begünstigen. Wirtschaftsdemokratie, also eine Einschränkung von Unternehmensmacht an der Quelle ihrer Entstehung, soll Demokratie sichern und kann unter gegebenen Machtverhältnissen ihrerseits die Grundlage für demokratische Übergänge zu einer Gesellschaft legen, in der die ökonomischen Prozesse demokratischen Entscheidungen unterworfen werden.

Mit der Gründung der Bundesrepublik und der paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie konnten die Gewerkschaften die Hoffnung haben, erste Elemente auf einem längeren Reformweg zur Wirtschaftsdemokratie und zu einem demokratischen Sozialismus durchzusetzen. Diese Hoffnung wurde spätestens mit dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 enttäuscht. Es wurde deutlich, dass auch unter den vergleichsweise günstigen Bedingungen der sozial-liberalen Koalition die paritätische Mitbestimmung nicht auf die Wirtschaft insgesamt ausgedehnt werden konnte. Hinzu kam, dass die Wirtschaftsdemokratie auch in anderer Hinsicht eine Baustelle blieb. Die Unternehmensmitbestimmung war getrennt worden von der betrieblichen Mitbestimmung durch Betriebsräte, die dem betrieblichen Wohl und der Einhaltung des Betriebsfriedens verpflichtet sind. Damit konnten die Belegschaften nicht direkt auf die Unternehmenspolitik Einfluss nehmen. Die Mitbestimmung galt in vielen Unternehmensformen gar nicht. Die demokratische Beteiligung war nur über die Repräsentation mittels der Gewerkschaften zu erlangen. Schließlich wurden, und das ist das Wichtigste, wesentliche Aspekte der Wirtschaftsdemokratie, die die gesellschaftliche Koordination wirtschaftlicher Prozesse betrafen, nicht einmal im Ansatz verwirklicht.

In den Gewerkschaften und im Umfeld der SPD wurde dies gesehen und es wurden ausführliche strategische Debatten über diese Fragen geführt. An diese Debatten will ich kurz erinnern, indem ich mich ausführlich auf ein Buch von Fritz Vilmar und Karl-Otto Sattler (1978: 59-126) beziehe,

in dem umfassend die sozialdemokratische Diskussion der 1970er Jahre dargestellt wird. Eine Vielzahl von Vorschlägen wurden seinerzeit in diesem Rahmen entwickelt: Es war eine Zeit fruchtbarer gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen und enormer wirtschaftspolitischer und programmatischer Kreativität innerhalb der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Diese Vorschläge betreffen mehrere Ebenen der Demokratisierung.

1. Die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit: An oberster Stelle geht es um eine Rahmenplanung, die die Lenkung der Wirtschaft und vor allem die der Investitionen zum Ziel hat. Die Entscheidungen über Investitionen sind der Schlüssel zu den wirtschaftlichen Prozessen, denn sie legen vorhandene und zukünftigen Ressourcen fest, sodass Alternativen stark eingeschränkt werden; sie betreffen die Produkte und den Bedarf, die Produktionsverfahren, die Beschäftigungsperspektiven und die notwendigen Qualifikationen, die Forschung und Entwicklung oder die Infrastrukturen. Strittig blieb, ob die Investitionslenkung indirekt durch staatliche Regulierung oder direkt vorgenommen wird und der Staat eine aktive Gestaltungsfunktion übernehmen sollte.

Um solche Investitionsentscheidungen zu treffen, bedarf es eines umfangreichen Wissensapparates, der Informationen, Diagnosen und Prognosen erarbeitet. Ohne eine langfristige Perspektive und eine Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Vorgänge könnten Investitionen in die falsche Richtung gehen und wären nicht bedarfsgerecht, wären zeitlich und räumlich falsch dimensioniert oder würden das arbeitsteilige Zusammenspiel der Branchen und Wirtschaftsabteilungen nicht angemessen berücksichtigen können, wie es jedoch notwendig ist, um zu einer stabilen und gleichgewichtigen Wirtschaftsentwicklung zu gelangen. Um entsprechende Informationen zu erhalten, wurde über Investitionsmeldestellen und Lebensstandardindizes nachgedacht, die der Bedarfserfassung in den einzelnen Lebensbereichen dienen sollten. Rahmenplanung sollte die Proportionen von Investitionen im privaten und öffentlichen Sektor, Produktion

und Dienstleistungen, Angebot und Nachfrage aufeinander abstimmen und die Umweltschäden möglichst gering halten oder vermeiden. Die Feinabstimmung hinsichtlich Produktgestaltung oder Absatz sollte demgegenüber dem Markt überlassen bleiben. Ein Bundesentwicklungsplan sollte die regionale und die sektorale Strukturpolitik miteinander verzahnen. Der Bedarf sollte durch eine Bedarfsrangskala ermittelt werden.

Es ist offensichtlich, dass in den wirtschaftlichen Entscheidungsprozess viele Akteure einbezogen sind, allerdings verdient er es kaum, als demokratisch bezeichnet zu werden. Auch diese Frage wurde zwar diskutiert, aber die Antworten blieben eher unzulänglich. Denn zum einen sollten die Gewerkschaften in die Planerarbeit einbezogen werden, also eine Mitgliederorganisation, die nicht die Gesamtheit der Lohnabhängigen, auch nicht die Arbeitslosen, die Familienangehörigen, die Kinder und Alten vertritt. Wie die Bürger und Bürgerinnen sich insgesamt beteiligen könnten, blieb unklar. Dieses Problem wurde mit dem Hinweisen darauf verschoben, dass über Bedarfsrangskalen in den Wahlkämpfen gestritten werden müsste. Das wichtige Problem der Autonomie der Betriebe und der Entscheidungsfreiheit der Belegschaften wurde gesehen, doch von der Basis in der Kommune, der Region oder dem Betrieb wurde im wesentlichen erwartet, die Planungen der obersten Gremien wie Bundesregierung und Parlament umzusetzen. Dabei sollten sie Spielräume erhalten. Aber es ging dabei lediglich um Spielräume bei der spezifischen Umsetzung, nicht darum, wie sie jeweils am gesellschaftlichen Planungsprozess selbst beteiligt wären. Anders gesagt, das Konzept der Investitionslenkung war etatistisch und von oben her gedacht. Demokratie kam nur über die privilegierte Form von Parteien und Parlament ins Spiel, wurde also gar nicht ernsthaft zum Gegenstand weiteren Nachdenkens. Das ist, so muss man kritisch feststellen, eine grundsätzliche Schwäche, die dem Konzept der Wirtschaftsdemokratie des Sozialdemokraten und Gewerkschafters Fritz Naphtali schon in den 1920er Jahren anhaftet. In welcher Weise eigentlich die Prozesse wirtschaftlicher Ko-

ordination selbst demokratisch verfasst sein könnten, wurde durch Hinweise auf das Parlament und die Einbeziehung der Gewerkschaften entproblematisiert. Über Mobilisierung und Beteiligung der Betroffenen und die daraus resultierenden Konflikte und gesellschaftlichen Perspektiven wurde nicht wirklich weiter nachgedacht.

2. Kontrolle unternehmerischer Macht. Dazu gehört als indirekte Kontrolle die Einschränkung der Möglichkeit zur Konzentration von Unternehmen durch eine entsprechende Monopol- und Kartellgesetzgebung, durch Wettbewerbsförderung, durch Sozialstandards oder staatliche Datensetzung, durch Publizität der Unternehmenskalkulation, Kapitalverkehrskontrollen, Vermögensbildung bei den Beschäftigten, Verbraucheraufklärung, Qualitätsnormen oder Einschränkung der Möglichkeit missbräuchlicher Werbung. Die direkte Kontrolle sollte durch Vergesellschaftung (Volkseigentum, Genossenschaften, selbstverwaltete Betriebe) oder Verstaatlichung (staatliche, kommunale Unternehmen) der Produktionsmittel ermöglicht werden. Gemeineigentum würde die direkte öffentliche Steuerung der Wirtschaft erlauben, indem über Investitionen, Einsatz der Arbeitskräfte, Höhe der Löhne und Verteilung der Gewinne entschieden werden kann. Der Gesichtspunkt des Bedarfs und der Wirtschaftlichkeit sollte den der profitablen Kapitalverwertung ersetzen. Das Problembewusstsein hinsichtlich des Verhältnisses von Zentralismus und Dezentralität war vorhanden, wurde jedoch auf die Alternative von staatlicher Bürokratie einerseits und Privateigentum andererseits verengt: die private Verfügungsgewalt sollte nicht durch eine zentral gesteuerte bürokratische Lenkung ersetzt werden. Unternehmen in gewerkschaftlichem Eigentum wurden als Beispiel und Mittel zur Durchsetzung einer gemeinwohlorientierten Struktur- und Gesellschaftspolitik verstanden. Angesichts der verschiedenen Skandale um gewerkschaftseigene Unternehmen, ihre Auflösung und Veräußerung wurde diese Erwartung enttäuscht. Aber das war nicht nur ein Problem der Gewerkschaften. Auch genossenschaftliche Versuche oder Versuche der Alternativökonomie wie das Rhein-Main-Netzwerk Anders arbeiten, anders leben ließen alsbald ihre Schwäche erkennen.

3. Arbeitnehmer sollten mitbestimmen können, damit sie nicht als machtlose Objekte einer geplanten Wirtschaft fungierten. Mitbestimmung wurde in diesen Debatten nicht als Sozialpartnerschaftsideologie gesehen, sondern bewusst als Suche von Kompromissen in einer antagonistischen Kooperation zwischen Lohnarbeit und Kapital verstanden. Sie wurde demnach auch nicht als Endziel begriffen, sondern als eine machtpolitische und organisatorische Zwischenstufe auf dem Weg zur Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Lohnabhängigen im Rahmen einer gesellschaftlichen Rahmenplanung. Dabei kann unterschieden werden zwischen der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in der Arbeitsgruppe, im Betrieb, im Unternehmen und in der Gesamtwirtschaft. Zu Recht weisen Vilmar und Sattler darauf hin, dass der Aspekt der Mitbestimmung in der Konzeption der Wirtschaftsdemokratie der am weitesten ausgearbeitete sei und dennoch erst am Anfang stehe (ebd.: 113). Daran hat sich nichts geändert; ja, im Gegenteil ist die Diskussionslage heute schlechter als in den 1970er und 1980er Jahren. Nachdem die Diskussion über viele Jahre gar nicht mehr fortgesetzt wurde, ist es heute wichtig, an den damaligen Stand zu erinnern. Dieser muss kritisch aufgearbeitet werden, um der gegenwärtigen Diskussion Impulse zu geben (vgl. Demirović 2007; Martens 2010).

Auf der Ebene der Gesamtwirtschaft, so schlug der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) 1971 vor, sollten paritätisch besetzte Wirtschafts- und Sozialräte auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene geschaffen werden. Als Ziel galt eine vorausschauende Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze strukturell sichern, Machtkonzentration verhindern, mit Gütern des öffentlichen Bedarfs versorgen, das Preisniveau stabilisieren sollte. Im Bereich des Unternehmens konnte an vorhandene Regelungen und Erfahrungen angeknüpft werden. Vilmar und Sattler betonten jedoch schon früh und energisch, dass Entscheidungen in multinationalen Konzernen so weitreichende Folgen für die Gesellschaft haben, dass allein eine paritätische Beteiligung von Kapitaleignern und Arbeitnehmern zu kurz greift und deswegen die Interessen der Konsumenten, der Kommune und der

Gesellschaft auch unmittelbar vertreten sein müssten. Arbeitnehmer sollten mit ihren Stimmen eine Sperrminorität ausüben können.

Solche Forderungen zur erweiterten Mitbestimmung werden heute allenfalls von einzelnen Personen erhoben. Immerhin konnte sich in der Wirtschaftskrise und angesichts der Gefährdung der ganzen Industrieregion Esslingen, angeregt durch den Bezirksbevollmächtigten der IG Metall Sieghard Bender, durchaus der Ansatz zu einer solchen regionalen Form der Mitbestimmung bilden. Es gibt auch zahlreiche Vorschläge zu einer Erweiterung der Mitbestimmung. So könnte die Mitbestimmung im Aufsichtsrat auf alle Unternehmen ab 500 Beschäftigten ausgedehnt werden, die Rechtsform dürfte keine Rolle mehr spielen. Die mitbestimmungspflichtigen Gegenstände könnten durch den Gesetzgeber geregelt werden und wären nicht mehr allein durch die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats bestimmt. Die Aktionärsversammlung sollte ihre letztinstanzliche Entscheidungskompetenz verlieren. Die gewerkschaftlichen Vertreter im Aufsichtsrat könnten das Recht erhalten, die ArbeitnehmerInnen der Unternehmen zu informieren. Von besonderer Bedeutung wäre, dass sie das Recht erhielten, auf Investitionsentscheidungen, Veräußerungen, Unternehmenszukäufe, Verlagerungen oder Outsourcing durch Veto Einfluss nehmen zu können.

Hinsichtlich des gegenwärtig herrschenden finanzmarktdominierten Kapitalismus sind das wichtige Aspekte. Denn die Diskussion über die Mitbestimmung und die Wirtschaftsdemokratie müssen den Prozess der Globalisierung im Blick haben. Ein entscheidendes Moment ist es, die Ausrichtung an der Wettbewerbsfähigkeit, an Exportüberschüssen und am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufzugeben und unter die Kontrolle der demokratischen Entscheidung zu bringen. Die in sich permanent beschleunigte Wertschöpfung und Reichtumsakkumulation, die Wirtschaftsstrategie des Sozialdumpings, also der Niedriglohnpolitik, der Ausdehnung flexibilisierter Arbeitszeiten, die verschärfte Leistungsabpressung, die Absenkung der Gesundheitsvorsorge und anderes mehr

müssten gestoppt, die Verlagerung der Produktion, das Outsourcing von Dienstleistungen, die Arbeitsmigration müssten eingebettet werden in eine solidarische und demokratisch kontrollierte und bestimmte Form der internationalen Arbeitsteilung; eine Umverteilung der Arbeit und damit verbunden eine drastische Verringerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit wären dringend geboten. Aber mehr noch: es müssten öffentliche Ratingagenturen geschaffen werden, die den privaten Agenturen etwas entgegensetzen, in die Ratings von Unternehmen und gesellschaftlichen Entwicklungen müssten andere Beurteilungsmaßstäbe als die profitorientierten Wettbewerbsfaktoren eingehen, also ökologische Nachhaltigkeit, Demokratie, sozialer Fortschritt.

Die Funktion des Kredits muss unter öffentliche und demokratische Kontrolle gebracht werden (vgl. Aglietta/Rebérioux 2005; Demirović 2007). Das Investmentbanking muss abgeschafft und entsprechende Geschäftspraktiken, die in den vergangenen Jahren gesetzlich erst erlaubt wurden, wieder verboten werden, die private Alters- und Gesundheitsvorsorge muss wieder beseitigt werden; denn sie tragen in einem erheblichen Maße dazu bei, dass riesige Mengen Rendite suchendes Geldkapital zusammenkommen, das auf der Suche nach hohen Zinsen in riskante Geschäftsfelder hineinfließt – hohe Zinsen, die notwendig sind, um nicht nur den Versicherungszweck zu erfüllen, sondern auch die Verwaltungskosten der privaten Versicherungsunternehmen und die Aktiengewinne zu finanzieren. Dabei werden die Unternehmen unter Druck gesetzt, sich der hohen Gewinne wegen wettbewerbsfähig „aufzustellen“, also Arbeitsplätze zu vernichten, den Leistungsdruck zu erhöhen, Nachhaltigkeitsgesichtspunkte zu vernachlässigen und sich auf bestimmte Produktbereiche zu konzentrieren, die wenig mit dem Bedarf der Gesellschaftsmitglieder zu tun haben.

Auf betrieblicher Ebene ist es mit Reformen des Betriebsverfassungsgesetzes in den vergangenen Jahren zu wichtigen Weiterentwicklungen gekommen. Aber es bleiben Forderungen auch aus den 1970er Jahren

weiterhin aktuell: jederzeitige Abwahl des Betriebsrats, Aufhebung der Friedenspflicht, Aufhebung der Einschränkung der politischen Betätigung im Betrieb, Offenlegung aller Geschäftsunterlagen und Planungen gegenüber dem Betriebsrat, Informationspflicht des Betriebsrats gegenüber der Belegschaft. Trotz etlicher gesetzlicher Verbesserungen ist zu beobachten, dass betriebliche Aushandlungs- und Kompromissmuster nicht mehr funktionieren. Betriebsräte geben sich als handlungsfähig, wo sie oftmals nur noch die Reorganisation der Unternehmen zu Lasten der Beschäftigten verhandeln. Sehr oft tritt genau das ein, wovor schon Fritz Naphtali in den 1920er Jahren gewarnt hatte: die Betriebsräte werden mächtiger als die Gewerkschaften, von diesen nicht mehr kontrolliert, verfolgen sie betriebsegoistische Ziele und können sich auch gewerkschaftlichen Zielen entgegenstellen. Nicht zuletzt wäre aus diesem Grund von Seiten der Linken darüber nachzudenken, ob das duale Vertretungssystem – also friedenspflichtige und dem Betriebswohl verpflichtete Betriebsräte auf der einen und Gewerkschaften auf der anderen Seite, die die Tarife verhandeln, aber von ihrer Basis weitgehend getrennt sind – noch zeitgemäß ist. Unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftsdemokratie ist in diesem Zusammenhang auch an eine Stärkung des Streikrechts zu denken, das unter der Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl in erheblichem Maße eingeschränkt worden ist.

Da die Mitbestimmung über Betriebsräte und die Unternehmensmitbestimmung nur repräsentativ stattfindet und einer direkten Beteiligung der KollegInnen in den Betrieben wenig Raum gibt sowie nicht zuletzt deswegen auch zu Enttäuschungen an der Basis führen muss, ist seit langem eine wesentliche Forderung, zu einer direkten Mitbestimmung am Arbeitsplatz selbst zu kommen, also während der Arbeitszeit in den Abteilungen und Arbeitsgruppen über die Arbeitsorganisation zu entscheiden und auch Formen der individuellen Ausgestaltung der Arbeitsprozesse zu entwickeln. In einem gewissen Umfang hat es seit den 1990er Jahren Erfahrungen mit Gruppenarbeit gegeben. Diese war jedoch vielfach den Managementstrategien unterworfen, mit neuen, marktförmigen Steue-

rungsmechanismen die Leistungsabgabe zu vergrößern. Das Autonomiebedürfnis der Beschäftigten wurde auf diese Weise ausgenutzt. Das Management hat auch oftmals die Sorge, dass seine eigene Leitungsfunktion selbst überflüssig wird, wenn die Beschäftigten sich als fähig erweisen, die Abläufe selbstbestimmt zu organisieren und damit deutlich machen, dass betriebliche Autorität nicht nur nicht nötig ist, sondern sogar kontraproduktiv. Das Eigentum an den Produktionsmitteln ist also der Grund, warum die Produktivität, die in der freien Kooperation der Mitarbeiter eines Betriebes vorhanden ist, gar nicht zur Entfaltung kommen darf. Auch dies ist eine wichtige Komponente der Demokratie, die durch gemeinsames Diskutieren, Entscheiden und Handeln zur Kooperation beiträgt und damit die in der gemeinsamen Situation liegende Produktivität zur Geltung bringt. Davon sind Unternehmensstrategien, die sich am von den Finanzmärkten vorgegebenen Shareholder Value orientieren müssen, denkbar weit entfernt.

3. Für ein neues wirtschaftsdemokratisches Projekt

All das muss heute neu durchdacht werden. Es reicht nicht aus, naiv, entschiedener oder sachlicher die Forderungen nach Einrichtung wirtschaftsdemokratischer Institutionen und Verfahren zu stellen. In der Sache ist das geboten (wie in Abschnitt 1 gezeigt); vieles an den wirtschaftsdemokratischen Überlegungen gilt unverändert und mehr als jemals und müsste detaillierter ausgearbeitet werden. Die kapitalistischen Verhältnisse haben sich zwar in vielen Hinsichten verändert, aber dort, wo die Konzepte unzulänglich sind, könnten sie überarbeitet werden. Dies gilt für Autonomiewünsche der Erwerbstätigen und ihre Qualifikationen, die Zunahme des Dienstleistungssektors und den Gesichtspunkt der Betriebsgrößen, die europäische und globale Verflechtung von Wertschöpfungsketten, die Herausforderungen einer neuen energetischen Basis der Gesellschaft oder neuer Formen der Mobilität, die Perspektive einer nachhaltigen Lebensweise und die Überführung der Wirtschaft in

eine Postwachstumsökonomie. Vieles wurde von der gesellschaftlichen Linken, den sozialen Bewegungen, den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie angestoßen und angedacht, wenn wir an den von Willy Brandt geförderten Brundtland-Bericht, an das von Johannes Rau geförderte Wuppertal-Institut denken.

Doch die Konzeption der Wirtschaftsdemokratie hat eine sehr umfassende Niederlage erfahren. Dies lässt sich auch mit Blick auf die SPD sagen. Viele gute Köpfe der Sozialdemokratie haben sich mit diesen Fragen in den 1970er und 1980er befasst. Doch hat sich am Ende gerade der Praktizismus, vor dem Vilmar gewarnt hatte, durchgesetzt: um an der Regierung zu sein und zu bleiben, wurde politisch das Gegenteil dessen gemacht, was über Jahre konzeptionell überlegt worden war. Dies muss heute jede konzeptionelle Debatte bedenken, auch Visionen müssen nach solchen Erfahrungen *realpolitisch* sein, nicht um einzuknicken, sondern um die Ziele zu erreichen.

Im Rückblick auf die Diskussionen der 1970er Jahre lässt sich sagen, dass es nicht gelungen ist, den notwendigen Wissensapparat zu entwickeln. Die Linke ist an den Hochschulen kaum noch präsent, keynesianisch, wirtschaftsdemokratisch oder marxistisch orientierte Ökonomen gibt es kaum, Wissenschaftler, die in den Wirtschaftswissenschaften zu Gemeinschaft, Planung oder Wirtschaftsdemokratie arbeiten, gibt es nicht. Es grassiert die Neoklassik, die Gewerkschaftsfeindlichkeit, die neoliberale Rhetorik. Aus öffentlichen Mitteln wird der Sachverstand wie der von Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung in München, finanziert, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Vorzüge des Marktes preist. Das Wissen, das die staatlichen Akteure benötigen, wird von schnell zusammengesetzten Kommissionen, kommerziellen Beratungsunternehmen oder von von staatlichen Mitteln abhängigen und deswegen folgebereiten NGOs zur Verfügung gestellt – oder eben direkt von den mächtigen Unternehmen und deren Rechtsanwaltskanzleien. Eine Diskussion über eine gesamtwirtschaftliche Planung und

Mitbestimmung findet nicht statt. Wenn es sie einmal wieder geben sollte, wäre das die Chance, sie auf die Euro-Zone und die Europäische Union (EU) auszudehnen. Das ist dringend, denn hier kommt nicht einmal eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik zustande. Die Unternehmen haben ihre Macht genutzt, sie haben den Weltmarkt mithilfe politischer Akteure reorganisiert, ihm den Namen Globalisierung gegeben und das getan, was der Kapitalismus seit zweihundert Jahren tut, wenn er kann, nämlich den Sachzwang ökonomischer Imperative zur Maxime jedes Handelns erhoben. Dies erlaubt, sich den demokratiepolitischen Freiheiten, die von der Wirtschaftsdemokratie ausgehen, und vom Kapital nur als Restriktionen der freien Gewinnmaximierung zugunsten der Eigentümer wahrgenommen werden kann, zu entziehen. In der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften hat es drei Strömungen im Umgang mit dieser Dynamik gegeben: a) diejenigen, die kritisch waren und blieben, aber alsbald in die Defensive gerieten, weil sie leicht bespöttelt werden konnten als zurück geblieben und modernisierungsfeindlich; ihnen konnte auch der Vorwurf gemacht werden, dass sie die Möglichkeit einer Regierungsübernahme gefährdeten. b) Eine Strömung, deren Vertreter sich zähneknirschend den neuen Sachzwängen unterwarfen, um sie überhaupt noch beeinflussen zu können. Dies dürfte die Mehrheit gewesen sein, die für sich in Anspruch nimmt, realistisch zu sein, dabei aber auch den eigenen Konformismus schön redet. c) Schließlich diejenigen, die für die Prozesse eingetreten sind, entweder weil sie gutgläubig waren und sich wirklich etwas für die Lohnabhängigen und die Gesellschaft erwarteten oder weil sie schlicht zynisch waren und im Namen einer sozialen Demokratie ihre eigene Karriere und den Gewinn von Unternehmen befördern wollten. Letztere Strömung konnte sich durchsetzen. Von der SPD geführten Regierung selbst wurden ab 1998 in einer Art self fulfilling prophecy diejenigen Sachzwänge erst eingerichtet oder verstärkt, von denen sie behauptete, sich ihnen unterordnen zu müssen (vgl. Demirović 2009).

Das alles ist der Wirtschaftsdemokratie nicht einfach von außen widerfahren. Es ist eigenartig genug. Aber die Wirtschaftsdemokratie – die unter anderem entwickelt wurde, um die Macht der Unternehmen zu verringern und zu kontrollieren – hat nicht mit der Macht eben dieser kapitalistischen Unternehmen gerechnet. Wirtschaftsdemokratie wurde in der SPD grundsätzlich als ein Reformkonzept verstanden, das einen langsamen Umbau der Wirtschaft ermöglichen sollte. Damit ist gemeint, dass Gesetzgebungsprozesse es erlauben, dass Menschen ganz langsam ihre Präferenzen verändern und ihre Interessen neu ausrichten. Es werden Reformen an Prozessen des alltäglichen Lebens vorgenommen. Sie können von den Menschen unterstützt werden, weil sie aus ihrem Alltag hervorgehen und als konkrete Verbesserungen erfahren werden. Durch eine Vielzahl von Randverschiebungen sollen so allmählich selbst Strukturen bildende Wirkungen zustande kommen, die in ihrer Gesamtheit langfristig einen Übergang zum Sozialismus darstellen. Diese Erwartung, gestützt auf eine ausführliche Darlegung der programmatischen Diskussionen der SPD und der Jusos in den 1970er Jahren, findet sich sehr eindringlich bei Vilmar und Sattler formuliert. Gegen „marxistische Polarisierungs-, Katastrophen- und Revolutionshoffnungen“, gegen die Fixierung bloß auf die Negation des Kapitalismus auf der einen Seite und „sozialdemokratischen Pragmatismus und Praktizismus“ (Vilmar/Sattler 1978: 21) auf der anderen Seite und aufgrund der Einschätzung, dass politische Mehrheiten nicht allein im Kampf gegen etwas, sondern nur für etwas, nämlich eine Verbesserung ihrer Lebenslage zu gewinnen seien, wird in diesen Debatten für eine evolutionäre Strategie plädiert, durch die ausgehend von gegebenen gesellschaftlichen Machtverhältnissen schrittweise auf reformpolitischem Wege die bestehende Wirtschaftsordnung transformiert und der Demokratie unterworfen werden soll. Die Dynamisierung des strategischen Konzepts soll zudem sicherstellen, „daß die nächsten Schritte niemals als abschließende isoliert erscheinen“ (ebd.: 9).

Diese Überlegungen wurden so angestellt, als gäbe es die Macht des Kapitals der demokratischer Kontrolle zu unterwerfenden Unternehmen gar

nicht, als müssten nur die Menschen überzeugt und mitgenommen werden. Doch die Unternehmen, die Wirtschaftsverbände, die Journalisten der bürgerlichen Medien schauten ja nicht unbeteiligt weg, sondern beobachteten diese Bemühungen auf ihren Rückhalt in der Bevölkerung hin und griffen in diese Prozesse ein und organisierten Niederlagen für die Wirtschaftsdemokratie. Das Reformkonzept will überzeugen und ganz allmählich, evolutionär eine Veränderung der Macht bewirken. Aber gerade das, was mit Reformen gelingen soll, nämlich Teile der Bevölkerung für einen demokratischen Übergangsprozess zu gewinnen, gelingt nicht. Denn die Unternehmen wissen genau diese jeweils kleinen Schritte zu verhindern, die, kontinuierlich verfolgt, vielleicht tatsächlich strukturrelevante Wirkungen haben würden. Sie sind nicht dumm genug, darauf zu warten, dass man ihnen in aller Ruhe die Machtgrundlagen unter den Füßen wegzieht. Die Gegenstrategie der Kapitaleigner und der mit ihnen verbundenen gesellschaftlichen Strömungen ist komplex. Da werden wahrheitswidrige Behauptungen über eine wirtschaftsdemokratisch koordinierte Wirtschaft in Umlauf gebracht, es werden Personen denunziert und politische Strömungen lächerlich gemacht. Es wird Druck auf die Politik ausgeübt, es werden auch direkt Politiker durch Aussichten auf gutbezahlte Positionen gewonnen. In den Unternehmen werden Ziele der Wirtschaftsdemokratie selektiv aufgenommen: Beteiligung, Autonomie, Qualifikation. Schließlich aber kann gerade die Macht über das Eigentum an Produktionsmitteln, die mit Wirtschaftsdemokratie bekämpft wird, dazu eingesetzt werden, die Wirtschaftsdemokratie zu unterlaufen: outsourcen, verlagern, Arbeitsplätze vernichten, soziale Rechte einschränken, Gewerkschaften ohnmächtig machen und bekämpfen.

Was besagt das? Die Wirtschaftsdemokratie hat im Zentrum ihrer Theorie versagt. Nicht bei den einzelnen Vorschlägen und möglichen Maßnahmen, sondern dort, wo es entscheidend um die Frage der Demokratie selbst geht. Es hat sich gerächt, dass gerade der Gedanke der Demokratie im Zusammenhang der Wirtschaftsdemokratie so wenig durchdacht war, dass so viel vom Staat, von den Parteien und den Gewerkschaften erwartet wurde, dass der Vorwurf des Etatismus eben nicht nur verkehrt war.

Dadurch war die Wirtschaftsdemokratie für einen großen Teil der gesellschaftlichen Linken, für die sozialen Bewegungen, für viele Lohnabhängige nur bedingt interessant. Die Wirtschaftsdemokratie stellte eine Herausforderung der Macht der Kapitaleigentümer dar, ohne dass sie auch die Initiative für eine Demokratie von unten ergriff, die der Wirtschaftsdemokratie das Leben und die breite gesellschaftliche Unterstützung hätte geben können. Die Leute sind eben oftmals sehr schnell, sie müssen nicht über allerlei umständliche pädagogische Maßnahmen an etwas herangeführt werden, das ihnen ohnehin klar ist. Wenn ihnen dann gesagt wird, dass alles schön langsam zu gehen habe, dann kommunizieren diejenigen, die das Ziel verfolgen, auch einen Mangel an politischer Entschlossenheit. In einer nüchternen Einschätzung der Kräfteverhältnisse machen sich die Leute dann klar, dass der Gegenseite viel Zeit gelassen wird, Maßnahmen gegen die Wirtschaftsdemokratie zu ergreifen. Gleichzeitig werden sie zu Zuschauern passiviert, indem andere für sie streiten. Für eine Erneuerung der Diskussion über Wirtschaftsdemokratie ist deswegen eine entscheidende Lehre aus den bisherigen Erfahrungen, dass die Diskussion als eine gesellschaftliche Diskussion geführt werden muss. Sie darf nicht auf eine oder zwei Parteien beschränkt bleiben, Führungsansprüche und wahltaktische Überlegungen von Parteien sind hinderlich, diese müssen der Sache und der demokratischen Initiative und Mobilisierung dienen und sich sozialen Bewegungen ein- und unterordnen. Eine weitere Lehre ist, dass die Zeit selbst ein demokratiepolitischer Faktor ist. Immer ist es notwendig, offen auf die entgegengewirkenden Kräfte hinzuweisen, welche die Demokratisierung der Demokratie zu verhindern suchen. Es muss die Macht, welche die Kontrolle über die Zeit erlaubt, denunziert und mit dem Ziel der Demokratisierung angeeignet werden. Dazu muss es manchmal auch schnell gehen, man muss den politischen Moment ausnutzen. In der Krise 2008/2009 wurde das versäumt. Die Konjunkturpakete wurden ohne Konditionen vergeben, die Finanzmarktakteure trotz der politischen Rhetorik zu keinem Moment geschwächt. Zu ihrer Rettung wurde die Demokratie außer Kraft gesetzt und nun drohen sie der Demokratie, enteignen den Volkssouverän und

sein Parlament. Diese Verfassungsfeindlichkeit bleibt für sie trotz Artikel 14 GG folgenlos. Auf solche Momente einer möglichen Demokratisierung müssen sich die kritischen und demokratischen Kräfte in der Gesellschaft und im Parteienspektrum mit langem Atem vorbereiten. Manchmal kann und muss der Volkssouverän auch sehr schnell handeln.

Literaturverzeichnis

- Aglietta, Michel/Rebérioux, Antoine (2005): Vom Finanzkapitalismus zur Wiederbelebung der sozialen Demokratie. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Heft 3.
- Demirović, Alex (2007): Demokratie in der Wirtschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Demirović, Alex (2009): Kehrt der Staat zurück? Wirtschaftskrise und Demokratie. In: Prokla 157, Dezember 2009.
- Martens, Helmut (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik. Hamburg: VSA.
- Vilmar, Fritz/Sattler, Karl-Otto (1978): Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeit. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.

Michael Schumann

Impuls: Zukunft der Mitbestimmung

I.

Die politische Begrifflichkeit ist durcheinander geraten. Früher eindeutige Aussagen erscheinen schillernd und oft widersprüchlich. Am Beispiel der Kategorie *Fortschritt* hat das die SPD in ihrer aktuellen Programmdiskussion gerade offengelegt. Deren Inhalt hätte sich historisch verschoben. Deswegen wird für eine Neudefinition plädiert. Eine Begriffserweiterung müsse die Entkopplung des ökonomisch dominierten technisch-wissenschaftlichen Fortschritts vom sozial-ökologischen Fortschritt beenden. Der neue Fortschrittsbegriff soll das *Mehr* fixieren: mehr Sicherheit, mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität, mehr Demokratie – und „mehr demokratische Teilhabe auch im Wirtschaftsleben (mehr Mitbestimmung)“ bedeuten, wie Sigmar Gabriel in seiner Vorstellung des Fortschrittsprogramms betonte (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2011).

Meine These, die ich im Folgenden begründen will, lautet: Es geht in der Tat um Neudefinitionen – auch bei meinem Thema *Mitbestimmung*. Dabei geht es auch, aber nicht nur um ein Mehr. Es muss zugleich auch um ein Anders der Mitbestimmungspolitik gehen.

Auch der Mitbestimmungsbegriff ist durch seine Historie angeschlagen und politisch ein Stück weit verbraucht. Mitbestimmung assoziiert nicht mehr ungebrochen Hoffnungen auf eine humanere Arbeit und verbesserte Beschäftigungsverhältnisse. Das heißt, Mitbestimmung hat an Symbolkraft für eine gerechtere Unternehmensverfassung eingebüßt. Mitbestimmung ist Bestandteil des etablierten Systems geworden und steht

damit auch für uneingelöste Versprechen, Enttäuschungen und Negativerfahrungen der Unternehmenswirklichkeiten. Wer mit Mitbestimmung eine überzeugende soziale Verbesserungsperspektive eröffnen will, muss das Konzept inhaltlich erweitern und zum Teil neu fassen und es damit für eine andere Zukunft öffnen. Das möchte ich versuchen. Doch dazu ist es zunächst notwendig, uns die Mitbestimmungs-Vergangenheit kurz in Erinnerung zu rufen.

II.

Der Kampf um die Unternehmensmitbestimmung trat im Nachkriegsdeutschland mit dem Anspruch an, einen ersten Einstieg in die demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Macht zu bekommen. Mit der Auseinandersetzung verband sich die Hoffnung auf Systemumbau. Die Messlatte lag also hoch. Exemplarisch dafür die Formulierung von Otto Brenner, damals Vorsitzender der IG Metall, aus dem Jahre 1970: „Der Gedanke der Mitbestimmung bedeutet nichts anderes als einen Versuch, Freiheit und Demokratie auch im Bereich der Wirtschaft auch für die Arbeitnehmer zu verwirklichen“. Mitbestimmung galt als ein Baustein für den gesuchten dritten, wirtschaftsdemokratischen Weg zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus. Und noch für Bundeskanzler Willy Brandt stand Mitbestimmung beispielhaft für sein „mehr Demokratie wagen“ und für die Sicherung der Würde und Eigenverantwortung des Menschen.

Was auffällt: In der Wegbeschreibung eines neuen *Fortschritts* im SPD-Programmentwurf ist ausschließlich von der Demokratiekrise die Rede. Konzeptionelle Überlegungen, gar offensive Forderungen nach Ausweitung und Vertiefung der Demokratie sucht man vergebens. Wo es der Programmentwurf bei einem spärlichen „mehr Mitbestimmung“ bewenden lässt, war bei den Altvorderen von „Mitbestimmung der arbeitenden Menschen über die Verwendung ihrer Arbeitskraft und der von ihnen

geschaffenen Werte“ (Brenner) die Rede. In einer Zeit, die durch massive Umverteilung von unten nach oben geprägt ist, von sich abzeichnenden Strukturkrisen, von gewaltigen ökologischen Umbaube­darfen, von mas­siver Einflussnahme der wirtschaftlich Mächtigen auf die Politik – müsste dieser erweiterte Anspruch bei einer Neubegründung von Fortschritt un­bedingt aufgegriffen werden.

III.

Die reale Geschichte der Mitbestimmung der letzten Jahrzehnte lehrt uns: Die strukturelle Machtasymmetrie zwischen Kapital und Arbeit konnte mit der gesetzlich vereinbarten Mitbestimmung nicht überwunden werden. Die Dominanz des Verwertungsprinzips als zentraler wirtschaftlich-gesellschaftlicher Steuerungsgröße blieb ungebrochen. Dennoch gilt es auch festzuhalten, dass in den durch die Mitbestimmungsgesetze regulierten Unternehmen die Machtbalance neu austariert wurde:

- die Arbeitnehmerinteressenvertretung wurde gestärkt,
- eine rücksichtslose Hire-and-Fire-Beschäftigungspolitik erschwert,
- der ‚Herr im Haus Standpunkt‘ ein Stück zurück gedrängt.

Insgesamt sind also keineswegs zu vernachlässigende Landgewinne für die Arbeitnehmerseite durch die eingeklagte Mitbestimmung zu registrieren. Als innerbetriebliches Fundament des Rheinischen Kapitalismus werden die Zugewinne vor allem mit Blick auf den alternativen anglo-amerikanischen Weg sichtbar, der soziale Rücksichtslosigkeit weitaus ungebremster in Kauf nimmt. Gerade in der Debatte um einen Pfadwechsel zugunsten der Übernahme des amerikanischen Government-Konzepts wurden die erkennbaren Verluste überdeutlich. Die in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts geführte Auseinandersetzung um Mitbestimmung, in der sich ihre Gegner mit eindeutigen Formulierungen wie „Mitbestimmung ist der historische Irrtum in der deutschen Gesetzgebung“ (Hank 2005) offen zu Wort meldeten, verdeutlicht das. Für jeden erkenn-

bar, ging es um eine Stärkung der gegebenen Ungleichgewichte von Kapital und Arbeit; ging es um eine höchst problematische Aushöhlung des deutschen Modells. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Realentwicklung der letzten Jahre hat dieser politischen Position einen Strich durch die Rechnung gemacht. Denn eines lässt sich schließlich festhalten: die Finanzmarktkrise hat dem ideologischen Hegemonieanspruch des Neo-Liberalismus, dem entsprechend gerade auch die Mitbestimmung zum Opfer fallen sollte, viel Wind aus den Segeln genommen.

Dies ist einer der Gründe, weshalb sich Mitbestimmungsgegner heute zurückhalten. Sie sind aber nicht verschwunden. Man findet sie in Unternehmen, die in andere Rechtsformen ausweichen und Mitbestimmungsgesetze unterlaufen. Man findet sie in Drogerieketten und bei Discountern, die sehr viel daran setzen, Betriebsratswahlen zu verhindern und Betriebsräte los zu werden. Die Aushebelung von Mitbestimmung gehört hier zu einem Arbeitsregime, das auf Prekarität, Repression und Angst aufbaut. Auch diesbezüglich hat sich der Wind – wie die öffentliche Kritik in den Fällen Schlecker, Lidl, Kik usw. zeigen – positiv um einige Grad gedreht.

IV.

Wenn wir konstatieren, dass Mitbestimmung kein aktuelles Thema auf der politischen Agenda mehr ist – schon gar keines, das politisch noch polarisiert – dann hat das mit einem zweiten Grund zu tun. Bereits vor der Krise, aber bestärkt durch die kooperative Krisenbearbeitung hat sich gezeigt, dass die Mitbestimmung in ihrer bestehenden Form sehr gut in das Spektrum des praktizierten deutschen Wirtschaftssystems passt – jedenfalls in die deutschen Großunternehmen der Industrie. Auch und gerade als soziale Stütze bei wegbrechenden Systemlegitimationen. Die Betonung der Sozialen Marktwirtschaft hat wieder Konjunktur. Den Ritterschlag hat der Mitbestimmung als deren Bestandteil keine geringere als die Bundeskanzlerin Angela Merkel mit der Feststellung gegeben,

„Mitbestimmung ist ein konstitutiver Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft“ und sie als „Exportschlager“ empfohlen.

Dafür gibt es gute Gründe. Zum einen wie gesagt, die Erfahrung, dass im Unternehmen das Eigentum trotz Mitbestimmung letztlich das Sagen behält. Die Macht des Kapitals gilt also durch diesen Regulationsansatz nur wenigen noch substantiell beeinträchtigt. Zum anderen setzt sich aber bei immer mehr Akteuren die Erkenntnis durch, dass sich die Mitbestimmung auch über die Krisenbewältigung hinaus als ein durchaus nützliches Instrument erwiesen hat, den erweiterten betrieblichen Anforderungen an die Beschäftigten Rechnung zu tragen und damit die Kapitalverwertung zu optimieren.

Was hat sich verändert? Neue technisch-organisatorische Produktionskonzepte, zurückgenommene Arbeitsteilung zwischen Fertigung, Planung, Kontrolle und Instandhaltung, selbständige Regulierungen und Entscheidungen unterhalb der Hierarchien sind gebunden an eine Aufwertung der lebendigen Arbeit und erfordern ein verändertes Arbeitsverständnis. Die Unternehmen wurden damit für den ‚Humanfaktor‘ sensibilisiert. Sie erkennen die wirtschaftlichen Vorteile, die sie durch einen sozialverträglichen Umgang mit ihren Beschäftigten gewinnen. Entsprechend strebt das neue Leitbild eines ‚innovativen Human Resource Managements‘ Eigeninitiativen und Identifikation der Beschäftigten mit ihrer Arbeit an. Damit wird eine konsensorientierte Personal und Innovationspolitik ins Auge gefasst, die sich durch mehr Planungssicherheit, gesteigerte Leistungsbereitschaft und größere Loyalität der Beschäftigten für das Unternehmen auszahlt. Gesucht wird das kooperative Mitspiel bei betrieblicher Restrukturierung und Rationalisierung.

Zur Verdeutlichung dieser Neuinterpretation der Mitbestimmung einen Beleg aus der Wirtschaftsjournalistik und einen aus der Betriebswirtschaftslehre:

- „Beschäftigungspakt (bei Siemens) als ein Symbol für die Renaissance des deutschen Mitbestimmungsmodells – Der eigentliche Wert des Paktes liegt in seinem Geist: Arbeitnehmer sollen stärker als bisher und vor allem früher in strategische Planungen einbezogen werden. Damit erkennt Siemens an, dass es auch für den wirtschaftlichen Erfolg sinnvoll sein kann, die Sicht der Mitarbeiter einzuholen. Im Idealfall erleichtert dies außerdem eine weitsichtige Personalplanung. Die Mitarbeiter können besser qualifiziert und motiviert werden. Das deutsche, von Mitbestimmung geprägte Modell der Unternehmensführung ist der angelsächsischen Hire- and Fire-Mentalität überlegen.“ (Süddeutsche Zeitung 2010)
- „Wie wichtig die möglichst reibungslose Interessenvermittlung und Koordination der stake-holder im Betrieb ist, erfahren wir aus den Lehrbüchern der Transaktionskostenökonomie heute eindrucksvoller als aus den angestaubten, von sozialistischen Gesellschaftsentwürfen inspirierten Klassikern der Wirtschaftsdemokratie. Die Theorien der ‚Wirtschaftsdemokratie‘ (...) haben den deutschen Mitbestimmungsdiskurs wie eine Hintergrundmusik stets begleitet und (...) von den Realitäten abgelenkt (...). (Mitbestimmung ist heute) ein nützliches Instrument zur Vervollkommnung des Kapitalismus.“ (Czada 2010)

Festzuhalten bleibt also: Mitbestimmung ist zum Unternehmens-Government-Konzept einer kooperativen Modernisierung geworden. Systemkritischer Impetus ging durch diese Instrumentalisierung verloren.

V.

Mit der Vereinnahmung des Konzepts wurden aber auch zwei Optionen des Mitbestimmungsgedankens weitgehend aufgegeben, die auf Verbesserungen für die Beschäftigten abzielen, ohne damit unmittelbar die Systemfrage zu berühren:

1. arbeits- und beschäftigungspolitisch der Anspruch, die Restriktionen für lebendige Arbeit möglichst gering zu halten,
2. demokratiepolitisch der Anspruch, Verselbständigungen der Repräsentativelemente der Mitbestimmung zu verhindern und gleichzeitig unmittelbare, nicht an Stellvertreter delegierte Mitwirkung zu ermöglichen.

Wenn sich die SPD in ihrem Fortschrittsprogramm mehr Mitbestimmung zum Ziel nimmt, dann sollte sie in diesen beiden Dimensionen ihre strategischen Perspektiven offen legen und in konkreten Forderungen fixieren. Die Überwindung der erkennbaren Defizite der bestehenden Mitbestimmungspraxis müsste die Messlatte bilden.

Zu beiden Regelungsbereichen einige Anmerkungen:

1. Arbeits- und Beschäftigungspolitik:

Die in der vorliegenden Gesetzgebung festgeschriebenen Mitbestimmungsrechte belassen die letzten Entscheidungen bei der Kapitalseite. Entsprechend gibt es nach wie vor nur eingeschränkte Möglichkeiten, die Arbeitnehmerrechte zur Geltung zu bringen und entsprechende Entscheidungen durchzusetzen. Dies erklärt u. a., warum es in der Vergangenheit nur in Ausnahmefällen gelang, der wachsenden Dominanz der Shareholder-Value-Unternehmenssteuerung effektiven Widerstand entgegen zu setzen, obwohl sie in ihrer Perspektive kurzfristiger Profitoptimierung den Arbeits- und Beschäftigungsinteressen der Arbeitnehmer diametral widerspricht. Für die Gewerkschaften heißt deswegen das Mehr an Mitbestimmung nicht nur, auf eine Ausweitung ihrer tatsächlichen Geltungsbereiche auf die mitbestimmungsunterworfenen Sektoren zu insistieren. Das meint die Verbesserung ihrer Möglichkeiten, die zunehmende Prekarisierung von Arbeit und Beschäftigung zu stoppen. Die Gewerkschaften fordern gleichzeitig heute aber zu Recht eine Ausweitung und substantielle Veränderung der bereits vorhandenen Mitbestimmungsrechte. Dies bedeutet vor allem:

- Einschränkung der Aktionärsrechte im Aufsichtsrat, damit die stärkere Verpflichtung der Anteilseigner im Sinne der Sozialbindung des Eigentums erreicht werden kann,
- erweiterte Befugnisse der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, insbesondere ihre Mitbestimmung bei Standortverlagerungen, Betriebs-schließungen und Massenentlassungen,
- und schließlich erweiterte Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates, insbesondere bei Fragen der Beschäftigungssicherung, Arbeitsgestaltung, betrieblichen Restrukturierung und Produktentscheidungen.

Mit dieser gesetzlichen Erweiterung der Mitbestimmungsmöglichkeiten geht es nicht darum, ökonomische Rationalität und betriebswirtschaftliche Erfordernisse auszuhebeln. Dafür sorgt schon die betriebliche Interessenvertretung, also gerade der Betriebsrat selbst, dem die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens ja auch zentrales Anliegen ist. Im Visier ist vielmehr, durch erweiterte Mitbestimmungsrechte einen gesicherten Einklang mit Beschäftigteninteressen, Gemeinwohl und gesamtgesellschaftlich bestimmter Rationalität zu erreichen sowie dadurch das verfügbare Know-how der Belegschaft für Planungen und Innovationen besser nutzbar zu machen. Die beschriebenen ‚modernisierten‘ Governmentstrategien in den Unternehmen leisten das nicht oder nur höchst unzureichend. Nach wie vor hat die Durchsetzung rigider Leistungs- und Kontrollansprüche Priorität und bestimmt die Gestaltungskonzepte. Entfaltungs- und Autonomiespielräume für die Menschen werden nur restriktiv zugestanden und werden mit Belastungssteigerungen und Selbstausbeutung kombiniert.

Die arbeits- und leistungspolitische Instrumentalisierung der neuen Produktionskonzepte gilt es durch erweiterte Mitbestimmung im Sinne zugestandener Selbstregulierung zu bremsen. Es geht um eine Arbeitsplanung, die, ausgehend vom selbstverantwortlichen Subjekt, Eigensinn und individuelle Autonomie nicht nur in homöopathischer Dosierung in Kauf nimmt, sondern gezielt fördert. Erhöhte Entfaltungschancen der Beschäftigten müssen neben und in Einklang mit Effizienzverbesserungen zur Zielgröße der Arbeitsgestaltung werden.

Als strategische Zielsetzung für die Weiterentwicklung der Mitbestimmungsgesetzgebung hieße das für die SPD – durchaus in Wiederaufnahme ihrer *Humanisierung des Arbeitslebens-Politik* der 70er Jahre, die übrigens auch schon davon ausging, dass der technisch-ökonomische Fortschritt nicht automatisch zum sozialen Fortschritt führt. Es braucht staatlich-politische Interventionen. Notwendig sind auch heute (wieder):

- gesicherte, materiell akzeptabel ausgestattete Beschäftigungsbedingungen,
- verbesserte Arbeitsbedingungen,
- erhöhte Selbstentfaltungschancen im Arbeitsprozess.

An diesen Zielsetzungen müssen sich die von der SPD geforderten Mitbestimmungsregelungen messen lassen. Sie sollten einen zentralen Teil der arbeitspolitischen Neudefinition von Mitbestimmung ausmachen.

2. Demokratie-Politik

Die Mitbestimmung muss auch aus demokratiepolitischen Gründen erweitert bzw. neu definiert werden. Die etablierten Formen der Repräsentativstrukturen müssen revitalisiert und um neue Elemente basisgetragener Selbstbeteiligung, Selbstverantwortung und Selbstaktivierung ergänzt werden.

Die etablierte Unternehmensmitbestimmung privilegiert eine Stellvertreterpolitik. Die Repräsentierten bleiben weitgehend Objekte von Entscheidungen, also mit ihren Interessen *Verwaltete*. Im Modell der deutschen Mitbestimmung ist die Entfremdung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten strukturell angelegt. Die von dem Politikologen, SPD-Politiker und -Vordenker Peter von Oertzen schon in der Frühphase dieses Politikkonzepts vorgetragenen Warnungen haben sich leider vielerorts als höchst berechtigt erwiesen: Die Arbeitnehmervertreter rücken in den Mitbestimmungsinstitutionen in wirtschaftliche Machtpositionen, in

denen sie in Gefahr sind, mit den Unternehmensvertretern zu einer neuen einheitlichen „Wirtschaftsführungsschicht“ (von Oertzen) zu verschmelzen. Als Co-Manager verlieren sie ihre eindeutige Vertreterfunktion. Sie fungieren zunehmend als unternehmensorientierte ‚Mitmacher‘ und ‚Ordnungsfaktoren‘. Empirische Untersuchungen belegen die institutionell angelegten Vertretungsdefizite, die durch diese Form einer etablierten Mitbestimmung entstehen. Entfremdungserscheinungen zum eigenen Klientel sind in Ämterhäufung und Funktionsverquickung begründet, in mangelnder Partizipation in den Hierarchien der Interessenvertretung, in Intransparenz und unzulänglichen Kontrollmechanismen. Die in den letzten Monaten am Beispiel *Stuttgart 21* geführte Diskussion um Defizite der Repräsentativdemokratie legte Schwächen offen, die denen der Unternehmensmitbestimmung höchst verwandt sind.

Eine neu konzipierte, erweiterte Mitbestimmung sollte Regelungen finden, die diese Mängel der Repräsentativvertretung zumindest abschwächen. Zugleich muss sie aber als Doppelstruktur angelegt sein. Sie muss Demokratisierung von unten ermöglichen, d. h. Mitbestimmung am Arbeitsplatz und im betrieblichen Vor-Ort-Bereich. Sie nimmt damit die wachsenden Ansprüche der Beschäftigten auf Selbstvertretung auf. Zudem trägt sie den erweiterten Einsatzanforderungen Rechnung. Denn wenn die neuen Einsatzkonzepte für *lebendige Arbeit* den mitdenkenden und mitentscheidenden Beschäftigten privilegieren, der in der Lage ist, flexibel, kreativ, selbständig und eigenverantwortlich zu agieren, so erhöht sich damit gleichzeitig sein Potential für und Anspruch auf Selbstvertretung.

Es geht also in der politisch-strategischen Zielsetzung um eine Weiterentwicklung der Mitbestimmung, die auf möglichst weitgehende Teilhabe abzielt, die also Demokratie im Arbeitsprozess ernst nimmt.

VI.

Meine abschließende These – oder doch zumindest Hoffnung: Eine solche Mitbestimmung als Doppelstruktur fördert auch weitergehende Demokratisierung in Wirtschaft und Gesellschaft. Hilft also, die Demokratie zu demokratisieren. Selbstbestimmung und direkte Partizipation vor Ort können durchaus auch ein Beitrag zu neuen Gestaltungsgedanken über den Betrieb hinaus sein. Dieser weiterreichende Anspruch gewinnt Bedeutung, denn betriebliche wie gesellschaftliche Problemlösungen und Gegenmodelle werden sich in Zukunft immer weniger auf die am grünen Tisch von Expertenrunden entwickelten Vorstellungen allein stützen können. Sie entstehen auch vor Ort in der Auseinandersetzung mit den lokal erkennbaren Handlungsnotwendigkeiten und Defiziten, mit dem Handwerkzeug der eigenen Vor-Ort-Expertise und Kompetenz. Es geht also um eine neue Mitbestimmung, die auf weitgehende Teilhabe abzielt und sich gleichzeitig auch auf überbetriebliche Bezüge und Interventionen einlässt.

Wenn es im Aktionsprogramm der SPD um „neuen Fortschritt und mehr Demokratie“ geht, dann müsste ein, in der angedeuteten Richtung weiterentwickeltes Mitbestimmungskonzept essentieller Bestandteil ihrer zukünftigen Politik werden.

Literaturverzeichnis

Czada, Roland (2010): In: Zeitschrift für Personalforschung, Heft 3.

Gabriel, Siegmund (2011): In: Frankfurter Allgemeine Zeitung am 10.01.2011.

Hank, Rainer (2005): In: Frankfurter Allgemeine Zeitung am 28.08.2005.

Süddeutsche Zeitung (2010): 23.09.2010

Hans-Jürgen Urban

Statement: Neue öko-soziale Wirtschaftsdemokratie?

Überlegungen zu einem gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprojekt⁷

Es herrscht Aufatmen: Die Konjunktur zieht an und die eingangs der Krise befürchteten Massenentlassungen sind ausgeblieben. Doch es gibt keinen Grund zur Entwarnung. Die wirtschaftliche Entwicklung bleibt ungewiss und viele Risiken bestehen nach wie vor. Gerade Gewerkschaften können sich nicht beruhigt zurücklehnen. Im Gegenteil, sie stehen vor großen Herausforderungen. Wollen die Gewerkschaften nachhaltig gestärkt aus der großen Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus hervorgehen und ihre Zukunft als durchsetzungsfähige Interessenorganisationen sichern, stehen überlebenswichtige Strategieentscheidungen an. Beginnen müsste die notwendige Strategiedebatte mit einer realistischen Analyse der eigenen machtpolitischen Lage und den Folgen der staatlichen Krisenpolitik. Eine solche Analyse befördert wenig Beruhigendes zu Tage: Zweifellos haben Gewerkschaften eine bedeutende Rolle bei der Krisenbewältigung und Beschäftigungssicherung gespielt. Sie wurden in Konsultationsrunden mit Regierung und Wirtschaftsverbänden eingebunden und viele der angewandten Kriseninstrumente gehen wesentlich auf Ideen und das Engagement der Gewerkschaften zurück. Dieser Krisen-Korporatismus (vgl. Urban 2010a) eröffnete gewerkschaftliche Einflussmöglichkeiten. Insbesondere muss die Verhinderung von Massenentlas-

7 Bei dem Text handelt es sich um eine gekürzte und bearbeitete Fassung des Beitrags: Hans-Jürgen Urban (2011): Neue Wirtschaftsdemokratie als Weg und Ziel? Konturen und gewerkschaftliche Bedeutung eines gesellschaftlichen Transformationsprojekts. In: Hartmut Meine, Michael Schumann und Hans-Jürgen Urban (Hrsg.): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen! Hamburg: VSA-Verlag.

sungen durch die massive Ausweitung von Kurzarbeit und die Nutzung von anderen arbeitszeitpolitischen Instrumenten als interessenpolitischer Erfolg der Gewerkschaften unter denkbar schlechten Bedingungen gewertet werden. Dem standen jedoch die zunehmende Substitution sozial geschützter Vollzeitbeschäftigung durch oftmals schlechter ausgestattete Teilzeit- und befristete Beschäftigung, ein drastischer Arbeitsplatzabbau in prekären Belegschaftssegmenten (vor allem bei Leiharbeit) sowie erhebliche Zugeständnisse bei Entgelten sowie Arbeits- und Leistungsstandards gegenüber. Insgesamt konnten die Gewerkschaften in der Krise somit zwar keineswegs selbstverständliche Defensiverfolge erzielen, jedoch gelang es ihnen nicht in die Offensive zu kommen.

Am Ausgang der Krise drohen die Gewerkschaften nun im Zusammenspiel von verbleibender Arbeitslosigkeit, der Prekarisierung von Arbeit und der sozialstaatlichen Um- und Abbaupolitik des Krisenstaates in eine machtpolitische Abwärtsspirale zu geraten (vgl. Urban 2010b). Vor allem die „Rückkehr sozialer Unsicherheit“ (Robert Castel) in die Lohnabhängigenexistenz bedroht gewerkschaftliche Verhandlungs- und Organisationsmacht in ihrem innersten Kern. Auch die (Verteilungs-)Bilanz der staatlichen Krisenpolitik kann aus gewerkschaftlicher Sicht nicht befriedigen. Maßnahmen wie das Insistieren auf die Rente ab 67, der endgültige Abschied von der paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung oder die Verweigerung einer verfassungsgemäßen Ausgestaltung der Hartz IV-Regelsätze sprechen eine klare Sprache. Es geht um die Verschiebung der finanziellen Tragelast in den Sozialversicherungen zu Lasten der Versicherten bei mitunter gleichzeitigen Verschlechterungen auf der Leistungsseite. Die Antwort auf die Frage, wer von den Spar- und Umbauprogrammen der Bundesregierung profitiert und wer nicht, ist eindeutig: „Kapital gewinnt – Arbeit verliert“ (Horn/Stein 2010). Für die Gewerkschaften ein wenig schmeichelhaftes Fazit, aber starke Argumente für eine kritische Prüfung der bisherigen Strategien und eine strategische Neuorientierung.

1. Warum jetzt eine Debatte über eine neue Wirtschaftsdemokratie?

Ein unverzichtbares Glied in der Kette gewerkschaftlicher Strategiefähigkeit stellt die Entwicklung und Realisierung problemgerechter Strategiepläne dar. In diesen Zusammenhang gehört auch die langsam in Gang kommende Debatte über eine neue Wirtschaftsdemokratie. Vor allem drei Aspekte sprechen dafür, Modelle der politischen Demokratisierung der Wirtschaft gerade gegenwärtig zum Gegenstand gewerkschaftlicher Strategiedebatten zu machen:

- *Ein programmatisch-strategischer Aspekt.* Dass den Gewerkschaften der Ausbruch aus der Defensive nicht gelingen will, liegt auch an einem Mangel an gewerkschaftsstrategisch ergiebigen und gesellschaftlich attraktiven Reformalternativen. Spätestens seit dem Ende der Systemkonkurrenz zwischen real existierendem Sozialismus und Kapitalismus-Modellen fehlten auch den Gewerkschaften vielfach Lust und Fähigkeit, über die Leitidee der sozialen Marktwirtschaft oder eines marktwirtschaftlichen Keynesianismus hinauszudenken. Eine Debatte um eine neue Wirtschaftsdemokratie könnte hier Perspektiven eröffnen.
- *Ein machtpolitischer Aspekt.* Demokratie ist eine historisch bewährte Methode, die Bedürfnisse der Vielen gegenüber den Interessen und der Macht der Wenigen zur Geltung zu bringen. Das gilt vor allem für das Feld der Ökonomie, das sich als weitgehend stabile Bastion von Elitenprivilegien und -macht über die Krise hinweg gerettet hat. In diesem Sinne wäre die Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse als essentielles Kernprojekt einer sozial verantwortlichen Krisenbewältigung und als Voraussetzung zu begreifen, Betrieb und Politik vom „stahlharten Gehäuse der Hörigkeit“ (Max Weber) der Finanzmärkte zu befreien. Denn bis in die Gegenwart wirken vor allem die Gewinn- und Privilegieninteressen der Finanzeliten – und ihre Ausstattung mit Machtressourcen gegenüber Staat und Gewerkschaften – als soziale Innovationsblockade und Hürde einer problemadäquaten Krisenbewältigung.

- *Der Aspekt des richtigen Zeitpunktes.* In der Krise waren selbst neoliberal programmierte Staaten zu Rettungsinterventionen gezwungen, die in atemberaubendem Tempo mit ordnungspolitischen Tabus brachen. Dabei waren insbesondere die Verstaatlichungen sicherlich nicht als Einstieg in eine neue Eigentumsordnung konzipiert, sondern vor allem als „Übernahme von faulen Außenständen durch den Staat“ (Altvater 2010: 212f.). Dennoch: die weitreichenden Eingriffe in die privatkapitalistische Eigentumsordnung könnten auch als Ansatzpunkte für eine andere Steuerung der Ökonomie nutzbar gemacht werden. Gegenwärtig scheint das Fenster der Gelegenheiten schon wieder fast geschlossen. Doch die alte Unangefochtenheit der kapitalistischen Eigentumsordnung und neoliberaler Marktdogmen ist dahin. Dies sollte genutzt werden, um der zukünftigen Entwicklung eine andere verteilungs- und ordnungspolitische Drehrichtung zu geben.

2. Neue öko-soziale Wirtschaftsdemokratie – Konturen eines Konzeptes

Wie aber müsste ein neues wirtschaftsdemokratisches Modell, eine *Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts* konzipiert werden? Anregungspotenziale hierfür finden sich bei den Theoretikern der ‚alten‘ Wirtschaftsdemokratie wie etwa Rudolf Hilferding, Fritz Naphtali und Viktor Agartz. Zugleich muss jedoch vieles an ihren Überlegungen mit Blick auf die Bedingungen des globalisierten Finanzmarkt-Kapitalismus hinterfragt, korrigiert oder weiterentwickelt werden:

- Das gilt erstens für die bei den *alten Theoretikern* vorherrschende unbedingte Gewissheit, mit der das Endziel Sozialismus als unumstößlicher Fixpunkt wirtschaftsdemokratischer Reformen galt sowie für die Gewissheit, mit der die Eroberung der Kommandohöhen der wirtschaftlichen Monopole als sichere Schritte dorthin aufgefasst wurden. Diese Gewissheiten können keine Ausgangsbasis für ein wirtschaftsdemokratisches Projekt am Beginn des 21. Jahrhunderts bilden.

- Zweitens bedarf es der Erweiterung der traditionellen wirtschaftsdemokratischen Kapitalismuskritik um die Kritik des „fossilistischen Kapitalismus“ (Altwater 2010). Krisenphänomene wie Probleme bei der Rohstoff- und Energieversorgung, die drohende Klimakatastrophe, der Verlust an Biodiversität und die Überforderung der natürlichen Senken durch Schadstoffe müssen letztlich als „ein krisenhafter Eklat von immanenten Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise“ (Altwater 2010) begriffen werden. Im Modell der neuen Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts muss die öko-soziale Transformation des industriell-fossilistischen Entwicklungsmodells daher einen prominenten Stellenwert einnehmen, oder sie geht an den Erfordernissen der Zeit vorbei.
- Drittens sind die traditionellen Konzepte stark vom Staat, genauer: vom Nationalstaat her gedacht. Selbstredend können die Transnationalisierung von Wirtschafts- und Politikbeziehungen und ihre einschränkenden Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten nicht ohne Folgen für ein neues Modell von Wirtschaftsdemokratie bleiben. Auch Wirtschaftsdemokratie muss heute als ein *Mehrebenen-Konzept* entworfen werden. Ein Konzept, in dem Reformen und Regulierungen auf der europäischen, der nationalstaatlichen, der regionalen sowie der betrieblichen Ebene ineinandergreifen.

Doch nicht nur konzeptionelle wirtschaftsdemokratische Überlegungen, auch Praxiserfahrungen mit der Steuerung und Entprivatisierung von Wirtschaft geben wichtige Hinweise für die Annäherung an eine realitätstüchtige Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts. Auch hier lassen sich vor allem drei neuralgische Punkte ausfindig machen, die sich im Zuge der politischen Realisierung schnell zu manifesten Zielkonflikten auswachsen können:

- Einen ersten neuralgischen Punkt stellt das Spannungsverhältnis zwischen *individueller Freiheit und Partizipation* an der Gestaltung der unmittelbaren Arbeits- und Lebensbedingungen und der Unverzicht-

barkeit zentraler, überindividueller Koordinierung und Regulierung dar. Was tun, wenn individuelle Bedürfnisse und Entscheidungen den Interessen und Entscheidungen widersprechen, die auf einer anderen Ebene des gesellschaftlichen Planungsprozesses geplant oder bereits getroffen wurden? Die Bewältigung dieses Spannungsverhältnisses dürfte für die demokratische Qualität neuer Wirtschaftsmodelle von hoher Bedeutung sein.

- Ein zweiter neuralgischer Punkt besteht in der unverzichtbaren Überwindung des Primats des *Betriebswohls* in den Institutionen und Praxen der betrieblichen und unternehmenspolitischen Mitbestimmung. „Gesamtwirtschaftliche Ziele, ökologische Rücksichtnahme und Ressourcenschonung, der Beitrag des Betriebs zur öffentlichen Infrastruktur, die Beteiligung an wettbewerbspolitischen und volkswirtschaftlich zweifelhaften Konzentrationsprozessen, die Preispolitik und sonstiges Marktverhalten, etwa Kampagnen zwecks Verdrängungswettbewerbs etc., stehen nicht im Focus der betrieblichen Mitbestimmung“ (Hensche 2011: 37). Denn unter den Bedingungen des globalen und aggressiver werdenden kapitalistischen Auslesewettbewerbs sind die objektiven Spielräume zur Realisierung von Maßnahmen, die im einzelnen Betrieb und dauerhaft die Rentabilität des eingesetzten Kapitals unter die erforderlichen Standards drücken, kaum auf Dauer durchzuhalten. Die Infragestellung der ökonomischen Existenzfähigkeit des Unternehmens ist nur eine Frage der Zeit. In dieser Konstellation ist die oftmals auch in den Gewerkschaften vorherrschende defizitäre ökologische Sensibilität sowie die mitunter tiefe Verwurzelung des Standortdenkens weniger dem Versagen gewerkschaftlicher oder betrieblicher VertreterInnen zuzuschreiben, als vielmehr Ausdruck der objektiven, ökonomischen Logik der Konstellation. Hier steht die Frage nach der Regulierung dieses Mechanismus auf der Tagesordnung. Es geht darum, soziale und ökologische Erfordernisse auch gegen die betriebswirtschaftliche Renditelogik mit Macht zur Geltung zu bringen – ohne die wirtschaftliche Existenz des Unternehmens zu gefährden. Ob dies gelingt, wird entscheidend für die soziale und ökologische Qualität des neuen Wirtschaftsmodells sein.

- Den dritten neuralgischen Punkt bildet die Frage, welches *Modell der volkswirtschaftlichen Koordinierung einzelwirtschaftlicher Aktivitäten* (Modell der Ressourcen-Allokation) dominieren sollte, wenn der marktwirtschaftlich-renditeorientierte Mechanismus eklatante Defizite aufweist. Diese Frage reicht ins Zentrum wirtschaftsdemokratischer Wirtschaftsmodelle. Im Kern betrifft sie das Verhältnis zwischen Markt und Planung. Hier gilt es gerade aus den Erfahrungen der gescheiterten Modelle staatsbürokratischer Planwirtschaften klug zu werden. Die Frage ist, ob und wie es gelingt, die komparativen Vorteile von Markt und politischer Planung im Sinne optimaler Effizienz und Partizipation zu kombinieren; ob und wie es gelingt, langfristige soziale und ökologische Nachhaltigkeitserfordernisse gegenüber kurzfristigen Einzelinteressen zur Geltung zu bringen.

3. Demokratischer Umbau der Wirtschaftsordnung: Erste Schritte

Jenseits des noch bestehenden Bedarfs nach notwendigen konzeptionellen Innovationen und der Bearbeitung neuralgischer Punkte lassen sich aber schon auf der Basis des jetzigen Diskussionsprozesses und der Erfahrungen der *Großen Krise* konkrete erste Umsetzungsprojekte benennen, die tragende Säulen eines wirtschaftsdemokratischen Hauses sein könnten. Hierzu gehört:

- *Die Finanzmärkte* müssen umfassend reguliert und das Euro-Finanzregime reformiert werden, um den politischen (Regierungen) und arbeitsmarktpolitischen Akteuren (Unternehmen, betriebliche Interessenvertretungen, Gewerkschaften) wirtschaftsdemokratische Handlungsoptionen zu eröffnen.
- Die normative und realpolitische Reichweite staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik muss erheblich erweitert werden, um die marktvermittelte wirtschaftliche Wertschöpfung (*Primärverteilung*) zu korrigieren und sie gemäß den volkswirtschaftlichen und sozialstaatlichen

Erfordernissen zu verteilen und die notwendigen Anreize/Auflagen für die öko-soziale Transformation industrieller Sektoren zu setzen.

- Dem privatkapitalistischen Eigentum muss *öffentliches und genossenschaftliches Eigentum* zur Seite gestellt werden, um die Überführung einer rein kapitalistischen zu einer gemischten Eigentumsordnung zu beginnen und einen umfassenden Sektor öffentlicher Güter zu fördern.
- Entgrenzung und Prekarisierung der Erwerbsarbeit müssen gestoppt und ein neues *Normalarbeitsverhältnis* muss institutionell etabliert werden, um individuelle Autonomie mit kollektivem sozialen Schutz zu verbinden.
- Durch umfassende *Mitbestimmungs- und Interventionsrechte* der öffentlichen Hand, der Gewerkschaften und der Belegschaften müssen privatkapitalistische Eigentums- und Verfügungsrechte eingeschränkt werden und die Bedarfe der Gesellschaft und der Lohnabhängigen nach sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit müssen in die unternehmerische Politik einfließen können.
- Mittels *makro- und mikroregionaler Strukturräte* gilt es, den wirtschaftlichen Lenkungs-, Planungs- und Umbauprozessen einen institutionellen Ort und entsprechende Kompetenzen zu geben.

Zweifelsohne müssen diese Umsetzungsprojekte konkretisiert und mit Strategien zur politischen Realisierung verbunden werden. Das ist keine einfache Aufgabe. Alle genannten Einzelvorhaben stellen Megaprojekte dar, die nicht nur aufgrund ihrer sachlichen Komplexität, sondern vor allem mit Blick auf die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse im realen Finanzmarkt-Kapitalismus mehr als anspruchsvoll sind. Damit stellt sich schließlich die Frage nach handelnden Akteuren für ein solch anspruchsvolles Projekt.

4. Die Mosaik-Linke und die Gewerkschaften als wirtschaftsdemokratische Akteure

Wirtschaftsdemokratische Ziele sind nur durch die Kooperation unterschiedlicher Akteure mit unterschiedlichen Kompetenzen und Machtressourcen realistisch. Die Perspektive könnte in einem Kooperationsverbund kritischer Kräfte liegen, in dem sich unterschiedliche Akteure, Organisationen und Individuen zusammentun und die Spezifika ihrer Handlungspotenziale zu einem politischen Projekt zusammenfügen. Und dies, ohne eigene Identitäten preiszugeben. Die Anforderungen dieser Konstellation an einen politischen Akteur sollen im Begriff der „Mosaik-Linken“ (Urban 2009; 2010a) zum Ausdruck kommen. Dabei ist die Mosaik-Linke nicht mit klassisch linken Vorstellungen von Bündnispolitik eines mit hegemonialen Kapazitäten ausgestatteten Teilakteurs gleich zu setzen. Die Metapher des Mosaiks akzeptiert vielmehr, dass auch kapitalistische Gesellschaften Prozessen der sozialen Differenzierung unterliegen, aus denen eigenwillige Handlungssysteme mit eigenen Handlungszwängen und spezifischen Einzelakteuren hervorgehen. Und dass polit-ökonomische Transformationsprojekte – das öko-soziale Demokratieprojekt zumal – einen so hohen Komplexitätsgrad aufweisen, dass zu ihrer Realisierung die koordinierte Kompetenz unterschiedlicher Akteure unverzichtbar ist. In diesen Zusammenhängen kann kein Akteur eines Teilbereiches für sich reklamieren, eine allumfassende Gesamtkompetenz zu besitzen.

Somit setzen Bereitschaft und Fähigkeit zur Beteiligung an einer solchen Mosaik-Linken, umfassende interne Klärungen voraus. Das gilt auch für die Gewerkschaften. Sie haben diverse Strategieentscheidungen zu treffen. Sie müssen sich über die Perspektiven des krisenkorporatistischen Arrangements verständigen. Wie immer man die verteilungs- und beschäftigungspolitischen Spielräume in Bündnissen mit Kapital und Kabinett einschätzen mag, gemeinsame Schritte in Richtung wirtschaftsdemokratischer Transformationen dürften kaum realistisch sein. Wirtschaftsdemokratie,

die wirklich an die Grundlagen der kapitalistischen Verhältnisse rührt, ist kein korporatismuskompatibles Projekt. In Arrangements mit Arbeitgeberverbänden und (auf absehbare Zeit möglichen) Regierungskoalitionen werden hier kaum Fortschritte zu realisieren sein. Somit stehen und fallen Erfolgsaussichten der Wirtschaftsdemokratie mit Strategien jenseits des Krisenkorporatismus und mit der Fähigkeit zu autonomer gewerkschaftlicher Interessenpolitik.

Eine Erkenntnis, die die Sache nicht einfacher macht. Zudem dürfte es für Gewerkschaften und Parteien in naher Zukunft nicht einfach sein, mit mitbestimmungspolitischen oder gar wirtschaftsdemokratischen Themen bei Mitgliedern oder Wählern zu reüssieren. Mit dem verteilungspolitischen Roll-back vor, während und nach der Krise hat sich ein enormer verteilungspolitischer Korrekturbedarf aufgestaut, der Fragen der Verteilung der zukünftigen Wertschöpfung in den Vordergrund und Fragen der Demokratie in den Hintergrund drängen wird. Entscheidend wird sein, ob sich die gewerkschaftliche Mitgliederbasis, Belegschaften und gewerkschaftliche Aktivisten das Thema aneignen und welche Relevanz sie dem Projekt einer neuen öko-sozialen Wirtschaftsdemokratie beimessen; ob es angesichts der realen Kräfteverhältnisse in Betrieb und Gesellschaft als Luxus- oder Utopiethema zurückgewiesen und in die ferne Zukunft verschoben wird; oder ob es als Voraussetzung der Möglichkeit begriffen wird, der demokratieunverträglichen Anmaßung der Finanzeliten Einhalt zu gebieten und die Perspektive auf eine solidarischere Ökonomie und Gesellschaft offen zu halten. Es ist höchste Zeit, die Debatte zu beginnen.

Literaturverzeichnis

- Altwater, Elmar (2010): Der große Krach. Oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Hensche, Detlef (2011): Markt und Mitbestimmung. In: Sozialismus, Heft 1, S. 35-46.
- Horn, Gustav A./Stein, Ulrike (2010): Kapital gewinnt – Arbeit verliert. In: Wirtschaftsdienst, Heft 7, S. 439-443.
- Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hrsg.): Das Ende des Kasino-Kapitalismus? Globalisierung und Krise. Berlin: Edition Blätter, S. 231-238.
- Urban, Hans-Jürgen (2010a): Lob der Kapitalismuskritik. Warum der Kapitalismus eine starke Mosaik-Linke braucht. In: Luxemburg, Heft 1, S. 18-29.
- Urban, Hans-Jürgen (2010b): Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaftsmacht im Finanzmarkt-Kapitalismus: Der deutsche Fall. In: WSI Mitteilungen, Heft 9, S. 443-450.

Werner Widuckel

Statement: Demokratie und Wirtschaft – Illusion oder Perspektive?

I.

Es ist in der Tat eine ernüchternde Diagnose, die uns der britische Autor Colin Crouch mit seiner These von der Postdemokratie gestellt hat (vgl. Crouch 2008). Mit dieser These wird eine doppelte Brisanz aufgeworfen: Die demokratischen Institutionen seien substanziell nicht mehr in der Lage, das Partizipationsversprechen einzulösen, „da sich ein großer Teil der Bürger darin mit der Rolle manipulierter, passiver Teilnehmer begnügen muss, die nur gelegentlich an Entscheidungen beteiligt werden“ (Crouch 2008: 33). Die Postdemokratie wird als Herrschaftsmodus zur Ausübung der *Macht der Wirtschaftseliten* ausgearbeitet, durch den die Gewerkschaften marginalisiert wurden und der Sozialstaat weitgehend abgebaut worden sei, um nur noch ein Minimum für die Versorgung der Armen zu gewährleisten, nicht aber gesellschaftliche Teilhabe (vgl. Crouch 2008: 34). Die genannte doppelte Brisanz besteht darin, dass der Verlust demokratischer Substanz den Staat selber und nicht ausschließlich ‚die Wirtschaft‘ zu einer Herausforderung für eine demokratische Perspektive macht. Es kann aus diesem Blickwinkel kaum mehr darum gehen, den demokratischen Bürgerrechten auch in den Unternehmen Geltung zu verschaffen, sondern vielmehr Demokratie in der Wirtschaft und im Staat nachhaltig zu verankern. Unübersehbar ist diese Diagnose geprägt von den britischen Verhältnissen und der Wende von Labour zu *New Labour* sowie von der *Berlusconisierung* der italienischen Politik, die ihren Machtanspruch aus der Verachtung gegenüber der Politik bzw. den Politikern legitimiert und die Bühne demokratischer Institutionen zum Entertainment nutzt. Die zynische Selbstbestätigung des Politischen als Verklei-

derung für Selbstbedienung lässt die Diagnose der Postdemokratie plausibel erscheinen. Allerdings ist dies nur ein Teil des Problems. Crouch weist auf den Gegenreflex rechtspopulistischer Bewegungen und ‚Führer‘ hin, die eine Rückbesinnung auf Gemeinschaften und ihre jeweilige Prädestination verkörpern (vgl. Crouch 2008: 39).⁸ Ein geeignetes Beispiel scheint mir die aktuelle Entwicklung in Ungarn darzustellen, in der allerdings nicht der äußere Anschein unveränderter Institutionen die Veränderung der Demokratie prägt, sondern deren Unterwerfung unter eine populistisch-nationalistische Partei mit verfassungsändernder Mehrheit. Gleichwohl steht auch sie für diesen Gegenreflex. Die ernüchternde Diagnose der Postdemokratie erscheint in vielen Punkten plausibel. Sie reizt aber auch zum weiteren Nachdenken

II.

Es ist sicher nicht fern liegend, gedanklich die Wende von Labour zu New Labour mit der Wende zur Agenda 2010 in Verbindung zu bringen. Ebenso erscheint mir dies für die Entscheidungen der rot-grünen Koalition zur Deregulierung der Finanz- und Kapitalmärkte nahe liegend. Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang besonders die Gewährung von Steuerfreiheit auf Erträge aus der Veräußerung von Kapitalbeteiligungen. Der Feststellung, dass damit eine Art *Commonsense* des Shareholder Value die politische Klasse geeinigt hat, liegt nahe. Allerdings gilt auch für diese Phase, dass sich die „Macht der Wirtschaftseliten“ nicht widerspruchsfrei durchgesetzt hat. Von der Novellierung der Betriebsverfassung im Jahr 2001, so unzureichend sie auch gewesen ein mag, bis zum Ausstieg aus der Kernenergie, wird deutlich, dass es zu simpel wäre, *Rot-Grün* als Exekutor einer Logik der Postdemokratie auszumachen. Vielmehr findet sich hierin wieder, dass in staatlichem Handeln gesellschaftliche Kräftever-

8 Crouch schildert dies am Beispiel des niederländische Rechtspopulisten Pim Fortuyn.

hältnisse eingeschrieben sind und diese seine Machtapparate (ökonomische, repressive, ideologische) durchziehen (vgl. Poulantzas 1978). In der logischen Umkehrung könnte man folgern: Wenn die demokratischen Institutionen durch eine postdemokratische Herrschaftslogik der Macht der wirtschaftlichen Eliten unterworfen sind, besteht keinerlei Veranlassung noch irgendwo und zu irgendeinem Zeitpunkt einen Raum für die Durchsetzungsfähigkeit von *Gegenlogiken* oder *Alternativlogiken* zu vermuten. Dass dies einen ernsthaften Knackpunkt darstellt, belegt die immer wieder gebrauchte ‚Legitimierung‘ politischer Entscheidungen staatlicher Institutionen als ‚alternativlos‘. Und auch die Formulierung, dass es keine ‚rechte‘ oder ‚linke‘, sondern nur eine ‚richtige‘ oder ‚falsche‘ Wirtschaftspolitik gäbe, zeigt dies, weil die ‚richtige‘ natürlich wiederum als ‚alternativlos‘ gilt.

Eine der Ursachen für diese Diktion besteht in reduzierten Interventionsmöglichkeiten des Nationalstaates. Die mit der Globalisierung stattfindende zunehmende grenzüberschreitende Integration ökonomischer Strukturen und Prozesse hat hier Grenzen gesetzt. Diese Grenzen sind meines Erachtens aber kein ausreichender Grund, Steuerungsfähigkeit generell zu negieren oder aus dem Auge zu verlieren, dass die durch Globalisierung entstandenen Verhältnisse ihrerseits in Institutionen und Rahmenbedingungen politischer Regulierung eingebunden sind. Hierbei wird zu Recht, insbesondere mit Blick auf die Institutionen der Europäischen Union, von einem *Demokratiedefizit* gesprochen. Aber rechtfertigt dies, die Diagnose einer durchgängigen Logik, die der Macht der Wirtschaftseliten folgt? Darauf komme ich später zurück.

III.

Die Grenzen nationalstaatlicher Interventionsmöglichkeiten lassen sich nicht nur als Folge der Globalisierung interpretieren, sondern auch der Widersprüche kapitalistischer Entwicklungslogik, die seit den achtziger

Jahren zu einer beschleunigten Häufung von Krisen geführt hat. Von der Brasilien- über die Asien-, Russland- und *Dotcom-Krise* verzeichnen wir beginnend mit dem Jahr 2007 eine Kapitalmarkt- und Finanzkrise in bisher nicht gekannter Dimension, die im Jahr 2009 auch Europa erfasst hat. Diese Abfolge ist mit großer Plausibilität in den Zusammenhang einer zunehmenden *financial repression* der Realökonomie durch die Renditeansprüche der Finanzmarktakteure gestellt worden (vgl. Altvater 2006: 114). Dies führt nicht nur zu einem ökonomischen Krisenpotenzial, sondern auch zu einer *moralischen* Erosion, die gesellschaftliche Widerspruchs- und Widerstandspotenziale hervorruft.⁹ Die Finanz- und Kapitalmarktkrise hat Staaten bis an die Grenzen ihrer finanziellen Interventionskapazitäten gebracht und zu einer Sozialisierung von Kapitalmarktrisiken und deren Folgen geführt. Ebenso hat sie mit der Kumulation von Staatsschulden offenbart, dass entweder verteilungspolitische Ungleichgewichte schon länger zur Unterfinanzierung öffentlicher Aufgaben führen oder die öffentlichen Gemeinwesen schon seit längerem unter einem systematischen Entzug von finanziellen Ressourcen gelitten haben. Die Anklage „über die eigenen Verhältnisse gelebt“ zu haben, ist in diesem Zusammenhang wohl eher eine Verbrämung. Mit dieser Entwicklung ist ein dramatischer Punkt erreicht worden, der erkennen lässt, dass die Instabilität der Finanz- und Kapitalmärkte keineswegs durch zwischenzeitlich aufgespannte Rettungsschirme überwunden worden ist. Hinzu kommt: Ein weiteres Mal ist eine derartige Auffangstrategie weder ökonomisch noch politisch realisierbar. Damit soll keineswegs einer mechanistischen Zusammenbruchshypothese unterstellt werden, die in Folge der genannten Entwicklungswidersprüche vom bevorstehenden Ableben des Kapitalismus ausginge. Aber es darf auch nicht übersehen werden, dass nicht zuletzt im Zuge der globalen *Durchkapitalisierung* der Lebensverhältnisse Entwicklungsgrenzen wirksam werden, die eine nahtlose Fortführung der *financial repression* kaum erlauben. Dies gilt umso mehr, als so genannte Schwellenländer einen wachsenden Anteil an den

9 Ein sinnfälliger Ausdruck dieser Potenziale ist die Aufmerksamkeit mit der Streitschrift von Stéphane Hessel (2011): *Empört euch!* zu Kenntnis genommen wurde.

Wachstumsressourcen einfordern und insbesondere durch China eine Gläubigerposition gegenüber der führenden Wirtschaftsmacht USA einnehmen. Über die Belgeichung von Rechnungen entscheiden jetzt neue potente Mitspieler mit.

IV.

Nicht zufällig, sondern im Sinne eines kongenialen Ereignisses hat die Atomkatastrophe in Japan ebenfalls in unser Bewusstsein gerückt, dass wir mit den aufgezeigten Grenzen der ökonomischen Intervention auch vor weiteren Umbrüchen stehen. Dies betrifft die energetische Basis unserer Lebensweise genauso wie die Produktions- und Reproduktionsverhältnisse insgesamt, die den Klimawandel zu einer ernststen Herausforderung machen. Wir haben in diesem Zusammenhang in den letzten Monaten in Deutschland politische und gesellschaftliche Entwicklungen erlebt, die zeigen, dass auch die postdemokratische Machtlogik an ihre Grenzen stößt. Die Tatsache, dass die Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke in Deutschland als nicht durchsetzbar angesehen wird, nachdem diese bereits beschlossen war, lässt aufhorchen. Ohne sich falsche Illusionen über neue Einsichten zu machen, bleibt der Eindruck zurück, dass sich ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger keineswegs mit der Rolle des *manipulierten und passiven Teilnehmers* begnügt. Vielmehr hat eine klare Reaktion der Zivilgesellschaft und nicht die Dominanz der wirtschaftlichen Eliten zu einem politischen Kurswechsel geführt, der in der Kernenergiefrage einen hegemonialen Charakter hat. Veränderungen im Parteiengefüge reflektieren dieses Signal unübersehbar. Die Folgen werden nicht nur kurzfristig sein. Vielmehr ist davon auszugehen, dass wir uns bereits in einer umfassenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung über notwendige Veränderungen unserer Lebens- bzw. Produktionsweise befinden, die nicht auf übersensible Befindlichkeiten zu reduzieren (*German Angst*), sondern ein Ausdruck objektiver Problemlagen ist, die sich nicht weg definieren lassen. Die bisherige Sachzwanglogik der Alternativlosigkeit erhält ernsthafte Konkurrenz.

Die weitere Auseinandersetzung mit den Folgen und Ursachen der Finanz- und Kapitalmarktkrise verläuft in ihren politischen und gesellschaftlichen Konfliktlinien anders. Die Rollen werden hierbei verteilt zwischen ‚Zahlmeistern‘ und ‚Kostgängern‘, die zu disziplinieren seien. Die Europäische Union soll hierbei nicht die Rolle des Promotors des *europäischen Sozialmodells* spielen, sondern eine Überwachungs- und Kontrollinstanz von Austeritätspolitik werden, die von der Regulierung von Löhnen bis zum Renteneintrittsalter in den „unsoliden“ Nationalstaaten reicht. Schlussfolgerungen für die Regulierung der Kapital- und Finanzmärkte bleiben bescheiden und beschränken sich auf verschärfte Vorschriften für die Vorhaltung von Eigenkapital. Eine Finanztransaktionssteuer ist in weite Ferne gerückt. *Schattenbanken* schaffen neue Quellen der Unkalkulierbarkeit.

Der Terminus der Postdemokratie erhält hierbei eine zentrale Bedeutung. Denn sowohl die Konstruktion von ‚Rettungsschirmen‘, als auch die gesamte europäische Governance der Krisenbewältigung bleibt weitgehend demokratischer Legitimation entzogen. Europa wird somit nicht zur Integrationsperspektive eines fortschrittlichen Sozialmodells entwickelt, sondern zu einem Bedrohungsszenario formiert, das einen willkommenen Nährboden für Rechtspopulisten bildet. Europa unterliegt damit der ernsthaften Gefahr des politischen Zerfalls, dessen Abwendung in der Durchsetzung einer handlungsleitenden Austeritätsstrategie präsentiert werden könnte, die alle Mitgliedsstaaten mehr oder weniger gleich gerichtet ‚diszipliniert‘. Es ist absehbar, dass dieser Ausweg als alternativlos gegen eine ausufernde Transferunion präsentiert werden wird. Damit würden die Folgen der Krise neben der finanziellen Sozialisierung doppelt wirken. Deutschland befindet sich gegenwärtig in der Situation, Kompensationschancen durch Wirtschaftswachstum zu realisieren, die Beschäftigung und Einkommen wachsen lassen. Aber auch dies wird an Grenzen stoßen.

V.

Die Veränderung unserer Produktions- und Lebensweise sowie die krisenhafte Entwicklungslogik der *financial repression* und deren politischen und soziale Folgen sind deshalb zwei zentrale Ankerpunkte, an denen die Beziehung von Wirtschaft und Demokratie zu klären ist. Dies betrifft sowohl die Demokratisierung der Wirtschaft als auch die Demokratisierung der Politik im Kontext des ablaufenden Krisenmanagements der Europäischen Union. Hierdurch ist eine *Doppelperspektive* von oben und von unten gefordert.

Demokratisierung der Wirtschaft verlangt zum einen die Stärkung der Teilhaberechte an wirtschaftlichen Entscheidungen und der Gestaltung von Arbeits- und Leistungsbedingungen in Betrieben und Unternehmen. Neben den bekannten Forderungen zur Veränderung von institutionellen Strukturen (z. B. Aufsichtsräte, Betriebsräte) gilt es auch, in der Perspektive von unten, Beteiligungsrechte zu stärken und den Einzelnen bzw. die *Gruppe* zu Beteiligten an der Gestaltung der Arbeits- und Leistungsbedingungen zu machen. Dies verstärkt auch eine erweiterte Perspektive der Mitbestimmung, die über Arbeits- und Leistungsbedingungen hinaus die Lebensbedingungen einschließt. Produzentenmitbestimmung verschafft so einen Zugang zur Gestaltung von Lebensverhältnissen, die z. B. neben den quantitativen und qualitativen Auswirkungen neuer Fahrzeugkonzepte auch deren energiewirtschaftliche Integration und deren Verknüpfung mit Lebensräumen aufnimmt. Die Verknüpfung von Arbeits-, Leistungs- und Lebensbedingungen hat darüber hinaus als zentralem Feld der Lebensbedingungen einen zentralen Stellenwert für die Familienfreundlichkeit der Arbeit. Familienfreundlichkeit heißt, nicht ausschließlich den Fokus auf Einrichtungen zur Kinderbetreuung zu richten, sondern vor allem die Teilung von Erwerbs- und Familienarbeit im Blick zu haben. Dies verändert nicht nur weibliche, sondern auch männliche Lebensbedingungen mit Rückwirkungen auf die Erwerbsarbeit von Männern und Frauen. Hierbei wird eine übergreifende *Arbeits-*

ökonomie erforderlich sein, die sich an Lebensphasen orientiert und ebenso Qualifizierungs- und Bildungsbedürfnisse im Sinne des lebensbegleitenden Lernens abdeckt. In der Gestaltung von Arbeits-, Leistungs- und Lebensbedingungen treffen sich die Mitbestimmung von oben und von unten. Sie verknüpft somit strategische Entwicklungslinien für die Ausgestaltung von Lebensverhältnissen innerhalb und außerhalb des Betriebes und verbindet dies mit konkreter Gestaltungsarbeit, die Betroffene zu Beteiligten macht. Wirtschaftsdemokratie wird vor diesem Hintergrund zu einem Baustein von Veränderungsprozessen durch die Zivilgesellschaft.

In der europäischen Dimension ist für das Verhältnis von Demokratie und Wirtschaft entscheidend, die Perspektive eines europäischen Sozialmodells nicht preis zu geben. Vielmehr bleibt die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der *financial repression* unvermindert aktuell und ist umso entscheidender, als diese in der Alltagsrealität von Betrieben und Unternehmen einen tiefgreifenden Niederschlag gefunden hat. Es wäre für die Beziehung von Demokratie und Wirtschaft eine äußerst fatale Entwicklung, sollte das „Management“ der Kapital- und Finanzmarktkrise auch in der Zukunft weitgehend jenseits aller demokratischen Kontrolle entschieden werden, um diese Entscheidungen anschließend im nationalstaatlichen Rahmen als Sachzwang *umzuinterpretieren*, dem man im nationalen Interesse zur Geltung verhelfen habe. Die Währungsunion leidet in ihrer Grundkonstruktion in der Tat an einem Mangel an wirtschafts- und finanzpolitischer Koordinierung. Im Sinne eines europäischen Sozialmodells stellt dies sich allerdings in den Dienst einer Stärkung und Weiterentwicklung wohlfahrtsstaatlicher Regulierung und Institutionen sowie demokratischer Teilhabe in Wirtschaft und Staat. Bleibt dieses Projekt weiter unbearbeitet, werden nicht nur die Regierungen an Grenzen ihrer Interventionskapazitäten stoßen, sondern auch diejenigen, die davon überzeugt sind, dass es zur Postdemokratie Alternativen möglich sind.

Literaturverzeichnis

- Altvater, Elmar (2006): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen: Eine radikale Kapitalismuskritik. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hessel, Stéphane (2011): Empört euch! Berlin: Ullstein.
- Poulantzas, Nicos. (1978): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA.

II. Keynote-Speech

**Keine Politik ohne Demokratie –
keine Demokratie ohne Politik:
Plädoyer für eine neue Demokratie**

Ralf Stegner

Keine Politik ohne Demokratie – keine Demokratie ohne Politik: Plädoyer für eine neue Demokratie

1. Politik ohne Demokratie

Die Gesellschaft für deutsche Sprache hat ‚alternativlos‘ zum Unwort des Jahres gekürt. Parallel dazu wurde ‚Wutbürger‘ das Wort des Jahres. Hier zeigt sich deutlich, die steigende Diskrepanz zwischen politischen Entscheidungen und der Unzufriedenheit von Bürgerinnen und Bürgern mit eben diesen Entscheidungen. Vielleicht ist der Wutbürger ein hoffnungsvolles Signal, dass diese Alternativlosigkeit zunehmend in Frage gestellt wird. Notwendig wäre es.

In Umfragen sinken die Zustimmung und das Zutrauen in die Demokratie immer weiter. Und nicht nur die Wissenschaftler Colin Crouch und Claus Offe sehen die Demokratie in Gefahr. Liefere alles so weiter, wäre die Zukunft der Demokratie alles andere als rosig. Wobei ich auch nicht überdramatisieren möchte. Wir haben hier keine Weimarer Verhältnisse.

1.1 Politik ohne Macht

Die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik und der demokratisch legitimierten Gremien sind massiv gesunken oder werden einseitig an verengten Effizienzkriterien ausgerichtet.

Dies liegt nur zu einem kleinen Teil an der Tatsache, dass Regelungskompetenzen an die EU oder an andere Ebenen abgegeben wurden. Beides ist größtenteils leider eher selbst verursacht. Die durch Steuersenkungen

verschärfte staatliche Armut lässt wenig Spielraum für mehr als ‚gesetzlich vorgegebene Ausgaben‘. Die durch Geldnot oder auch allein vom neoliberalen Zeitgeist motivierten Privatisierungen entziehen zusätzlich immer mehr Bereiche der politischen Entscheidungskompetenz. Die geltenden Schuldenbremsen zementieren zudem die politischen Bewegungsspielräume. Investitionen, die sich erst im Laufe der Jahre ‚rentieren‘ sind damit keine Ausgaben mehr, die Kredite rechtfertigen.

Teilweise durch Haushaltszwänge, viel mehr jedoch ideologisch motiviert gibt es zusätzliche eine *BWL-isierung* politischer Handlungen. Handlungen werden nicht mehr politisch begründet, es werden keine normativen Ziele mehr verfolgt, stattdessen werden sie an einem wie auch immer berechneten Output gemessen. Die dieser Betrachtungsweise innewohnende Problematik, dass Menschen nur noch an ihrer ökonomischen Verwertbarkeit gemessen werden, führt unter anderem dazu, dass sich in den Jobcentern weniger um jene Menschen gekümmert wird, die schwer vermittelbar, sondern vornehmlich jene gefördert werden, die leicht vermittelbar sind. Eine andere Konsequenz ist, dass wirtschaftswissenschaftliche und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge ausgebaut, Sprachen und sozialwissenschaftliche Fakultäten eher reduziert werden.

Wenn der Leistungsgedanke auf alles übertragen wird, greift außerdem die Verachtung gegenüber ‚Leistungslosen‘ um sich – eine moralische Legitimierung unsozialer Politik.

Die Interessen der Demokratie werden der Kapitalverwertung mit der Behauptung untergeordnet, dass die Finanzmärkte sich viel mehr an Wohlstand und Wachstum orientieren als die Wähler. So gibt es zum Beispiel eine selbstaufgelegte politische Askese bei der Bundesbank (zumindest scheinbar, real unterstützt sie mit ihrem geldpolitischen Kurs eine bestimmte Politik) und in Schleswig-Holstein wird das Land im Aufsichtsrat der Landesbank nicht länger von Regierungsmitgliedern sondern von Beamten vertreten. Der Verweis auf übergeordnete (Kapital-)

Gründe erlaubt dann auch eine Abkehr von Wahlversprechen, weil die Erfüllung solcher Versprechen finanz- oder wirtschaftspolitisch verheerende Folgen hätte.

Auch überregionale Abhängigkeiten müssen gerne als Begründung für mangelnde Handlungsoptionen herhalten. Wobei ich bezweifeln möchte, dass die Macht Deutschlands international und in Europa wirklich so klein ist. Manch politische Initiative wird auch mit Verweis auf die Verfassung verhindert. Dies galt lange für die Vermögensteuer, musste aber auch beim Ehegattensplitting und den ungerechten Kinderfreibeträgen herhalten. Verschwiegen wird dann gerne die Möglichkeit des Gesetzgebers, Gesetze zu ändern und die Tatsache, dass einige vorgebliche Restriktionen auf einer sehr eigenwilligen Verfassungsinterpretation des ehemaligen Richters am Bundesverfassungsgericht Paul Kirchhoff, basieren und sich die Rechtsauffassung möglicherweise inzwischen geändert hat.

1.2 Politiker ohne Ansehen

Dabei werden die Angriffe von verschiedenen Seiten aus geführt. Wissenschaftler wie der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler Hans Herbert von Arnim, der Präsident des Münchner ifo Instituts für Wirtschaftsforschung Hans-Werner Sinn, und andere skandalisieren seit langem die angeblich so üppige Bezahlung von Politikerinnen und Politikern und sprechen ihnen weitestgehend die Kompetenz ab. Dies wird auch in dem Vorschlag deutlich, für das so wichtige Feld der Finanzpolitik einen Expertenrat einzuführen. Da fragt man sich schon, ob Politiker dann nur noch über die Höhe von Bordsteinkanten entscheiden dürfen.

Auch von Unternehmerseite wird die Politik und Demokratie gerne als mühselig und unbeweglich verunglimpft, zumal wenn sie sich davon den lukrativen Zugriff auf ehemals staatliche Geschäftsbereichen verspricht. Um wie viel strahlender und besser sei dagegen der Markt, der

doch alles viel besser und schneller entscheide. Rolf Breuer, der ehemalige Vorstandschef der Deutschen Bank, legte einst dar, warum sich Regierungen nach den Wünschen der Anleger richten müssten: „Die autonomen Entscheidungen, die Hunderttausende von Anlegern auf den Finanzmärkten treffen, werden im Gegensatz zu den Wahlentscheidungen nicht alle vier oder fünf Jahre, sondern täglich gefällt.“

Aus der beschriebenen Sichtweise resultiert – ungeachtet alter Debatten über ‚Nieten in Nadelstreifen‘ oder auch seit der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise ein Expertenhype – wobei das Ansinnen, Menschen aus der Wirtschaft direkt in politische Ämter zu berufen, abgenommen hat.

Als dritte Gruppe tragen auch Journalistinnen und Journalisten zum schlechten Bild der Politik bei. Auch hier werden die Kosten der Demokratie gerne hochgepuscht und in Frage gestellt, werden unerfüllbare Erwartungen formuliert, deren Nichterfüllung dann wiederum angegriffen wird, wird keine Zeit für längerfristige Projekte gelassen.

Hier ist der Druck aus den Chefetagen sicher groß und der Abbau von vernünftigen Arbeitsplätzen hat stark zugenommen, sodass der – scheinbar gewollte – Bedarf nach Schnelligkeit, Sensationen und Emotionen oft bedient wird, während komplizierte und damit aber abgewogene Konzepte meist wenig medientauglich sind.

Gleichzeitig ist das Ansehen jener, die die Anforderung mit vereinfachten Antworten, mit Polemiken und Zuspitzungen bedienen, meist nicht hoch.

Denn gleichzeitig gibt es eine Überhöhung des Konsenses in unserer Gesellschaft, die wiederum durch Medien aufgegriffen wird und eine Entpolitisierung fast zur Voraussetzung hat: ‚Konsens ist gut, Streit ist schlecht, wer streitet nörgelt‘. Eine scheinbar interessenslose Konsens-Attitüde von Politikern wird positiv bewertet. Landesväter oder Kanz-

lerinnen stehen über den Dingen und damit über dem Streit. Bundespräsidenten sind bei dieser Sicht unsere Ersatzmonarchen. Gegen sie zu kandidieren ist irgendwo unerhört, Kritik irgendwie schmutzdelig.

Ich sehe da einen Zusammenhang mit einem nur scheinbar unpolitischen, eher elitären Weltbild, – hier von einem ethischen Konstrukt zu sprechen ist wohl zu weitgehend – welches den demokratischen Prozess für zu mühsam hält und impliziert, dass andere Formen effizienter seien. Es ist ein Weltbild, in dem man von den sich abwendenden oder ‚falsch‘ Wählenden enttäuscht ist und der Mehrheit der Wählenden die Eignung zu politisch richtigen Entscheidungen abspricht.

Elitäres Denken führt so zur Parteien-, Politiker- und Demokratiefeindlichkeit, die sich in den drei genannten Gruppen deutlich beobachten lässt.

Die allgemeine Überzeugung der herrschenden Eliten scheint oft, dass Demokratie viel zu schwierig sei für das gemeine Volk. Dieser Auffassung folgend wird Politik hauptsächlich hinter verschlossenen Türen gemacht, wobei dann nicht mehr zu kontrollieren ist, wer da aus welchen Gründen entschieden hat. Das Mitwirken von Lobbyisten ist zu vermuten, tritt aber selten offen zu Tage. Diese Art von Backstagepolitik verhilft zu einer Art Unangreifbarkeit von Entscheidungen.

Dem gegenüber steht eine steigende Distanz von unten.

1.3 Politik ohne Bürgerinnen und Bürger

Die Distanz zwischen BürgerInnen und Politik ist größer geworden. Die Distanz zur Politik findet ihren Ausdruck unter anderem in stetig steigender Wahlenthaltung, in dem Rückzug in das Private und führt so zur Demokratiedistanz. Diese Demokratiedistanz wird dann direkt ein Problem der Legitimität der Politik in ihrer repräsentativen Organisation.

Dazu tragen die beiden vorherigen Punkte vor allem bei. Dies ist aber in Teilen durch Politikerinnen und Politiker noch direkt verstärkt worden.

Bestärkt wird die Distanz durch eine Politik, die Ausgrenzung und die Spaltung der Gesellschaft durch eine ungerechte Politik – auch und gerade in der Bildung – befördert. Zusätzlich versuchen Sarrazin, Westerwelle und andere diese Ausgrenzung, dieses Versagen von Politik auch noch zu legitimieren und den Ausgegrenzten alle Schuld zuzuschieben. Es verwundert eher, dass die MigrantInnen und das abgehängte Prekariat nicht viel stärker Parallelgesellschaften bilden.

Es gibt eine große Enttäuschung innerhalb der Bevölkerung. So wurden große Versprechungen gemacht, ohne dann auch die Instrumente zu ergreifen, diese Versprechungen umzusetzen. Man denke an die „blühenden Landschaften“, die Bundeskanzler Helmut Kohl der Bevölkerung in den neuen Bundesländern versprochen hat und dann an die konkrete Lebenserfahrung von Arbeitslosigkeit und Deindustrialisierung in weiten Teilen der neuen Bundesländer – auch weil es keine gezielte Industriepolitik gab. Eingriffe in die Wirtschaft und Wirtschaftslenkung waren verpönt. Das freie Spiel der Kräfte führte aber zu Verlierern vor allem im Osten Deutschlands.

Es gab aber auch eine große Enttäuschung durch die SPD, deren Versprechen für mehr Gerechtigkeit und mehr Beschäftigung im Wahlkampf, in ihrer Regierungszeit nicht erfüllt wurden, ja die Probleme in Teilen sogar verschärft wurden. U. a. mit Hartz IV wurde das Gerechtigkeitsgefühl vieler verletzt und in den Augen nicht weniger, die Anerkennung geleisteter Arbeit schuldig geblieben. Sozial ist, was Arbeit schafft war ein Irrweg, der nunmehr zwar beendet wurde und klar in Richtung sozial ist, was gute Arbeit schafft geändert wurde, doch die Erinnerung bleibt und das Misstrauen sitzt tief. Es wird dauern, das Vertrauen in die Kernkompetenz der Sozialdemokratie wieder aufzubauen. Erste Schritte sind jedoch gemacht und ich glaube, dass wir da auf dem richtigen Weg sind.

Ergänzt wird dies dann durch einen gewissen Fatalismus, nach dem Politik sowieso nichts ändern kann oder zumindest nicht die persönliche Lebenssituation verbessert. Die von vielen in der Politik gerne verwendete TINA-Begründung (there is no alternative) und der Verweis auf mangelnde Zuständigkeiten tragen das Übrige dazu bei. Statt der Aufstiegs-perspektive, die die SPD ja lange Jahre garantiert und auch mit ihrem eigenen Personal verkörpert hat, dominieren (Abstiegs-)ängste in weiten Teilen der Bevölkerung. Diese wirken im Prekariat bis in die große Mittelschicht hinein. Geschuldet durch die erlebten, in Teilen ja massiven Krisen, aber auch durch das immer löchriger gemachte soziale Netz, in dem die ‚Grundgefahren‘ Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit kaum mehr aufgefangen werden. Eine Aussicht, wieder hochzukommen besteht kaum noch – nicht nur mental, sondern auch real gibt es immer weniger Bewegungsmöglichkeiten nach *oben*.

2. Notwendigkeiten einer Redemokratisierung

2.1 Ein Plädoyer für die Demokratie

Bei der Lektüre von Colin Crouch aber auch in dem Vortrag von Ursula Birsl wurde deutlich: Das Wohl des Volkes ist nicht nur materiell zu sehen, sondern besteht auch darin, dass es an den politischen Verhandlungen partizipiert.

Oder, wie der Philosoph Jürgen Habermas, dessen runder Geburtstag gerade gefeiert wurde, es formulierte: „Die modernen gesellschaftlichen Regelungsmechanismen und die demokratischen Umgangsformen dienen als Grundlagen der gesellschaftlichen Integration“. Von einer anderen Warte aus sieht es der Rechtswissenschaftler Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist.“

Bei allen Unzulänglichkeiten der parlamentarischen Demokratie bleibt sie doch die beste aller bekannten Regierungsformen. Ich möchte ein paar Vorteile nennen:

Allein durch die Parteiendemokratie bekommen theoretisch auch jene eine Stimme, die sich nicht so gut organisieren können, die keine gute Lobby haben, die weniger Geld in Kampagnen stecken können. Sie spielen nicht nur in dem Moment der Stimmabgabe eine Rolle, sondern auch in der permanenten Werbung der Politik um diese Stimmen. Parteien, die stark für die Werbung und Verankerung von politischen Konzepten zuständig sind, haben hier eine wichtige Rolle bei der politischen Willensbildung. Außerdem gibt es bei unserer Regierungsorganisation relativ viel Kontrolle der Regierenden durch das Parlament und die Öffentlichkeit.

Es sind Kompromisse möglich bzw. nötig, die im Idealfall einen gesellschaftlichen Konsens abbilden können. Die dauerhafte Herrschaft einer Gruppe über eine andere wird so erschwert. Durch die Konkurrenz unterschiedlicher Parteien ist Transparenz darüber möglich (oder wäre es zumindest), wie die unterschiedlichen Interessen verlaufen. Die Debatte in den Parlamenten ist konstitutiv vor politischen Entscheidungen. Dadurch sollte zumindest deutlich werden, dass Diskussion, ja vielleicht sogar Streit nötig ist, um zu besseren Lösungen zu kommen. Die für die Demokratie gefährliche Idee, dass es nur den einen wahren Weg gibt (und nur den einen, der ihn kennt), hat so wenige Chancen.

2.2 Notwendigkeit einer Redemokratisierung für die SPD

Parallel zur ‚Verdrossenheit‘ über die politischen Parteien, die von weniger als 15 auf fast 60 Prozent anstieg, sank bei Landes- und Kommunalwahlen die Wahlbeteiligung immer häufiger unter 60 Prozent. Besonders hoch waren, auch bei Bundestagswahlen, die Enthaltungen in Wahlkreisen mit hohem Arbeiteranteil oder in sogenannten ‚Problemvierteln‘ und bei der wachsenden Zahl der Arbeitslosen. Mitglieder- und Wähler-

schwund trifft zwar auch die CDU, in besonderem Maße aber die SPD. Meiner Meinung nach ist es kein Zufall, dass mit zunehmender Entdemokratisierung gerade die SPD zunehmend an Wähler- und Mitgliedschaft einbüßt. Diejenigen, die das konservative, bewahrende wählen, oder jene, die mit Hilfe starker Lobbygruppen ihre Interessen durchsetzen können, wählen selten SPD oder sind gar in der SPD aktiv. Jene aber, die Veränderung wollen, die eine Verbesserung ihrer Lebensumstände wollen, – die SPD als Partei für Aufstiegsmöglichkeiten – die sind von der Nichterfüllung ihrer Vorstellungen besonders betroffen. Viele wenden sich ab. Nur wenige sind bisher zurückgekommen.

Der Politologe Franz Walter stellt die Frage, ob die Parteien noch Vermittler zwischen den Lebenswelten unten und der parlamentarisch-gouvernementalen Arena oben sind. Die SPD muss es sein, sonst geht sie unter. Die *Postdemokratie* ist für diejenigen Politikerinnen und Politiker ein Problem, die sich als Interessensvertreter verstehen und daraus die Legitimität ihres Handelns ziehen. Wie glaubwürdig ist denn der Anspruch, Politik für die Mehrheit zu machen, wenn die Partei nur noch von 25 Prozent der Wahlberechtigten Zustimmung bekommt? Stephan Weil, der Oberbürgermeister von Hannover, hat in einem Artikel formuliert: „Politik, insbesondere Kommunalpolitik lebt von Partizipation, davon, das möglichst viele Menschen sich engagieren, mitmachen in Stadtteilprojekten, sich für lokale Angelegenheiten interessieren und ihr Wohnumfeld gestalten wollen. Schwindet das Interesse an einer derartigen Teilhabe, hat Politik, erst recht, wenn sie sich als links versteht, ein Problem. Wer sich auch in politischen Führungsämtern vor allem als Manager sieht, dem mag eine solche Entwicklung relativ egal sein. Wer sich indes als politischer Repräsentant begreift, dem muss daran gelegen sein, die Legitimationsbasis für sein Handeln wieder zu stärken“.

Es ist auch dann ein Problem, wenn man, wie ich, die meinungsbildende Rolle der SPD schon als Gegengewicht zur veröffentlichten Meinung für notwendig hält. Wird die Rolle der SPD marginal, dominiert die veröf-

fentlichte Meinung, in der die Interessen der Wirtschaft, der Vermögenden, der gut Organisierten viel stärker zu tragen kommen, als es ihrem rein zahlenmäßigen Gewicht in der Bevölkerung entspricht, noch mehr, als sie es sowieso schon tut.

Insofern ist die Frage nach der Zukunft der Demokratie für die Sozialdemokratie zentral wie auch – bei aller Bescheidenheit – die SPD zentral für die Zukunft der Demokratie. Und so will ich hier auch ausdrücklich die Rolle der SPD beleuchten.

Zur Wiederbelebung der Demokratie muss sich viel ändern, müssen sich die Rahmenbedingungen ändern, müssen andere Elemente ergänzt werden, müssen sich Parteien ändern.

3. Für eine neue Demokratie

3.1 Rahmenbedingungen verbessern

Demokratie muss aber etwas ändern können, sonst ist sie nutzlos und mit Recht wenig attraktiv. Mehr Gestaltungsspielraum fängt mit der ausreichenden Finanzierung der öffentlichen Haushalte an, die strukturell unterfinanziert sind. Dies muss geändert werden und dafür macht die SPD (nicht nur die in Schleswig-Holstein) im Bereich Steuern inzwischen auch Vorschläge, die in die richtige Richtung gehen. Wenn die Schuldenbremse denn irgendeinen Sinn haben sollte, dann ist es, das Gefühl dafür zu stärken, wo bzw. dass die Grenzen vernünftiger Einsparmöglichkeiten vielfach schon weit überschritten worden sind und wir Einnahmeverbesserungen wie auch eine faire Lösung für die Altschulden brauchen. Mir wird ganz anders, wenn ich schon wieder einige, gerade in der FDP, über Steuersenkungen reden höre. Es gibt sicher noch hier und da Einsparpotentiale – in den ‚reichen‘ Ländern noch eher als in den ‚armen‘ – doch ein Blick in die Schulen, auf die Straßenbeläge, in die Universitäten,

die Kindertagesstätten und in die Kassen der Jugend- und Kultureinrichtungen zeigt doch ein anderes Bild, als es der Steuerzahlerbund, viele JournalistInnen, WissenschaftlerInnen und leider auch viele PolitikerInnen vermitteln.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, plädiert zu Recht dafür, mit Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung auf Zukunft zu setzen und damit nicht nur mehr Gerechtigkeit zu bewirken, sondern auch mit volkswirtschaftlicher Vernunft spätere Reparaturkosten – von Jugendhilfe bis Strafvollzug, von Sozialhilfekosten bis Altersarmut zu vermeiden. Dazu bedarf es aber vorsorgender Politikkonzepte und nicht Buchhalterei.

Weiter sind ausreichend konkrete gesetzliche Befugnisse für Veränderungen (u. a. Kartellrecht, Atomrecht) notwendig. Gerade dies haben die Parlamente stark selbst in der Hand. Sie können der Selbstbeschneidung ein Ende setzen. Wie wenig z. B. Appelle oder freiwillige Selbstverpflichtungen bringen, sehen wir regelmäßig.

Ferner brauchen wir als wichtige Handhabe eine Wiedererlangung der Kontrolle über öffentliche Daseinsvorsorge und der natürlichen Monopole. Hier wurden mit vielen Privatisierungen Fehler gemacht. Mangelnder Einfluss ist die eine Kehrseite von Privatisierungen, das Ausnutzen der Monopole durch Private – oder privatwirtschaftlich wirtschaftende, öffentliche Unternehmen die andere Kehrseite. Zum Glück haben dies immer mehr Politikerinnen und Politiker, gerade auch in den Kommunen, erkannt. Zumal oft die Gewinne und Entscheidungskompetenzen zwar privatisiert wurden, die Risiken aber bei der öffentlichen Hand verblieben. Rekommunalisierung, Rückkauf bzw. Kauf von Netzen usw. sind die notwendigen Lehren aus diesen Fehlern, die zunehmend ergriffen werden, auch wenn es nicht immer so einfach ist, einmal Verkaufte zurückzukaufen; zumal sich an den klammen Kassen ja wenig geändert hat – im Gegenteil. Oft ist es aber dennoch möglich und lohnt sich, auch aus finanziellen Gründen.

Die Wiederwahrnehmung von öffentlichen Aufgaben durch die öffentliche Hand beinhaltet aber mehr als nur den Wechsel des Eigentümers: Öffentliche Unternehmen dürfen nicht nach den Kriterien privater Unternehmen geführt werden und auch nicht nach solchen bewertet werden (Bahn, Sozialversicherungen, Bildung, Sozialer Wohnungsbau etc.), sondern müssen den gesellschaftlichen Anforderungen entsprechen: Grundversorgung, gute Bildung usw. – günstige und umweltschonende Mobilität seien hier nur beispielhaft erwähnt. Es spricht nichts gegen Gewinne, sie sollten nur nicht an oberster Stelle der Zielpyramide stehen. Die Rückstufung des Gewinnerzielungsziels für öffentliche Unternehmen ermöglicht dann auch, demokratische Entscheidungen über die Ziele der Unternehmen.

3.2 Demokratisierung der Gesellschaft

Neben der Rückeroberung von klassischen Handlungsräumen bei staatlichen Tätigkeiten, über deren Gestaltung dann klassisch demokratisch entschieden werden kann, sollten auch andere Entscheidungsräume (re-)demokratisiert werden.

Ein wichtiger Aspekt ist dabei der Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung. Deutschland hat eine lange Tradition der betrieblichen Mitbestimmung; doch ist diese vielfach formalisiert, eingeengt oder auf reine Information zusammengeschrumpft. Sie muss neu belebt und deutlich erweitert werden. Bei stärkerer Mitbestimmung können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihr Wissen einbringen und sind stärker in die Entscheidungsprozesse eingebunden. Dies motiviert. Vor allem aber geht es darum, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie keine anderen im Betrieb das langfristige Firmenwohl im Blick haben und damit den kurzfristigen Renditeinteressen etwas entgegensetzen.

Aber auch auf den scheinbar so demokratischen Märkten gilt es, die Macht- und Informationsvorteile, die im Moment meist bei den großen Unternehmen liegen, aufzubrechen und Machtungleichgewichte zu ver-

ringern. Dies betrifft die normalen Gütermärkte, wo die kleinen Unternehmen und die Verbraucherinnen und Verbraucher gestärkt werden müssen. Die Transparenz von Produktionsketten, die Verhinderung und scharfe Ahndung von Absprachen sind nur zwei Stichpunkte auf diesem Gebiet. Es gilt aber natürlich erst recht für den Arbeitsmarkt, wo die Macht von Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und Gewerkschaften deutlich gesteigert werden muss. Mindestlohn ist hier natürlich das entscheidende Stichwort, aber auch Tariftreue und Änderungen bei den sogenannten Hartz-Gesetzen sind nötig, um den Druck auf die Löhne zu nehmen, Lohndumping einzuschränken und öffentliche Aufträge politisch sinnvoll vergeben zu können.

Dazu kommt das viel beachtete Feld der direkten Demokratie, die es ohne Frage auszuweiten gilt. Wobei, wie anfangs erwähnt, natürlich das Problem besteht, dass starke, in Teilen auch finanzkräftige kleine Gruppen dominieren. Aber: Um Bürgerentscheide, Bürgerbeteiligung usw. kommen wir nicht herum – sollten wir auch nicht. Wir müssen da den Kampf um die Köpfe aufnehmen. Und dies, so hat es der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel ja auch angekündigt, bedeutet für die SPD mehr Arbeit – zusätzlich geht es aber noch um weitere Bereiche.

Jenseits von betrieblicher Mitbestimmung und stärkeren Rechten auf bestimmten Märkten, ist es sinnvoll und nötig, weitere Entscheidungsprozesse zu demokratisieren. Dies betrifft insbesondere Entscheidungen über die größeren Entwicklungen in den Regionen, die zu stark in den Händen der Unternehmen und weniger öffentlicher Entscheidungsträger liegen. Hier sehe ich Raum für eine breite Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen, gerade von Vereinen und Verbänden. Wobei es aber weniger um punktuelle Entscheidungen geht, als um einen ständigen, begleitenden Prozess.

Mir geht es um die frühzeitige und nachhaltige Einbindung bei der Politikentwicklung, u. a. bei der Stadtteilentwicklung. Den direkten lokalen Bezug gilt es auszunutzen, um die Bürgerinnen und Bürger wieder an

Mitbestimmung und Mitwirkung heranzuführen. Zusätzlich wird die Identifikation mit und die Verantwortung für das Umfeld gestärkt, sodass ein dauerhaftes Engagement und sich weiter entwickelnde Projekte wahrscheinlich sind. Auch Großprojekte sind – so zeigen die jüngsten Erfahrungen – nur vernünftig und ohne größeren Schaden für die Gesellschaft durchsetzbar, wenn es eine frühzeitige Einbeziehung der Bevölkerung gibt und die Entwicklungs- und Entscheidungsphasen transparent verlaufen.

Ein weiteres Stichwort ist die Wirtschaftsdemokratie. In der SPD gibt es die alte Idee der Wirtschafts- und Sozialräte. Zumindest wenn es um die Wirtschaftsförderung, um die wirtschaftliche Gesamtentwicklung einer Region geht, sollte sie wiederbelebt werden. Dies ist umso notwendiger, als immer deutlicher wird, wie entscheidend das Zusammenwirken von unternehmerischen Entscheidungen, öffentlicher Förderung, Bildungs- und Forschungspolitik, aber u.a. auch Kulturpolitik für eine erfolgreiche Entwicklung einer Region ist.

Unterbelichtet bei der Diskussion um mehr Demokratie erscheint mir, dass es auch darum gehen muss, – gerade wenn ich nicht kleinen Gruppen die Entscheidungen überlassen will – die Bürgerinnen und Bürger zu stärken – demokratiefähiger zu machen.

Dies heißt, allen zu ermöglichen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen (und ihnen dies auch zu billigen), die Teilhabemöglichkeiten zu stärken. Dies hat direkte Auswirkungen zum Beispiel für die Berechnung von Hartz IV. Erst wenn ich es mir finanziell leisten kann, mich in der Gesellschaft, in der Öffentlichkeit, in meinem Viertel, in der Region zu bewegen, entwickle ich Interesse, kann und will ich mitwirken, mitentscheiden.

Das heißt auch, die zeitliche Komponente zu bedenken. Auch unter diesem Gesichtspunkt sind die Arbeitszeitverlängerungen der letzten Jahre kritisch zu betrachten. Wir müssen aber auch den Aufwand für den tägli-

chen Existenzkampf minimieren. Das bedeutet, nicht für jede Leistung Anträge und Nachweise zu verlangen, dies bedeutet, Kinderbetreuungsmöglichkeiten anzubieten und vieles mehr.

Mehr Demokratie fordert auch von der Bildungspolitik neue Leistungen – auch hier eine Demokratisierung, eine stärkere Einbeziehung der Mitwirkenden, Demokratie und Teilhabe theoretisch und praktisch erfahrbar zu machen.

Sozialpolitik gilt als veraltet, während man mit dem Einsatz für mehr Demokratie auf der Höhe der Zeit sei. Ich denke, beides gehört zusammen. Denn auch die Sorge um Armut, Alter und Krankheit bremst Mitwirkung. Eine größere soziale Sicherheit schafft Freiräume für mehr Beteiligung. Dies sollten wir im Hinterkopf haben, wenn es um die Reform der Rentenversicherung, um die Bürgerversicherung und um andere soziale Projekte geht. Mehr Demokratie verlangt eine vernünftige Sozialpolitik. Sie ist keine Alternative.

3.3 Demokratisierung der SPD

Die SPD verliert Mitglieder und die Zahl der Aktiven sinkt noch stärker. Nun gibt es dafür viele Gründe und viele Stellschrauben um dies zu verbessern, doch ist es ohne Zweifel so, dass die Anforderungen an Mitwirkung bei Mitgliedern und potentiellen Mitglieder gestiegen sind und die SPD diese Bedürfnisse aufgreifen muss, um zu überleben. Daneben ist es aber auch für die Partei gut, für ihre programmatische Entwicklung wie für ihre konkrete Politik, wenn wir unsere innerparteiliche Demokratie stärken.

Obwohl ich zuerst skeptisch war und ich mir natürlich letztlich ein anderes Abstimmungsergebnis gewünscht hätte, hat der Mitgliederentscheid über die Spitzenkandidatur Schleswig-Holstein die Parteimitglie-

der in einem hohen – unerwartetem – Ausmaß mobilisiert, motiviert und diese Wirkung auch auf Nichtmitglieder gehabt. Über 5.000 Menschen haben auf über 15 Veranstaltungen die unterschiedlichen Vorstellungen der Bewerber und der Bewerberin verfolgt und mit ihnen über unterschiedliche Politikentwürfe und Politikstile diskutiert. Fast 70 Prozent der Mitglieder haben sich dann an der Briefwahl beteiligt und eindeutig entschieden.

Die SPD zieht ihre Legitimation auch daraus, mehr zu sein als eine reine Regierungspartei und eine Verengung auf Letzteres hat uns Glaubwürdigkeit, Mitglieder und WählerInnen gekostet. Die abgehobene Basta-Politik, die traditionelle Bündnispartner wie die Gewerkschaften ignoriert, ist glücklicherweise beendet. Die SPD muss auch eine Bewegungspartei sein. Aktiv und verankert in den Bewegungen und mit einer Scharnierfunktion in die Parlamente und in die Bewegungen hinein ist der vielversprechendste Weg der SPD. In den Gewerkschaften, der Anti-Atom-Bewegung, in den Schülervertretungen, in Entwicklungshilfeprojekten, überall finden wir Menschen, die nicht nur ihr Leben, sondern auch das der Mehrheit der Menschen verbessern wollen – klassische Bündnispartner und vielfach auch mehr: nämlich eigentlich klassische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Dafür gilt es die Beteiligungsmöglichkeiten auch von Nichtmitgliedern auszuweiten.

Die SPD ist weit mehr als ein Schwamm der unterschiedlichsten Meinungen aus der Bevölkerung aufgreift und bündelt. Wir sind eine Programmpartei mit langer – auch programmatischer Tradition. Eine Partei, deren Positionen unterscheidbar sein müssen, damit klar wird: warum man mit oder gar in der Partei politisch aktiv sein sollte, warum bei uns und nicht woanders. Viel ist beeinflussbar – sonst wäre ja eine Demokratisierung der SPD unnötig – doch einiges eben nicht. Vielleicht ist es ähnlich wie beim Grundgesetz mit einigen unveränderbaren Artikeln.

4. Ohne Politik keine Demokratie

In der Partei wird die Frage der Demokratisierung der Gesellschaft und der Partei intensiv diskutiert. Im Parteivorstand ist Heiko Maaß mit der Zukunftswerkstatt *Demokratie und Freiheit* für diese Themen zuständig. Wobei fünf Leitfragen im Mittelpunkt der Zukunftswerkstatt stehen:

1. *Demokratische Partizipation*: Warum geht die Beteiligung an Wahlen zurück? Brauchen wir neue Elemente der direkten Demokratie? Wie steht es um die individuellen kulturellen und materiellen Voraussetzungen von Demokratie?
2. *Soziale Demokratie und Wirtschaft*: Gibt es ein Primat der Demokratie im Konflikt mit der ökonomischen Logik? Wie berührt die ungleiche Verteilung von Reichtum und Armut die Demokratie? Sind die bestehenden deutschen Instrumente der Wirtschaftsdemokratie noch wirksam? Welche Konsequenzen haben die Globalisierung bzw. Europäisierung der Märkte für die Demokratie?
3. *Freiheit und neue Medien*: Wie kann diese Gesellschaft die Chancen der neuen Medien ergreifen und das Risiko der Fragmentierung von Öffentlichkeit und der Medienkonzentration vermeiden? Wie verändert das Web 2.0 politisches Denken und Handeln?
4. *Barrieren im Politikbetrieb*: Wem gehört die Politik? Funktionieren Parteien als Stimme der Bürgerinnen und Bürger sowie als Akteur der politischen Willensbildung?
5. *Spannungsverhältnis von Sicherheit und Freiheit*: Wie kann ein moderner sozialdemokratischer Freiheitsbegriff definiert werden? Wie schützen wir uns vor Bedrohung und vor Einschränkung persönlicher Freiheit?

Viele der hier jetzt aufgeführten Fragen habe ich versucht, in meinem Vortrag anzusprechen. Vieles muss noch intensiv diskutiert werden.

Letztlich ist es wichtig, keine Pseudodemokratie aufzubauen. Dies gilt für alle Bereiche. Wenn wir Mitbestimmungsrechte ausweiten wollen, muss es auch etwas geben, worüber zu entscheiden ist und eine Form gefunden werden, dass Meinungen auch eine Bedeutung haben. Allerdings sollte man sich auch darüber im Klaren sein, dass man sich in ein Spannungsverhältnis zu den Strukturen der parlamentarischen Demokratie begibt und auch der innerparteilichen Demokratie. Welche Stellung haben Mitglieder gegenüber Nichtmitgliedern, welche Stellung haben Delegierte, gegenüber Mitgliederentscheiden oder Urwahlen, welche Stellung haben Bürgerentscheide gegenüber Entscheidungen der Parlamentarier?

Außerdem stellt sich jetzt im Zuge des enormen Umgestaltungsbedarfes hin zu mehr erneuerbaren Energien die Frage: Wie lange dürfen Entscheidungsprozesse dauern, wie stark dürfen lokale Interessen notwendige Entwicklungen aufhalten – oder ist gerade hier die Bewährungsprobe für die direkte Demokratie?

III. Roundtable

„Demokratie und Gesellschaft“

Einführung
Impulsreferate
Statements

Cornelius Schley

Einführung zum Roundtable „Demokratie und Gesellschaft“

Politikverdrossenheit und *Demokratieferne* der Bürgerinnen und Bürger und die dahinter stehenden Ursachen sind Phänomene, die schon seit geraumer Zeit die Diskussion um die Zukunft der Demokratie in Deutschland beherrschen. Sie sind Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen und schlagen sich in Kommentaren zur Wahlbeteiligung nieder. Die politischen Parteien – denen in unserer Verfassung eine wichtige Rolle bei der Organisation der politischen Willensbildung zugewiesen ist – beschäftigen sich damit, seit ihre Akzeptanz in eben dieser Funktion bei der Bevölkerung bedroht ist und weil sinkende Mitgliederzahlen ihre Handlungsfähigkeit beeinträchtigen. Ihr Erkenntnisinteresse ist vor allem darauf gerichtet, ihre Funktion im Willensbildungsprozess der liberalen Demokratie wieder herzustellen.

Seit *Stuttgart 21* und mehr noch seit der Katastrophe von Fukushima ist nun noch ein weiteres Schlagwort dazu gekommen: das des *Wutbürgers*. Genauso wie die Etiketten, die den Ausstieg einer wachsenden Zahl von Wahlverweigerern aus den demokratischen Willensbildungsprozessen beschreiben, vernebelt aber auch dieser Begriff die hinter diesen Phänomenen stehende tief greifende Legitimationskrise der liberalen Demokratie. Bei scharfem Hinsehen handelt es sich nämlich genauso wenig um ein Abwenden *von* der Politik, wie um zivilen Ungehorsam *gegen* die Politik, sondern um unterschiedliche Ausdrucksformen einer tiefen Unzufriedenheit, um den Protest gegen die als defizitär wahrgenommene aktuelle Ausprägung der liberalen Demokratie in Deutschland. Diese Reaktion ist nicht unpolitisch, sie ist eminent politisch. Die Auslöser dieses Protestes, die Folgen der Agenda 2010, die soziale Schieflage der Maß-

nahmen zur Bewältigung der Finanzkrise und die im politischen ‚Hinterstübchen‘ ausgehandelte Verlängerung der AKW-Laufzeiten im Herbst 2010 in Verbindung mit der darauf folgende Katastrophe von Fukushima – um nur einige Anknüpfungspunkte zu nennen – verweisen dabei auf den fundamentalen Charakter dieser Kritik.

Im Kern steht dahinter die Erfahrung, dass die liberale Demokratie nicht in der Lage ist, in ausreichendem Maß die Interessen aller sozialen Schichten und Milieus aufzunehmen und zu berücksichtigen. Damit richten sich diese Proteste nicht etwa nur gegen Fehlfunktionen einzelner oder mehrerer institutionell geregelter Verfahren des Aggregates *liberale Demokratie*. Sie richten sich grundlegend gegen deren „normative Intuition“ (Embacher: o.J.), gegen ihre in einem emanzipatorischen Entwicklungsprozess historisch gewachsene zentrale Verheißung. Claus Offe fasst die zentralen Elemente dieser normativen Intuition und ihre historische Genese so zusammen:

„Diese Grundsätze der Freiheit (als Schutz vor Staatsgewalt, bewirkt durch Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung), der politischen Gleichheit (als faire und egalitäre Mitwirkung an der Ausübung der Staatsgewalt) und der verantwortlichen und effektiven Gewährleistung von Sicherheit (als universalistische Teilhabe an den Leistungen der Staatsgewalt) sind dieselben, die sich als das kumulative Ergebnis der politischen Modernisierungsprozesse im Westen im 18. und 20. Jahrhundert herausgebildet haben (vgl. T. H. Marshall) und die sich in der Verfassungsformel vom freiheitlichen und demokratischen Sozialstaat wieder finden“ (Offe 2003: 12).

Vor diesem Hintergrund kann sich eine Debatte über die *Zukunft der Demokratie* nicht auf Vorschläge über eine Veränderung der Aggregate des demokratischen Staates oder eine Veränderung der Mechanismen der Willensbildung beschränken. Entsprechende Veränderungen können höchstens als Hilfsmittel verstanden werden. Vielmehr muss zunächst das gesellschaftliche Verständnis von Demokratie neu geklärt werden. Erst auf dieser Prämisse kann das Nachdenken über veränderte Instrumente der demokratischen Willensbildung beginnen. Wenn *Demokratie*

als fortschrittliches Projekt erhalten werden soll, dann gibt es dazu keine Alternative. Die bei Offe als grundlegend für das Modell der liberalen Demokratie extrahierten Kriterien müssen wieder als allgemeingültige Maxime in Kraft gesetzt und über alle Schichten der Gesellschaft hinweg als handlungsleitendes Normativ akzeptiert werden.

Dieser Ansatz ist nun nicht etwa dem ‚Elfenbeinturm‘ der politischen Wissenschaft oder gar den Hirnen von idealistischen Protagonisten eines utopischen Begriffs von einem demokratischen Gemeinwesen entsprungen. Er hat offensichtlich immer noch einen Platz im gesellschaftlichen Bewusstsein über die Funktionsbedingungen der liberalen Demokratie. Dies zeigt sich zumindest im Bericht der *Ethik-Kommission – Sichere Energieversorgung*. Sie fordert als Voraussetzung für das Gelingen des Ausstiegs aus der Atomindustrie einen umfassenden gesellschaftlichen Dialog- und Willensbildungsprozess ein:

„Der Übergang in ein Zeitalter einer konsequenten Verbesserung der Energieeffizienz und zur Nutzung erneuerbarer Energien ist ein Prozess, der die gesamte Gesellschaft fordert. Er verlangt – und ermöglicht – Partizipation, Überzeugung und Entscheidungen vieler Menschen in den Parlamenten und Regierungen, in den Städten und Gemeinden, an den Universitäten, den Schulen, den Unternehmen und Institutionen. (...) Vor allem bietet der gesellschaftliche Diskurs (...) die Chance, die schädliche Atmosphäre zu beseitigen, in die unsere Gesellschaft durch die Auseinandersetzung über die Kernenergie geraten ist. (...) Nur mit einem solchen Prozess ist ein weitreichender Konsens über die Basis und Zukunft von Wohlstand, die Idee des Fortschritts und die Risikobereitschaft und Sicherheit zu erzielen. Demokratische Gesellschaften brauchen für anspruchsvolle, gesellschaftliche Veränderungen einen derartigen Konsens“ (Ethik-Kommission 2011: 9).

In die Koalitionsvereinbarungen zum Atomausstieg zwischen CDU/CSU und FDP finden diese Prinzipien allerdings keinen Eingang. Dies lässt darauf schließen, dass innerhalb der konservativen und neoliberalen politischen Strömungen und Parteien diese Vorstellungen über die Prinzipien einer liberalen Demokratie nicht geteilt oder als zu vernachlässigende Elemente erachtet werden.

Anders hingegen positioniert sich die Sozialdemokratie. Die SPD als ‚politischer Arm‘ dieser gesellschaftlichen Strömung übernimmt in ihre Standortbestimmung zum Atomausstieg zumindest die institutionalisierten Instrumente aus dem Vorschlag des Ethikrates, wie den „Parlamentarischen Beauftragten für die Energiewende“ und das „Nationale Forum Energiewende“ (ebd.: 26). Der demokratiethoretische Impetus, der diesen Institutionen beim Ethikrat unterlegt ist, wird jedoch vernachlässigt (vgl. SPD-Parteivorstand 2011b: 5, 10).

Eine ähnlich verkürzte Position findet sich auch im Beschluss des Bundesvorstandes der SPD *Mehr Demokratie leben – Herausforderungen der parlamentarischen Demokratie*, der sich explizit mit der Krise der liberalen Demokratie befasst. In dem die Defizite analysierenden ersten Abschnitt des Beschlusses wird noch auf die Verletzung der Elemente der normativen Intuition als ursächlich für die Krise abgehoben und festgestellt:

„dass Freiheit und Demokratie ihre dauerhaften Grundlagen vor allem in einer sozial sicheren, gerechten und solidarischen Gesellschaft finden. Genau deshalb bedeutet ‚mehr Demokratie leben‘ auch die in Deutschland bestehenden ökonomischen Ungerechtigkeiten, die sich in den letzten Jahren sogar zunehmend verschärft haben, zu bekämpfen“ (SPD-Parteivorstand 2011a: 2).

Daraus wird dann der Schluss gezogen:

„Wir wollen durch unsere eigene politische Arbeit dazu beitragen, dass wieder alle Menschen in Deutschland teilhaben an der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes, dass wirtschaftlicher Fortschritt auch sozialen, kulturellen und ökologischen Fortschritt bringt. Das reicht jedoch nicht aus. Wir müssen und wollen auch die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten an diesen politischen Prozessen erweitern“ (ebd.: 3).

Mit den letzten beiden Sätzen werden jedoch die gesamte Analyse und die darauf abgeleiteten Handlungsmaxime völlig auf den Kopf gestellt. Folgerichtig befassen sich die darauf folgenden fünfzehn Seiten des achtzehn Seiten langen Beschlusses im Kern auch nur mit diesen Aggregat-Aspekten unter dem Primat einer Verbesserung der Instrumente der

direkten Demokratie. Im Mittelpunkt stehen die Erleichterung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden sowie Vorkehrungen für mehr Transparenz der politischen Entscheidungsabläufe. Vernachlässigt wird jedoch schon in der Analyse, aber vor allem im handlungsleitenden Teil, eine genauere Untersuchung der gesellschaftlichen Triebkräfte und der neoliberalen Umdeutungen demokratischer Prinzipien, die ursächlich dafür sind, dass eine wachsende Anzahl von Menschen ihre Interessen nicht mehr in den politischen Entscheidungen der Aggregate der liberalen Demokratie aufgehoben sehen. Entsprechend finden sich hierzu über die Eingangssätze hinaus – ausgenommen wenige Maßnahmen zum Eindämmen des Lobbyismus – im weiteren Verlauf des Beschlusses auch keine durchschlagenden Handlungsansätze (vgl. ebd. 3ff.).

Dabei sollte gerade die Sozialdemokratie es besser wissen – zumindest aber besser wissen können. Ein kurzer Rückblick auf die Formulierungen weichenstellender Parteiprogramme macht dies deutlich. So heißt es im *Gothaer Programm* von 1875:

„Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerschlagung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit“ (Miller/Potthoff 1983: 287).

Das *Godesberger Programm* von 1959 formuliert es noch klarer als dieses, auf einem Kompromiss zwischen den Anhängern Lassalles und der marxistischen Strömung innerhalb der damaligen Sozialdemokratie, beruhende Programm:

„Im demokratischen Staat muß sich jede Macht öffentlicher Kontrolle fügen. Das Interesse der Gesamtheit muß über dem Einzelinteresse stehen. In der von Gewinn- und Machstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der demokratische Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung“ (ebd.: 310).

Mit anderen Worten: In der liberalen Demokratie – verschärft noch durch die aktuelle Konstellation der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse – ist die Einlösung der normativen Intuition einer demokratischen Gesellschaft nur über die ständige Vergegenwärtigung des Widerspruchs zwischen den demokratischen Verheißungen des ‚politischen Überbaues‘ und den ‚Treibkräften der ökonomischen Basis‘, bei gleichzeitig stetem und beharrlichem Einsatz für die Realisierung der normativen Grundlagen von Gleichheit, Freiheit und Solidarität, möglich. Aus welchem anderen Grund sollten denn auch die Verlierer der Spaltung der Gesellschaft in *arm* und *reich* oder *einflusslos* und *einflussreich* mit auf den Zug für eine Erneuerung der liberalen Demokratie aufsteigen?

Anzumerken wäre letztlich noch, dass eben dieser Widerspruch in der liberalen Demokratie letztlich nicht völlig aufhebbar ist und deshalb dem notwendigen Erneuerungsprozess tendenziell auch ein systemtranszendierendes Potential immanent ist.

Die nachfolgenden beiden Impulsreferate und die drei Diskussionsbeiträge zum Roundtable *Demokratie und Gesellschaft* leuchten dieses Spannungsfeld und die bisherigen Defizite der Diskussion um die Erneuerung der liberalen Demokratie aus unterschiedlichen Blickwinkeln aus. Sie zeigen auf, welche gesellschaftlichen Brüche der Diskussion unterlegt sind, mit welchen gesellschaftlichen Gruppierungen ein solcher Prozess in Gang gesetzt werden könnte und welche Wege dazu geeignet erscheinen¹⁰.

Birgit Mahnkopf sieht den Hintergrund für die Krise der liberalen Demokratie im Aufeinanderprallen zweier Megatrends der Gegenwart: der ökonomischen Globalisierung und der ökologischen Krise. Dieser zu neuen gesellschaftlichen Konfliktfeldern führende Widerspruch hat demnach

10 An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass die hier dokumentierte Tagung vor der Katastrophe von Fukushima stattgefunden hat. Bezüge dazu wurden im Nachhinein dazugefügt, passen sich aber durchaus in die Systematik der Analysen ein.

die Bedingungen für die in der Vergangenheit wirksamen Mechanismen zur Versöhnung zwischen Kapitalismus, Wohlstand für breite Massen und Demokratie obsolet werden lassen. Steigendes ökonomisches Wachstum zum Abfedern der sozialen Fragen ist nicht mehr möglich. Der Widerspruch produziert deshalb objektive gesellschaftliche Konflikte deren Schockwellen sich auf die politischen Spielräume der Entscheidungsträger und auf das Alltagserleben der Menschen auswirken. Einerseits sind Handlungsmuster wie langwierige Verhandlungen und das ‚Aussitzen‘ von Problemen nicht mehr möglich, sie gehören aber gleichzeitig zum ‚Alltag‘ der liberalen Demokratie. Das Festhalten an diesen Mustern ist deshalb nicht geeignet, die global verheerenden Folgen der ökologischen Krise zu bewältigen und es vertieft zugleich bei den Menschen das Erleben der liberalen Demokratie als nicht handlungsfähiges System. Entlang dieser Verwerfungslinien beschreibt sie mögliche Perspektiven für die Entwicklung einer partizipativen Demokratie.

Michael Vester prognostiziert in seinem Beitrag Chancen für die Weiterentwicklung der liberalen Demokratie hin zu einem partizipatorischen Wohlfahrtsstaat. Anhand der Ergebnisse von Untersuchungen zur Alltagsmoral und politischem Bewusstsein nach dem Modell der Milieustudien diagnostiziert er in den modernen und gebildeten Milieufractionen die Neubildung eines gesellschaftlichen Veränderungspotentials. Die Angehörigen dieser Milieufractionen klagen zunehmend mehr soziale Gerechtigkeit und demokratische Partizipation ein und sind bereit, sich dafür auch gesellschaftlich zu engagieren. Die auslösenden Faktoren für diese Entwicklung macht er in den Grenzen des neoliberalen Gesellschaftsmodells und der auf dieser Grundlage Politik betreibenden Parteien aus, die nicht mehr in der Lage sind, die gesellschaftlichen Konflikte zu beherrschen, gleichzeitig aber mit der ‚Arroganz der Macht‘ an den bisherigen Strukturen der gesellschaftlichen Willensbildung festhalten. Allerdings gibt es für ihn keinen Automatismus der Veränderungen, die Chancen und Grenzen dafür hängen von der weiteren Entwicklung der gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Rahmenbedingun-

gen und Kräfteverhältnisse ab. Aufgabe der an einer Weiterentwicklung der Demokratie interessierten politischen Kräfte muss es deshalb sein, so lässt sich implizit schließen, die Spielräume für eine aktive Bürgerbeteiligung weiter zu öffnen.

Marlene Werfl von Attac bringt mit ihrer Intervention im Roundtable den Appell an die politischen Akteure ein, durch ihre Arbeit die Verfügungsräume für demokratische Interventionen offen zu halten. Sie weist darauf hin, dass es jetzt schon stärkere Kräfte gibt, die durch ihre Aktivitäten diese Räume auch nutzen können, um die Freiräume für demokratische Interventionen zu erweitern. Ein weiterer interessanter Aspekt ihres Beitrages sind die Ausführungen über alternative Modelle zum Prinzip der Mehrheitsbeschlüsse.

Adrian Schäfer legt als ehemaliger Schülervertreter und kommunalpolitisch Aktiver den Finger auf die Stellen, bei denen durch gesellschaftliche Fehlentwicklungen, aber auch durch unmittelbare Möglichkeiten demokratischer Beteiligung das Prinzip der „Demokratie als Lebensform“ im Sinne Oskar Negts (2010) als wichtige Lernräume für den Erwerb einer individuellen demokratischen Haltung und die Entwicklung einer demokratischen Kultur befördert oder beschnitten werden.

Kritische Anmerkungen zur Politik der SPD bringt der Juso-Bundesvorsitzende Sascha Vogt in die Diskussion ein. Er plädiert dafür, innerhalb der SPD als Beitrag zur Überwindung der Krise der Demokratie nicht zuerst nur auf mehr Bürgerbeteiligung zu setzen, sondern sich mit den im Alltagserleben der Menschen entstandenen politischen Gründen für die Entfremdung von Menschen und Politik zu beschäftigen. Aufgabe der SPD ist es aus seiner Sicht, sich aus dem Immobilismus der scheinbaren Alternativlosigkeit bei der Lösung von politischen Problemen zu lösen und sich wieder auf die eigenen Grundwerte als Richtschnur bei der Lösung politischer Alltagsprobleme zu besinnen. Dazu umreißt er kurz die Grundlinien eines ‚echten‘ sozialdemokratischen Programms aus Sicht der Jungsozialisten.

Literaturverzeichnis

- Embacher, Serge (o.J.): Demokratische Beteiligungsprozesse initiieren, solidarisches Denken und Handeln fördern. Neue Strategien für Parteien und Gewerkschaften. In: Wiso Diskurs, Expertisen im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Ethik-Kommission – Sichere Energieversorgung (2011): Deutschlands Energiewende – Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft. Bericht im Auftrag der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Berlin.
- Miller, Susanne/Potthoff, Heinrich (1983): Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848-1983. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.
- Negt, Oskar (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen: Steidl.
- Offe, Claus (2003): Reformbedarf und Reformoptionen der Demokratie, In: Offe, Claus (Hrsg.): Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 9-23.
- SPD-Parteivorstand (2011a): Beschluss „Mehr Demokratie leben“ – Herausforderungen der Parlamentarischen Demokratie, Mitteilungen für die Presse 093/11. (www.spd.de/aktuelles/Pressemitteilungen/).
- SPD-Parteivorstand (2011b): Die Energiewende in Deutschland: bürger-nah, wirtschaftlich erfolgreich, sozial gerecht und ökologisch verantwortlich. In: Aktuell vom 30. Mai 2011. Berlin: Eigenverlag.

Birgit Mahnkopf

***Impuls:* Über die liberale Demokratie hinaus: Perspektiven partizipativer Demokratie unter den Restriktionen der Umweltkrise**

Jede Debatte über die *Zukunft der Demokratie* und die *Demokratie in der Zukunft* setzt eine Verständigung über die Funktionsbedingungen der Demokratie in den weiter zurück liegenden Jahrzehnten voraus. Darüber hinaus wird die Ausrichtung der Debatte davon beeinflusst sein, welche zukünftigen Entwicklungen wir für die Gesellschaft insgesamt und für die Wirtschaft im Besonderen für wahrscheinlich und für erstrebenswert erachten. Bevor über Ansätze, Modelle und Träger eines Prozesses der Transformation liberaler Demokratien hin zu einer beteiligungsorientierten Bürgerdemokratie fruchtbar gestritten werden kann, sollte jedoch zunächst über zweierlei Klarheit bestehen: erstens weshalb das Junktim von ökonomischer Entwicklung, sozialer Wohlfahrt und demokratischer Ordnung, welches dem *sozialdemokratischen Projekt* der Vergangenheit zugrunde gelegen hat, heute unwiderruflich aufgelöst ist; zweitens welche Rolle wir demokratischen Willensbildungsprozessen für die in den kommenden Jahren anstehende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu einer post-fossilen (und post-nuklearen) Gesellschaftsordnung beimessen.

Auf die Rahmenbedingungen, die eine historisch einmalige enge Verknüpfung von hohem wirtschaftlichen Wachstum, sozialen Fortschritten und politischer Demokratisierung insbesondere der westdeutschen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts möglich gemacht haben, kann hier nicht eingegangen werden. Meine zugespitzte Leitthese lässt sich indes vielleicht auch ohne diesbezügliche Ausführungen nachvollziehen; sie lautet: Angesichts der sich dramatisch zuspitzenden Umweltkrise – die ebenso eine Klimakrise, eine Krise der Biodiversität, eine

Ernährungskrise und eine Energiekrise ist – kann es sich keine politische Kraft mehr leisten (weder in Deutschland noch sonst wo in Europa), die Lösung der *sozialen Frage* – die heute andere Facetten, aber sicherlich kein geringeres Gewicht als im 19. Jahrhundert hat – auf Kosten einer weiteren Zuspitzung der *ökologischen Frage* zu betreiben.

Doch genau diese auf längere Frist wahrhaft tödliche Rezeptur war die Grundlage des sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Modernisierungsprojekts einer Versöhnung von Kapitalismus, Wohlstand für breite Massen und Demokratie im 20. Jahrhundert. In den Nachkriegsjahrzehnten konnte die Frage der kapitalistischen Eigentumsordnung ebenso umschifft, wie harte Verteilungskämpfe abgemildert wo nicht vermieden werden – weil Unternehmen, der Staat, die ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften gemeinsam daran mitwirkten, den ‚Kuchen‘ des wirtschaftlichen Produktes immer größer zu ‚backen‘. So wurde dafür gesorgt, dass auch die eigentumslosen BürgerInnen im Vergleich zu früheren Zeiten und zu anderen Ökonomien ein größeres Stück erhielten – sei es in der Form individueller Einkommen aus Erwerbsarbeit, als Transferleistungen oder in der Form wachsender Soziallohnbestandteile, also über den universellen und gleichen Zugang zu Gütern und Diensten der Daseinsvorsorge. An den Eigentums- und Verteilungsstrukturen des kapitalistischen Modells musste daher nicht gerüttelt werden.

Doch angesichts von Umweltkrise und ‚peak everything‘ – also dem absehbaren Ende der Verfügbarkeit von billigen energetischen und anderen, für unser Wirtschaftsmodell unverzichtbaren, mineralischen und agrarischen Rohstoffen – verlangt die Verteilungsfrage zu Beginn des 21. Jahrhunderts (sowohl im nationalen wie im globalen Maßstab) nach anderen Antworten als im „kurzen sozialdemokratischen Jahrhundert“ (Hobsbawm).

Zunächst müssen wir uns die Restriktionen vergegenwärtigen, die von den beiden Megatrends der Gegenwart ausgehen: von der ökonomischen Globalisierung und von der ökologischen Krise. Die ökonomische Glo-

balisierung verbindet sich mit dem Zwang zur Steigerung von Effektivität und Effizienz und mit der Steigerung von Produktivität und Profit. Damit gehen sowohl die Ausweitung von Kredit und Schulden als auch die Steigerung und Beschleunigung von Produktion und Konsum einher. Die ökologische Krise hingegen verlangt zu ihrer Bewältigung eine gewaltige (bis zu 90 prozentige) Reduzierung des Verbrauchs von Ressourcen und der Senkung von Emissionen. Während die ökonomische Globalisierung auf eine globale Ausdehnung von Märkten und auf die Beschleunigung aller ökonomischen, technischen und sozialen Prozesse angelegt ist, verlangt eine angemessene Reaktion auf die ökologische Krise nach räumlicher Begrenzung und nach einer Verringerung (ergo auch Verlangsamung) von Produktion, Mobilität und Konsum. Hinzu kommt, dass die ökonomische Krise zu einer tiefen Krise der liberalen Demokratie geführt hat. Denn „unverfasste Mächte“ – große Wirtschaftsunternehmen, Lobbyisten, Medienunternehmen, Law Firms und Rating-Agenturen – nehmen in informellen Gremien und Netzwerken von Experten auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss und entziehen diese der demokratischen Kontrolle durch Parlamente. Das führt dazu, dass die Bürger immer weniger wissen, wer, auf welchen Ebenen, mit welchen Mitteln und mit welchen Effekten die *Macht im Staate* ausübt. Auf der anderen Seite geht die ökologische Krise mit der Gefahr einher, dass bei ‚business as usual‘ paternalistische, technokratische, expertokratische und/oder autoritäre Lösungen präferiert werden, um mit den Folgen der ökologischen Krise und der sich zuspitzenden Konflikte um bezahlbare Energieträger und mineralische wie agrarische Rohstoffe fertig zu werden. Beides: die Unterhöhlung der liberalen Demokratie durch die ökonomische Globalisierung und die Gefahr, dass Antworten auf die ökologische Krise gefunden werden, die mit Prozessen demokratischer Willensbildung und Entscheidungsfindung nicht vereinbar sind, verstärkt Prozesse der Entpolitisierung.

In der aktuellen Debatte über *postdemokratische Entwicklungen* wird sogar mit der Möglichkeit gerechnet, dass ein Mehr an Demokratie, also die Ausweitung von partizipativen Elementen, die Umweltkrise noch ver-

stärken könnte – weil sich Mehrheiten für eine umweltschädliche Politik leichter finden lassen, als Mehrheiten für eine Politik der Selbstbegrenzung. Jedenfalls sind Demokratie und ökologische Politik nicht leicht miteinander in Einklang zu bringen, denn sie unterliegen ganz unterschiedlichen Zwängen (vgl. Blühdorn 2010: 47): Die Demokratie ist grundsätzlich anthropozentrisch, sie gibt menschlichem Verständnis und Willen eine Stimme. Während die bio-physische Welt grundsätzlich keine Stimme hat; im politischen Prozess erlangt diese nur dann Gewicht, wenn Menschen ihr eine Stimme verleihen. Während die Demokratie mit der Ausweitung von politischen, bürgerlichen und sozialen Rechten auf Freiheitsgewinne des Einzelnen zielt, verlangt ökologische Politik nach Entscheidungen, die eine sehr große Zahl von Menschen und vor allem auch andere Lebewesen betreffen und die nicht selten mit Einschränkungen persönlicher Freiheiten und mit Begrenzungen von materiellen Erwartungen einhergehen. Während die Demokratie der Gegenwart stets Priorität vor dem Denken and Handeln in längerer Perspektive einräumt und dazu neigt, komplexe Wirkungszusammenhänge in eigenständige Politikfelder zu parzellieren, lässt sich ökologische Politik grundsätzlich nur mit dem Blick auf lange Zeithorizonte und komplexe Wirkungszusammenhänge betreiben. Grundsätzlich ist die Demokratie auf den Nationalstaat oder wie im Falle der EU, auf supranationale Gebilde beschränkt; hingegen muss ökologische Politik die engen Grenzen politischer Einheiten immer überschreiten. Die Demokratie ist durch einen immanenten Zwang zu Kompromiss und Konsensbildung gekennzeichnet und daher ist sie sehr langsam, ja sie wird mit der in Folge der ökonomischen Globalisierung stetig wachsenden Komplexität sogar immer langsamer (vgl. Laux/Rosa 2009). Demokratische Verfahren begünstigen das Hinauszögern und Abwarten von Entscheidungen, ja das ‚Aus-sitzen‘ von Entscheidungen – bis zu dem Moment, da ein ‚window of opportunity‘ sich öffnet. Dies kann sogar Ausdruck besonders kluger Politik

11 Wie sie der großartige Politiker Hermann Scheer verfolgt hat – als er die Gunst einer Stunde zu nutzen wusste, um das Gesetz über den Vorrang der Erneuerbaren Energien auf den Weg zu bringen.

sein¹¹. Während umgekehrt dort, wo politische Entscheidungen durch die Konstruktion und Pflege informeller Netzwerke beschleunigt werden, dies meist auf Kosten demokratischer Willensbildungsprozesse geht. Hingegen sind Kompromisse und langwierige Verhandlungen an den ‚Kippunkten‘ der Ökosysteme, wenn der Klimawandel als Treiber gesellschaftlicher Destabilisierung wirkt und als Bedrohung für die internationale Sicherheit wahrgenommen wird (vgl. WBGU 2008), keineswegs zielführend. Ganz im Gegenteil: das im Alltag liberaler Demokratien praktizierte ‚Aussetzen‘ und Warten darauf, dass ein ‚window of opportunity‘ sich öffnen möge, kann angesichts der wachsenden Konfliktrisiken, die mit gravierenden Umweltveränderungen einher gehen, fatale Folgen zeitigen. Dass die Demokratie die Mehrheit zu Wort kommen lässt, ist unter dem Blickpunkt ökologischer Politik auch kein Grund zur Beruhigung, denn ökologische Politik kann an falschen Mehrheitsentscheidungen scheitern. Darüber hinaus ist die Tendenz zur Externalisierung ökonomischer und sozialer Kosten in der Demokratie gleichsam strukturell verankert, während die ökologischen Folgen unserer Wirtschafts- und Lebensweise sich bekanntermaßen nicht externalisieren lassen – weil uns kein zweiter Planet zur Verfügung steht.

Trotz der skizzierten Schwierigkeiten, die die widerstreitenden Prinzipien und inhärenten Restriktionen von Demokratie und ökologischer Politik aufwerfen, lautet meine zweite These: Die Transformation zu einem post-fossilen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das zum einen ressourceneffizient sein muss (also pro Einheit des BIP weniger natürliche Ressourcen verbrauchen und weniger klimaschädliche Emissionen freisetzen darf), das aber vor allem bis zu 90 Prozent (bei den fossilen Energieträgern) der heute vernutzten Ressourcen einsparen muss – und dies in absoluten Größen – kann mit ‚business as usual‘ nicht erreicht werden. Ganz im Gegenteil: ‚business as usual‘ führt in die Katastrophe, weil die absehbaren sozialen Verwerfungen (Arbeitslosigkeit, Zerfall der sozialen Sicherungssysteme, die Pauperisierung) vor allem in den westlichen Industrieländern zukünftig nicht mehr durch steigende ökonomische Erträge abgefedert werden dürften. Daher ist eine außergewöhnliche

Kraftanstrengung in kurzer Frist verlangt. Diese kann allein durch autonome, partizipatorische, demokratische Prozesse bewerkstelligt werden; nicht aber durch paternalistische oder gar autokratische Lösungen, etwa durch die Etablierung des Staates als allmächtigen Akteur bereichsübergreifender Krisenpolitik oder durch technokratische und expertokratische Lösungen nach dem Modell eines ‚Rats der Weisen alten Männer‘.

Der erforderliche Transformationsprozess gleicht einer „Entdeckungsreise“ (Wright 2010), bei der Politiker, Wissenschaftler, Wirtschaftslenker nur bedingt einsetzbar sind. Im besten Fall kennen sie, wie alle anderen auch, die Richtung, in die die Reise gehen soll – doch stehen ihnen ebenso wenig wie allen anderen irgendwelche Karten zur Verfügung. Daher sind sie darauf angewiesen, dass im Gesamt der Gesellschaft die Fähigkeit wächst, die Veränderungen zu antizipieren, die der unvermeidliche Wandel mit sich bringt und dass die Elastizität der gesellschaftlichen Systeme, auf Schocks zu reagieren, sich erhöht.

Um diese Aufgaben bewältigen zu können, wären zunächst und mit der gebotenen Eile ergebnisoffene, gesellschaftsweite Debatten zu beginnen – über ein Leben nach dem billigen Öl, nach der Automobilität, nach den billigen Lebensmitteln und vermutlich auch darüber, wie ein Leben nach dem Ende des Kapitalismus aussehen könnte. Erst auf der Basis solcher Debatten lässt sich eine Verdichtung derselben zu normativen Leitbildern in Angriff nehmen. Diese müssten dann im Rahmen der dafür geeigneten demokratischen Institutionen in konkrete politische Ziele übersetzt und mit den passenden Instrumenten versehen werden. Das übergreifende Leitmotiv aber fände sich in der gemeinsamen Suche nach einer neuen Balance des Verhältnisses von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Auch wenn sich Verlauf und Dynamik eines solchen Prozesses nicht antizipieren lassen, so können doch einige wenige Mosaiksteine für das normative Terrain partizipatorischer Demokratie schon heute benannt werden. Im Kern wird es darum gehen, dem Markt politisch gewollte

Ziele vorzugeben: Zum einen muss wohl darüber entschieden werden, was der begrenzten Rationalität des Marktes und was der gesellschaftlichen Planung und Kontrolle unterworfen sein soll. Dann müsste es darum gehen, das Gemeinwohl zum Leitfaden gesellschaftlicher Prozesse zu machen und den Wettbewerb zugunsten von gesellschaftlicher Kooperation, Planung und Steuerung einzugrenzen (vgl. Mahnkopf 2010). Dies schließt eine Konzentration öffentlicher Subventionen auf die Förderung öffentlicher Aufgaben und die Wiederbelebung des öffentlichen Raums mit ein. Zudem ist es unabweisbar, dass Gemeingüter wie Wasser, Luft, Boden und Meere durch Verbote und deren ebenso strikte Verfolgung vor Übernutzung geschützt werden und ihrer Kommodifizierung und Privatisierung entgegengesteuert wird. Unumstritten dürfte weiterhin sein, dass die Finanzwirtschaft in eine dienende Funktion für die reale Ökonomie zurückgeführt und in regionale Kontexte zurückgebunden werden muss. Ebenso unabweislich ist eine Politik der ‚De-Karbonisierung‘, die quer durch alle politischen Ressorts und bei allen Gesetzesvorhaben zu verfolgen wäre; denn nur so lässt sich tatsächlich eine gewisse Kohärenz zwischen den ökologischen Restriktionen und der jeweils verfolgten Wirtschafts-, Handels-, Investitions-, Agrar-, Verkehrs- und Raumplanungspolitik herstellen.

Nichts davon kann im Vertrauen auf ‚technischen Fortschritt‘ vertagt werden und oder gar als ein ‚Elitenprojekt‘ realisiert werden. Eine Chance auf Realisierung hätte das große Transformationsprojekt nur, wenn auf allen Ebenen mehr partizipatorische Elemente in politische Entscheidungsprozesse, bei der Durchführung der anstehenden Umbaumaßnahmen und bei der Kontrolle und Regulierung derselben eingeführt werden. Eigeninitiative, Bürgerbeteiligung, demokratische ‚Selbstermächtigung der Individuen‘ sind unentbehrliche Voraussetzungen dafür, dass der Transformationsprozess noch rechtzeitig in Gang kommt.

Ganz aussichtslos sind die Chancen für eine Realisierung desselben wohl nicht. Denn es gibt viele Beispiele dafür, wie Bürger schon heute die *öffentliche Sache* in die eigenen Hände nehmen: In vielen Ländern innerhalb und außerhalb Europas, aber immer noch selten in Deutschland,

findet eine Wiederbelebung der Kooperativen statt. Partizipative Budgets auf kommunaler Ebene werden heute auch in einigen wenigen deutschen Kommunen eingeführt. Die Bewegung der ‚Transition Towns‘ erfreut sich vor allem in Großbritannien und in den USA wachsender Verbreitung; in Deutschland ist dies bislang nicht der Fall. Hierzulande lässt indes eine andere Entwicklung hoffen: die wachsende Zahl *energieautarker Kommunen*; bei diesen handelt es sich in der Tat um ein bislang wenig beachtetes, aber tatsächlich zukunftsfähiges *deutsches Exportmodell*. Hinzu kommen zahlreiche Beispiele der *Einmischung engagierter BürgerInnen in Infrastrukturplanungen*, die gegen Prinzipien der ökologischen Nachhaltigkeit und/oder selbst gegen ökonomische Effizienzkalküle verstoßen und die zudem oft Ausdruck selbtherrlicher Ignoranz der gewählten (und vor allem auch der nicht-gewählten) Entscheidungsträger aus Politik (und Wirtschaft) sind. Hoffnung machen aber vor allem die Bestrebungen von Bürgern, in zum Teil sehr breiten Bündnissen, die die Grenzen zwischen politischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und sozialen Bewegungen überschreiten, auf kommunaler Ebene eine Privatisierung öffentlicher Infrastruktureinrichtungen zu stoppen oder rückgängig zu machen und die demokratische Teilhabe bei der Definition öffentlicher Leistungserbringung, ihrer Organisation und Kontrolle auszuweiten. Nicht zu unterschätzen ist fernerhin die stark wachsende Bedeutung der *Internet-Community*, durch die Wikipedia, WikiLeaks, aber auch das ‚open government‘ zu Medien neuartiger Kooperation (und neuartigen Konflikts) zwischen Bürgern, Staat und Wirtschaft werden. Gemeinsam ist diesen Entwicklungen, dass sie die Transparenz von Entscheidungsprozessen erhöhen.

Im Resümee lautet der Befund: Es heißt Abschiednehmen von der Manie ökonomischen Wachstums. Denn diese Manie hält einen desaströsen Mechanismus der Zerstörung von Ökosystemen am Leben, welche für die Menschen und andere Lebewesen unverzichtbar sind. Die Wachstumsmanie nährt zudem die unbegründete Hoffnung, dass eine weitere Steigerung von Produktion, Profit und Konsum erstrebenswerte gesellschaftliche Ziele wie soziale Gerechtigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt, sozialen und kulturellen Fortschritt oder politische Stabilität und per-

sönliches Wohlbefinden gleichsam als ‚beabsichtigte Nebenfolge‘ nach sich ziehen wird.

Wenn es indes zutreffen sollte, dass es eher die sozialen Fortschritte im Sinne der Sicherung und Ausweitung politischer, sozialer und industrieller Bürgerrechte und die Partizipation der Bürger am Gemeinwesen/der *öffentlichen Sache* sind, die Gesellschaften letztlich zusammenhalten, dann lässt sich die Frage nach einer alternativen Gesellschaftsordnung nicht mehr vermeiden. Denn jenseits des Wachstumswahns wird letztlich das Prinzip unendlicher kapitalistischer Akkumulation (ergo: Profit- und Konsumsteigerung) in Frage gestellt: Eine Versöhnung von Kapitalismus, sozialem Fortschritt und Demokratie ist unter den Bedingungen einer nicht oder nur in geringem Umfang wachsenden Ökonomie nicht mehr möglich. Daher müssen durch eine Ausweitung partizipativer Demokratie die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Menschen sich die Zukunft als etwas anderes vorstellen können als die verlängerte, gesteigerte Gegenwart.

Literaturverzeichnis

- Blühdorn; Ingolfur (2010): Nachhaltigkeit und postdemokratische Wende. In: vorgänge.190. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, 49. Jahrgang, Heft 2, S. 44-54.
- Laux, Henning/Rosa, Hartmut (2009): Die beschleunigte Demokratie – Überlegungen zur Wirtschaftskrise. In: WSI-Mitteilungen, Heft 10, S. 547-552.
- Mahnkopf, Birgit (2010): Machtwechsel der Ideen. Für die Entzauberung des neoliberalen Glaubens. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5, S. 65-73.
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (2008): Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel. Berlin/Heidelberg: Springer.
- Wright, Eric Olin (2010): Envisioning Real Utopias. London/New York: Verso.

Michael Vester

Impuls: Auf dem Weg zu einem „partizipatorischen Wohlfahrtsstaat“?

Vom informationstechnologisch-neoliberalen zu
einem ökotechnologisch-sozialen Entwicklungspfad

Die politische Großwetterlage hat sich verändert. Seit Fukushima können selbst konservative Akteure nicht mehr verleugnen, dass die Risiken der Großtechnologie ‚nicht mehr beherrschbar‘ sind. Seit den arabischen Demokratiebewegungen und dem grün-roten Machtwechsel in Stuttgart ist offenbar, dass auch die politischen und sozialen Folgen einer autoritären Politik ‚nicht mehr beherrschbar‘ sind. Der Siegeszug des neoliberalen Wachstumsmodells, das auf die Informationstechnologien und eine globale Deregulierung gestützt war, ist an seine Grenzen gekommen. Es könnten sich neue Allianzen von Interessengruppen und sozialen Bewegungen bilden, die eine Umstellung auf einen neuen dynamischen Entwicklungspfad einleiten könnten.

Dieser neue Entwicklungspfad könnte sich wirtschaftlich auf eine neue internationale Regulierung und auf ein neues, durch Ökologietechnik mobilisiertes, langfristiges Wirtschaftswachstum stützen. Politisch könnte er zwei Prinzipien miteinander verbinden: einen neuen Wohlfahrtsstaat, der soziale Ungleichheiten ausgleicht und Umstellungen auf neue Entwicklungsdynamiken fördert, und eine neue demokratische Partizipation, die sich auf mehr direkte politische Bürgerbeteiligung und wirtschaftliche Mitbestimmung stützt. Ein Ausbau der Ökologietechnik, des Bildungssystems, des Gesundheitssystems, der Sozialdienstleistungen und der kommunalen Infrastrukturen würde die Lebensqualität erhöhen und mit neuen Arbeitsplätzen zugleich eine stärkere Inlandsnachfrage schaffen und damit die Abhängigkeit vom Export besser ausbalancieren.

In diesem Aufsatz wird entwickelt, wie sich die Kräfte für einen solchen „partizipatorischen Wohlfahrtsstaat“ im gesellschaftlichen Strukturwandel langfristig vorbereitet haben, wie sie unter dem neoliberalen Entwicklungsmodell blockiert wurden und wie sie heute wieder wirksam werden können.

1. Wer sind die neuen Demokratiebewegungen?

Die neue Weltwirtschaftskrise, die 2008 durch die Finanzmarktspekulationen ausgelöst worden ist, hat nicht einen raschen Wandel, wohl aber eine Kettenreaktion von Veränderungen nach sich gezogen, die schließlich in vielen Ländern große Protestbewegungen hat entstehen lassen. Für diese Bewegungen ist dreierlei bezeichnend: Sie sind nicht unmittelbar ökonomisch, sondern moralisch motiviert worden. Sie haben sich primär nicht gegen die ökonomischen, sondern gegen die politischen Machteliten gerichtet. Und sie sind kein blindes oder destruktives Aufbegehren der elendsten Schichten, sondern Bewegungen einer inzwischen gut gebildeten und moralisch stabilen Mitte, der es um Respekt vor den Menschen und um mehr demokratische Partizipation geht.

Gleichwohl handelt es sich keineswegs um rein moralische Bewegungen, sondern um Bewegungen gegen eine Arroganz der Macht, die mit einem bestimmten ökonomischen und politischen Modell der Regulierung verbunden war, mit dem ‚neoliberalen‘ Modell einer gigantischen Akkumulation von finanzwirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Macht, die keine Grenzen kannte. Als diese Politik mit ihren Großprojekten, für die in Deutschland derzeit die Atomkatastrophe in Fukushima und *Stuttgart 21* stehen, dennoch an ihre Grenzen kam, zeigte es sich, dass sich in der Bevölkerung offenbar über lange Zeit ein riesiges Potenzial des Unmuts aufgestaut hatte.

Ein vergleichbares Muster zeigte sich in den Demokratiebewegungen der arabischen Welt. Deren Protestpotential ist sicherlich vor allem durch

die enorme Erhöhung der Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise, die zu den Kettenreaktionen der Krise gehört, an seinen Siedepunkt gelangt. Aber der Protest kam nicht aus den ärmsten Schichten, sondern aus den angewachsenen modernen Mittelschichten, die trotz ihrer hohen Berufsqualifikation von Machteliten, die sich maßlos bereichert haben, prekariert wurden. Da reichte die Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi, eines von den Behörden schikanierten Angehörigen dieser prekarierten Bildungsschicht in Tunesien, aus, um in der ganzen arabischen Welt eine weitere Kettenreaktion auszulösen: eine Revolte der Selbstachtung und Ehre und eine Götterdämmerung der Mächtigen. Im Mai 2011 hat diese Revolte auch Spanien erreicht.

Diesen neuen partizipatorischen Bewegungen pauschal den Stempel der ‚Wutbürger‘ oder überhaupt des Bürgerlichen aufzudrücken, geht an den Realitäten vorbei, denn es handelt sich eher um eine historische Neubildung. Auch in der deutschen Gesellschaft gibt es, trotz ihrer international privilegierten Lage, eine ähnliche Grundkonstellation. Besonders in der Mitte sind, im Konflikt mit den älteren, konservativ-autoritären Milieufractionen, seit den 1960er Jahren die moderneren, besser ausgebildeten Milieufractionen stark angewachsen. Dadurch haben sich die Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit immer mehr mit Forderungen nach mehr demokratischer Partizipation verbunden. Die Kompetenzen und Autonomiebestrebungen vor allem der jüngeren Milieuteile nehmen zu. Dem steht, als Folge des neoliberalen ‚Pfadwechsels‘ der Politik, eine von oben kommende Verschärfung der gesellschaftlichen Kontrollmechanismen und der Unsicherheit sozialer Lagen gegenüber.

Durch diese Erfahrung hat sich seit den frühen 1990er Jahren eine hohe *politische Verdrossenheit* aufgestaut. Ihr Ausmaß und ihr Potenzial an verändernder Energie sind erst in der jetzigen Krise der Wirtschaft und der regulierenden Institutionen sichtbar geworden. Die erhöhten Chancen der Opposition scheinen nicht zuletzt damit zusammenzuhängen, dass nicht allein die Beherrschten nicht mehr so weitermachen wollen, sondern auch die Herrschenden nicht mehr so weitermachen können.

In diesem Aufsatz sollen zunächst diese beiden gegenläufigen Veränderungen auf empirischer Grundlage näher umrissen werden. Sodann soll dargestellt werden, welche Interessengruppen und internationalen ökonomischen Bedingungen den Wechsel zur neoliberalen Deregulierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik herbeigeführt haben. Weiterhin wird entwickelt, wie sich die wachsende Unzufriedenheit mit den Volksparteien, die den Abbau des Wohlfahrtsstaates zu verantworten haben, mit einer neuen internationalen Konstellation trifft, in der es schwieriger wird, die neoliberale Politik wie bisher fortzusetzen, und in der Mehrheiten für neue Entwicklungsalternativen entstehen könnten.

2. Soziale Milieus und das Schema von ‚Elite‘ und ‚Masse‘

Die sozialen Milieus, die Alltagszusammenhänge der Menschen, sind in dem Maße interessant geworden, in dem Politik auf Mitwirkung und Akzeptanz großer Bevölkerungsgruppen angewiesen ist. Seit den jugendlichen Protestbewegungen der sechziger und siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts sind sie als wichtige Akteursgruppen sozialen und auch politischen Wandels wieder ins Bewusstsein gerückt. Aber wie sind sie einzuschätzen? Das Feld der Milieus ist immer noch ein weitgehend unbekanntes Terrain, weil die wechselseitige Einschätzung durch viele verschiedene Wahrnehmungsschemata verzerrt ist.

Unter Milieus werden üblicherweise Menschengruppen verstanden, die ähnliche Lebensweisen teilen. Die Lebensstile der Menschen sind, wenn wir näher hinsehen, aber keineswegs ein bloß äußerliches Attribut, sondern Ausdruck einer sehr spezifischen Lebensführung, die auf eine bestimmte soziale Lage und eine bestimmte Stellung im Gefüge der Gesellschaft abgestimmt ist. Soziale Milieus bezeichnen damit etwas Ähnliches wie soziale Klassen oder Schichten, die von der ökonomischen Berufsstellung, der Einkommenshöhe und dem Bildungsgrad ausgehen. Aber sie sind realitätsnäher und umfassender definiert. Sie umfassen mit

der gesamten Lebensweise auch die Alltagskultur, den Geschmack, die beruflichen Lebensziele und die Abgrenzung von anderen Milieus. Und sie sind auch feiner in sich unterteilbar.

Dies ist das Konzept der klassischen Soziologie, die die Milieus als grundlegende soziale Akteursgruppen auffasst. So hat Emile Durkheim das „soziale Milieu“ (1961 [1895]: 194ff.; 1988 [1893/1902]: 44, 53ff., 259f.) als zentrales soziologisches Konzept verstanden, weil es als (beruflicher bzw. auch verwandtschaftlicher und territorialer) Beziehungszusammenhang die Grundeinheit gesellschaftlicher Gliederungen bildet. Es entspricht weitgehend der „sozialen Klasse“, die Max Weber (1972 [1921]: 177ff., 531ff.) – im Unterschied zur rein ökonomisch definierten „Erwerbsklasse“ – ganzheitlich, also auch als Grundeinheit der alltäglichen Lebenswelt, definiert. Nach dieser klassischen Auffassung, die wir auch bei Bourdieu (1982) und in unseren eigenen Milieuforschungen (vgl. Vester/von Oertzen/Geiling u. a. 2001) empirisch bestätigt finden, sind die Verhaltensmuster der Milieus nicht beliebig änderbar. Sie sind tief in der Lebensweise, in den Gewohnheiten und im Habitus der Menschen verankert. Sie werden ebenso von den Eltern an die Kinder weitergegeben wie die äußeren Lebensgüter.

Wenn die gesellschaftlichen Milieus (locker abgegrenzte) Handlungszusammenhänge des Lebensalltags sind, dann sind sie damit noch nicht – wie die Verbände, Parteien, Institutionen und sozialen Bewegungen – Einheiten des politischen Lebens. Die Milieus enthalten jedoch eindeutige Erwartungen daran, wie die Politik die Voraussetzungen ihrer Lebensweise sichern soll, wie die soziale Ordnung gegliedert sein soll und wie soziale Gerechtigkeit gewährleistet sein soll. In dieser Hinsicht haben die Menschen seit etwa den 1980er Jahren zunehmend widersprüchliche Erfahrungen gemacht. Sie haben die allenthalben steigenden Kompetenz- und Leistungsanforderungen erfüllt. Doch anstelle einer Honorierung sind ihnen zunehmende soziale Unsicherheiten und Bevormundungen zugemutet worden.

Dieser Politik zunehmender Disziplinierung wurde seit den 1990er Jahren immer unverhohlener eine öffentliche Rechtfertigung zugrunde gelegt, die auf das vordemokratische Schema von ‚Elite‘ und ‚Masse‘ zurückgreift. Unterstützt wurde diese Sichtweise nicht zuletzt von Strömungen der heutigen Soziologie, die – in neuen Gewändern – Annahmen über die Handlungsmotivationen der Menschen wieder aufnahmen, die an die kapitalistischen Mythen der frühen industriellen Revolution anknüpfen. So unterscheidet sich die einflussreiche Rational-Choice-Schule kaum von der liberalistischen These der utilitaristischen Schule um 1800, nach der alle Menschen von Natur aus träge und genussüchtig seien und nach dem Kalkül einer individuellen, am besten materiell zu messenden Nutzenmaximierung handeln. Aus diesem Grunde müsse man die Arbeiter durch niedrige Löhne zu größerem Arbeitsfleiß motivieren. Sehr ähnlich begründete die von dem Soziologen Anthony Giddens (1999) inspirierte Politik des neoliberalen Flügels der Sozialdemokratie, von Blair bis Schröder, ihre Argumentation für niedrige Löhne und niedrige Arbeitslosenunterstützung. Giddens empfahl der Sozialdemokratie, sich von der heute verschwindenden traditionellen Arbeiterklasse, die nur durch materielle Not zum Arbeitsfleiß zu motivieren sei, zu lösen und den wachsenden neuen Dienstleistungsklassen zuzuwenden, mit ihrem ‚postmateriellen‘ Interesse an mehr Bürgerrechten, Geschlechteremanzipation, Ausländergleichstellung, Ökologie, Pazifismus usw.

Wir wissen heute, dass dieser Rat zu einem Fiasko geführt hat. Die SPD Schröders hat aufgrund ihres autoritären Politikstils gerade die von ihr ins Auge gefassten neuen Dienstleistungsschichten verprellt und durch die Verschärfung sozialer Polarisierungen auch die mittleren und unteren Arbeitnehmerschichten zurückgestoßen. Nicht zuletzt deswegen ist sie bis 2009 auf Bundesebene auf etwa 23 Prozent der abgegebenen Stimmen abgestürzt und hat sie die Mehrheit ihrer Anhänger vor allem an die Grünen, die Linkspartei und die Nichtwähler verloren.

3. Die Differenzierung der Klassengliederung

Das Masse-Elite-Schema von Giddens entspricht der Perspektive von Bildungsoberschichten und verwandten Gruppen, die dazu neigen, ihren eigenen asketisch-triebaufschiebenden Lebenswandel zu idealisieren und den anderen sozialen Schichten das Gegenteil zu unterstellen. Die empirische Milieuforschung kommt dagegen zu dem Ergebnis, dass die Annahme, die Menschen handelten, ähnlich wie Aktienspekulanten, aus kurzfristigem materiellem Eigeninteresse, nur auf sehr kleine Teilgruppen zutrifft. Die meisten Menschen handeln weder als passiv Reagierende noch als gierig Kalkulierende, sondern nach nachhaltigen *biographischen Handlungsstrategien*, bei denen es darum geht, die gesamte gewohnte Stellung und Lebensweise gesichert und anerkannt zu bekommen. Und diese Strategien sind nach Milieus verschieden.

Auch eine zweite Annahme trifft nach den Ergebnissen der Milieuforschung nicht zu. In den oberen Milieus ist die Konkurrenz um gesellschaftlichen Aufstieg eine allgegenwärtige Erfahrung. Aber die Annahme, dass es den Menschen auch aller anderen Milieus nur um ‚Aufstieg‘ gehe, ist empirisch falsch. Die große Mehrheit der Bevölkerung erwartet realistischerweise weder universelle Gleichheit noch universelle Aufstiegs-mobilität. Sie erwartet Sicherheit. Die meisten erhoffen, dass eine verlässliche sozialpolitische Ordnung besteht, in der die Menschen, die sich anstrengen, auch die Früchte ihrer Mühen ernten können. Das heißt, dass zwar *verschiedene*, aber wenigstens *sichere* soziale Stellungen und Lebensweisen erreicht werden sollen. Eine solche soziale Ordnung wird nicht als ideal, aber doch als einigermaßen gerecht empfunden.

Die Erforschung der Milieus, Klassenkulturen und Lebensstile hat eine große Vielfalt von Mustern zu Tage gefördert, nach denen die Menschen mit ihrer sozialen Lage umgehen. Aber diese Vielfalt der äußeren Erscheinungsformen lässt sich einer begrenzten Zahl von Grundprinzipien der sozialen Praxis, Lebensführung und Ordnungsvorstellungen zuordnen.

Insgesamt können fünf große, weiter in sich unterteilbare Gruppen von Milieus unterschieden werden (deren Bezeichnungen sind auf der abgebildeten ‚Landkarte‘ der Milieus fett hervorgehoben.) Die Abbildung fasst die detaillierten Ergebnisse breiter Forschungen begrifflich und verallgemeinernd zusammen. Die ausführlichen Beschreibungen der Milieus, die auf der Grundlage umfassender qualitativer Untersuchungen und einer großen repräsentativen Befragung ermittelt worden sind, können an anderer Stelle nachgelesen werden (vgl. Vester/von Oertzen/Geiling u. a. 2001: 503ff.).¹² Erarbeitet worden sind diese Untersuchungen seit den 1980er Jahren nach dem Ansatz von Bourdieu, in Verbindung mit dem Milieukonzept von Durkheim, den frühen englischen Cultural Studies und der Sinus-Milieuforschung.

Die Untersuchungen haben durchgehend die These widerlegt, dass die inneren Haltungen der Menschen sich von ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten äußeren ökonomisch-sozialen Lagen ‚entkoppeln‘. Sie bestätigen vielmehr, dass die Berufsfelder, die den Hauptschwerpunkt der jeweiligen Milieufraktion bilden, und die Verhaltensmaximen des Habitus, mit denen die Milieus ihre Lage gestalten, immer noch in einem hohen Grade zusammenhängen. Dieser Zusammenhang von Berufsfeldern und Lebensstrategien konnte mit den repräsentativ erhobenen Daten für jedes einzelne Milieu nachgewiesen werden (vgl. Vögele/Bremer/Vester 2002: 257ff.).

Die Handlungsstrategien bilden also nicht das nach dem Elite-Masse-Schema vermutete Kontinuum unendlicher individueller Verhaltensvariationen, das von aktiver Initiative am oberen Pol bis zu hoher Passivität am unteren Pol des sozialen Raumes reicht. Es handelt sich vielmehr um qualitative Unterschiede zwischen größeren Gruppen, die deren spezifi-

12 Außer in diesen Untersuchungen zu Westdeutschland wurde die Konfiguration der Klassenmilieus auch für Ostdeutschland (vgl. Vester/von Oertzen/Geiling u. a. 2001: 526ff.; Vester/Hofmann/Zierke 1995) und für die türkischen Jugendlichen in Westdeutschland (vgl. Wiebke 2006) untersucht.

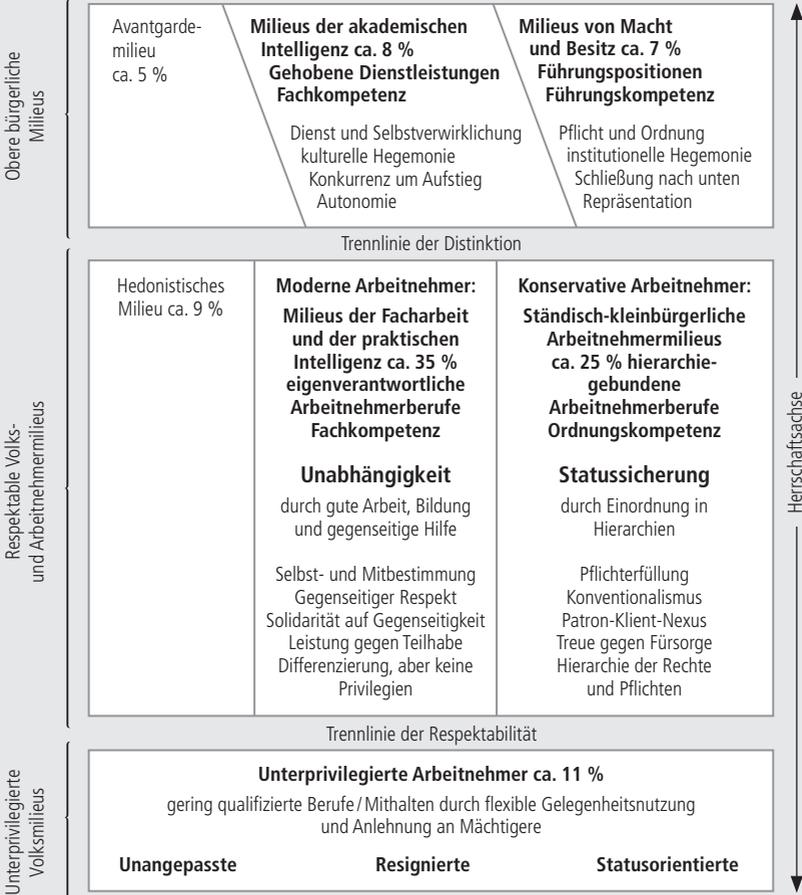
Soziale Milieus und Alltagsmoral

Berufliche Schwerpunkte und Handlungsgrundsätze der Alltagspraxis (Habitus)

- ▶ Vertikale Wertekonflikte („moral boundaries“): privilegiert vs. unterprivilegiert
- ▶ Horizontale Wertekonflikte: modern/partizipatorisch vs. konservativ/autoritär

avantgardistisch eigenverantwortlich hierarchiegebunden autoritär

←-----Differenzierungsachse-----→



Grundlage: Repräsentative Erhebung (n=2.699) der deutschsprachigen Wohnbevölkerung ab 14 Jahre 1991 (nach: M. Vester, P. v. Oertzen, H. Geiling u. a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2001); Umformulierung der Milieubezeichnungen aufgrund der Neuauswertung der Erhebung in: W. Vögele/H. Bremer/M. Vester (Hg.), Soziale Milieus und Kirche, Würzburg: Ergon 2002, S. 257 – 409; Hochrechnung auf die Milieugrößen von 2003 (u. a. nach: Sigma – Sozialwissenschaftliches Institut für Gegenwartfragen, Die sozialen Milieus in der Verbraucheranalyse, www.sigma.online.de v. 22.9.2003).

M. Vester (Konzept) / D. Gardemin (Grafik) – Leibniz Universität Hannover – 2011

schen Funktionen in der gesellschaftlichen Gliederung entsprechen. Darüber hinaus bestätigen Generationen übergreifende Daten, dass die fünf Großgruppen der Milieus identisch sind mit historischen Traditionslinien, in denen der Habitus und die Handlungsmuster an die nächsten Generationen weitergeben und von diesen aber auch weiterentwickelt und variiert werden (ebd.; vgl. Lange-Vester 2007).

Auf der Landkarte sind die Milieus, ihren unterschiedlichen Lebensstrategien entsprechend, nach zwei Dimensionen gegliedert: in drei vertikale Schichtungsstufen und in deren horizontale Auffächerung. Diese Gliederung und die ihr zugrunde liegenden moralischen Abgrenzungen erinnern an ständische Gesellschaftsordnungen. Offensichtlich werden die kapitalistischen Marktstrukturierungen durch ständische Strukturierungen überformt, die von der Abgrenzungspraxis der Milieus hervorgebracht werden.

- Nach oben hebt sich immer noch eine privilegierte, besonders gesicherte soziale Schicht ab: die oberen bürgerlichen Milieus mit distinktiven Stil- und Führungsansprüchen (ca. 20 Prozent). Sie grenzen sich nach unten durch Praktiken der Distinktion und durch die politische Sicherung privilegierter Chancen ab. Horizontal sind zwei *Fraktionen* zu unterscheiden, die Milieus der akademischen Intelligenz und die Milieus von Macht und Besitz.
- Die große arbeitnehmerische Mittelschicht darunter, findet ihre Identität in einem gesicherten, ‚respektablen‘ sozialen Status (ca. 69 Prozent). Die mittleren Milieus grenzen sich nach oben ab, indem sie auf Arbeitsleistung statt auf Privilegierung setzen und nach unten, indem sie ihre ‚respektable‘ Lebensführung und stetige Arbeitsorientierung betonen. Horizontal sind auch hier zwei Fraktionen zu unterscheiden, die Milieus der Facharbeit und der praktischen Intelligenz und die ständisch-kleinbürgerlichen Volks- und Arbeitnehmersmilieus.
- Die unterprivilegierte ‚Unterschicht‘ mit ihren niedrigen Bildungs- und Sicherheitsstandards ist stärker auf Strategien der Gelegenheitsnutzung und der Anlehnung an Stärkere verwiesen (ca. 11 Prozent).

Die untersten Milieus unterliegen der „negativen Privilegierung“ (Weber) und Stigmatisierung einer unterhalb der ständischen Ehre liegenden Schicht, einem Schicksal, dem sie mit ihren ‚Strategien der Ohnmächtigen‘ zu entkommen suchen. Auch hier ist eine horizontale *Fraktionierung* zu erkennen.

Mit dieser Gliederung bestätigen die Untersuchungen, dass die schon von Weber (1972 [1921]: 531ff.) und von Bourdieu (1982 [1979]) angenommene ständische Überformung der kapitalistischen Klassenstrukturen auch für die deutsche Gegenwart zutrifft. Historische Längsschnittuntersuchungen weisen außerdem darauf hin, dass die Größenordnungen der sozialen Teilungen sich über viele Generationen hinweg wenig verändert haben; in fast allen Milieus hatten schon die Eltern und Großeltern eine ähnliche Stellung im sozialen Raum (vgl. Vester/von Oertzen/Geiling u. a. 2001: 34f.); (Vögele/Bremer/Vester 2002: 275ff.; Lange-Vester 2007). Die heutigen Milieus können damit als Nachfahren der historischen Klassen und Stände angesehen werden.

Die Einteilung in drei vertikale Klassenstufen und in größere horizontale Fraktionen ist zwar ausgesprochen hartnäckig. Doch vor allem *innerhalb* jeder der fünf großen genealogischen Linien haben sich die Milieus dynamisch differenziert und weiterentwickelt. In der Gesamtbevölkerung sind die modernisierten jüngeren Milieufractionen auf mindestens 28 Prozent angewachsen (vgl. Vester 2010b: 47ff.). Diese horizontale Auffächerung lässt sich besonders an der großen Arbeitnehmermitte beobachten:

- In den autoritären *kleinbürgerlich-konservativen Volksmilieus*, die ihre Sicherheit in der Einordnung in vorgegebene Hierarchien und Konventionen finden, hat sich eine modernere Untergruppe von etwa 12 Prozent heraus differenziert, die etwas weniger streng hierarchisch und autoritär denkt als der traditionelle Teil dieser Milieus (ca. 13 Prozent).
- In den *modernen Arbeitnehmersmilieus*, die mehr auf Selbstbestimmung und gegenseitige Solidarität setzen (ca. 35 Prozent), ist die modernste und jüngste Untergruppe auf etwa 11 Prozent angewachsen. Ihre Angehörigen finden sich in den gut qualifizierten Arbeiter- und Ange-

stelltenberufen. Ihnen geht es darum, in Lebensführung und Beruf ein möglichst großes Stück Unabhängigkeit von äußeren Zwängen und Autoritäten zu erlangen, und zwar nicht als Geschenk oder Gnade, sondern durch eigene, methodische Anstrengung, also ein asketisches Ethos.

Diese Zunahme der Potentiale verändernder Praxis kann, der Praxistheorie von Bourdieu entsprechend, an zwei *horizontalen Dynamiken* festgemacht werden – an der Zunahme der Kompetenzen (des *kulturellen Kapitals*) und an der Zunahme partizipatorischer Handlungsdispositionen (*Wandel des Habitus*).

4. Zwei horizontale Dynamiken: *Kompetenzrevolution und ‚partizipatorische Revolution‘*

Die seit den 1970er Jahren beobachteten neuen Differenzierungen, die manche als Anzeichen einer Auflösung der Klassenmilieus durch ‚Individualisierung‘ deuten, ist tatsächlich nur eine *horizontale* Differenzierung oder Pluralisierung der Klassengesellschaft. Der Auffächerung in Teilgruppen, die jünger, besser beruflich spezialisiert und ausgebildet sind und mehr Selbst- und Mitbestimmung brauchen, liegen zwei parallele Prozesse zugrunde: der Strukturwandel der Arbeit und der Strukturwandel der Alltagskultur:

1. Der *Strukturwandel der Arbeit* lässt sich aus der Gesamtdynamik der beruflichen Arbeitsteilung erklären. Die Entwicklung der menschlichen und technischen Produktivkräfte ist in der neuen technologischen Revolution noch einmal ungeahnt gesteigert worden. Die deregulierte internationale Exportkonkurrenz hat diesen Prozess allerdings auf widersprüchliche Weise vorangetrieben.¹³ Dies verstärkte

13 Zum einen senkten neoliberale Politiken die Stückkosten durch Dämpfung der Arbeitseinkommen und deren (für die Finanzierung sozialer Ausgaben wichtigen) Nebenkosten so, dass seit den 1980er Jahren die Einkommen in der sozialen Mitte stagnierten und später unsicherer wurden und dass im untersten Fünftel der Gesellschaft zunehmend unterprivilegierte Einkommens- und Soziallagen entstanden. Zum anderen nahm die horizontale Differenzierung der Erwerbsstruktur durch produktivere, bessere Fachqualifikationen und Technologien zu.

nicht nur das enorme Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums, sondern auch drei große Verschiebungen in der Berufsstruktur.

- *Zunahme des Bildungskapitals* der höheren Berufsqualifikationen und Bildungsabschlüsse – Stichwort *Kompetenzrevolution*. Allein von 1990 bis 2007 stieg in der BRD der Anteil der Hochschul- und Fachschulabsolventen an den Erwerbstätigen von 37 auf 47 Prozent (vgl. Vester 2010a).¹⁴
- *Expansion der Dienstleistungsberufe* auf Kosten der Industrierberufe – Stichwort *Tertiarisierung*. Durch steigende Effizienz sank von 1990 bis 2007 die Beschäftigung in den technisch-industriellen Berufen von 43 auf 32 Prozent. Die Beschäftigung in den Verwaltungsdienstleistungen (einschließlich der Finanz-, Rechts-, Vermarktungs- und Büroberufe) stieg von 25 auf 28 Prozent. Die Humandienstleistungen (einschließlich der Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Kultur- und Ordnungsberufe) stiegen von 24 auf 28 Prozent (vgl. Vester 2010a).
- *Wachstum der Erwerbstätigkeit von Frauen* – Stichwort *Feminisierung*. Die wachsenden Berufsgruppen der Höherqualifizierten und der Dienstleistenden waren auch die Gruppen, in denen der Frauenanteil eher hoch war. Von 1970 bis 2001 ist der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen von 36 auf 44 Prozent gestiegen (vgl. Rudzio 2003: 439).

14 Der Anteil der Facharbeiter und Fachangestellten sank von 38 auf 31 Prozent. Der Anteil der gering qualifizierten Erwerbstätigen blieb hoch, sank aber doch von 27 auf 22 Prozent. Viele gering Qualifizierte wurden in die Dauerarbeitslosigkeit (mindestens die Hälfte der gut 9 Prozent Arbeitslosen) abgedrängt (vgl. Vester 2010). Innerhalb des Erwerbssystems beobachtete die Forschung im Zuge des schon länger anhaltenden *re-skilling* bis in die industrielle Fertigung hinein eine Wiederbelebung der Facharbeit und ihres Berufsethos (u. a. Blauner 1964; Mallet 1972; Kern/Schumann 1984; Piore/Sabel 1985; Grusky/Sörensen 2001; Vester/Teiwes-Kügler/Lange-Vester 2007).

2. *Der Strukturwandel der Alltagskultur* war ein paralleler, durch den Strukturwandel der Arbeit mitbedingter, aber doch relativ autonomer Prozess der Veränderung der Werte, der Lebensstile und des Habitus. Hier nahm die Untertanenhaltung gegenüber Autoritäten ab und die Bereitschaft zu Selbst- und Mitbestimmung sowie zur Reflexion zu. Das Gefüge der Klassenmilieus, ihrer Alltagskultur und -praxis, veränderte sich insbesondere über drei Dynamiken:
- *Partizipatorische Revolution*: Bereits seit den 1950er Jahren wurde mit der gewerkschaftlich erkämpften Teilhabe und den höheren Mitwirkungsrechten der Arbeitnehmer in Betrieb und Gesellschaft der alte Macht-Ohnmacht-Gegensatz zurückgedrängt. Durch die jungen sozialen Bewegungen der 1960er Jahre erhielt diese Dynamik einen neuen Schub. Soziologen sprachen von einer „partizipatorischen Demokratie“ (Kaufman 1960) oder einer „partizipatorischen Revolution“ (Kaase 1984). Arbeitsweltliche und lebensweltliche Machthierarchien verlieren ihre sachliche Legitimation (vgl. Sünker 1999: 338ff.; Vester/von Oertzen/Geiling u. a. 2001).
 - *Bildungsexpansion*: Dank des steigenden ökonomischen Bedarfs an höheren Qualifikationen hat auch die Bildungsbeteiligung der Kinder von Landwirten, Arbeitern und einfachen Angestellten, den früheren ‚bildungsfernen Schichten‘, seit 1950 erheblich, wenn auch gebremst zugenommen; von ihnen gelangte etwa die Hälfte über die Hauptschule hinaus und zwar ein Drittel auf die Realschule und ein Sechstel auf das Gymnasium und ein kleinerer Prozentsatz in ein Hochschulstudium (vgl. Vester 2006a). Die Hauptschule, auf die früher vier Fünftel der Kinder gingen, wurde mit nur einem Fünftel der Kinder zur Restschule (vgl. Geißler 2008: 275).
 - *Emanzipation der Lebensstile*: Die steigenden Wohlstandsstandards und Kommunikationsmöglichkeiten ermöglichten Bewegungen der Emanzipation der Lebensstile. Besonders in der Lebenswelt

sind Selbstverwirklichung und eigene Gestaltung der Lebensentwürfe wichtiger geworden. An die Stelle von Konformität und Unterordnung ist oft, wenn auch durch das neoliberale roll-back wieder zurückgedrängt, ein stärkeres Aushandeln und mehr Respekt vor den Einzelnen getreten.

Diese Dynamiken beschleunigten und veränderten sich seit dem Ausgang der 1970er Jahre unter den Bedingungen der informationstechnologischen Revolution und neuer politischer Kämpfe um die Pfadalternativen der Entwicklung. Der Kapitalismus stellt mit den Informationstechnologien eine *tief ambivalente Produktivkraft* zur Verfügung: Einerseits ermöglicht sie den herrschenden Mächten, mehr Kontrolle von oben auszuüben, andererseits stellt sie den Menschen, im Sinne von Marx und Luxemburg, neue Mittel für ihre Emanzipation zur Verfügung. Mit der Entwicklung der neuen Kommunikations- und Informationstechnologien entfällt ein weiterer technologischer Grund dafür, Produktionsstätten, Dienstleistungen, Verwaltungen und Kommunikationsmedien in den Händen weniger kapitalkräftiger Mächtiger zu konzentrieren. Die neuen Technologien können als Medien der Dezentralisierung der Informationen und der Macht und des Empowerments der Individuen angeeignet werden.

5. Veränderte Rahmenbedingungen:

Drei konkurrierende Modelle des Wohlfahrtsstaates

Am Anfang der 1970er Jahre wies vieles darauf hin, dass diese emanzipatorischen Potentiale von den Menschen immer mehr genutzt werden würden, um den bisher eher technokratisch organisierten Wohlfahrtsstaat in Richtung eines partizipatorischen Wohlfahrtsstaates weiterzuentwickeln. Es gab aber auch Anzeichen, dass die Rahmenbedingungen einer solchen Weiterentwicklung immer schwieriger aufrecht zu erhalten waren, nämlich die Fortsetzung der ‚goldenen Jahre‘ des raschen Wirtschaftswachstums und auch des ausgleichenden deutschen Wohlfahrtsstaatsmodells. In den 1970er Jahren begann eine neue Periode der kapitalistischen Entwicklung.

- Einerseits änderte sich das wirtschaftliche Akkumulationsregime. Das Wirtschaftswachstum, das sich nach der 1929er Weltwirtschaftskrise besonders auf die Expansion des Massenkonsums, die Dienstleistungen des Wohlfahrtsstaats und die Rüstung gestützt hatte, suchte seine größten Expansionsmöglichkeiten nun im Siegeszug der neuen Informationstechnologien und der Deregulierung der internationalen Exportkonkurrenz.
- Gleichzeitig begann eine zunehmende internationalere Konkurrenz zwischen den verschiedenen Modellen der politischen Regulierung der ökonomischen Entwicklungen. Hier standen sich die nach 1929 in den hoch entwickelten Ländern entstandenen Modelle des Wohlfahrtsstaates gegenüber.

Gösta Esping-Andersen (1993; 1998) unterscheidet grundsätzlich drei solcher *Entwicklungspfade* des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus. Nach seiner „institutionellen Schichtungstheorie“ (1993: 2) hängen die Klassenverhältnisse nicht nur von den ‚nackten‘ ökonomischen Marktinteressen ab, sondern auch von den historischen Kämpfen und Kompromissen der großen gesellschaftlichen Gruppen. Diese historischen *Pfade* sind auf vier Handlungsebenen institutionell verfestigt: (a) in den Institutionen des Staates, (b) im tarifpolitischen Konflikt- und Aushandlungssystem, (c) im Modell der Familie und der geschlechtlichen Arbeitsteilung und (d) in den Teilhabe- und Mitwirkungsrechten der Bürgerinnen und Bürger (vgl. Marshall 1989 [1950]). Der liberalistische, die sozialdemokratische und der konservative Pfad unterscheiden sich danach, ob ihre Politiken eine polarisierte, eine in der Mitte integrierte oder eine hierarchisch gestufte Gesellschaftsordnung begünstigen.

1. Der *sozialdemokratische Pfad*, der aus den vergleichsweise egalitären Traditionen Skandinaviens entstanden ist, erstrebt insbesondere die Anhebung der unteren Schichten auf die individuellen Lebenschancen der modernen Mittelschichten und die Gleichstellung der Frau-

en. Er bietet eine steuerfinanzierte staatliche Vorsorge und, als Alternative zu Prekarität oder Erwerbslosigkeit, mehr Arbeitsplätze, auch für Frauen, insbesondere auf den mittleren Rangstufen der Gesundheits-, Bildungs- und Sozialdienstleistungen.

2. Der *konservative Pfad* geht auf die korporativen Traditionen des kontinentalen Westeuropa zurück, die sich vom Laissez-faire-Kapitalismus abgrenzen. In Deutschland wurden die Grundzüge des Modells vor allem im Klassenkompromiss des *Bismarckschen Sozialversicherungsstaates* institutionalisiert. Er beruht auf einem Arrangement zwischen ständischen Interessen (Besitzstands- und Statussicherung), marktwirtschaftlichen Interessen (Leistungsdifferenzierung) und sozialintegrativen Interessen (sozialer Ausgleich). Die soziale Ungleichheit wird abgefedert durch die Sicherung des bisherigen Platzes (der Gesellschafts-, Geschlechts- und Altersklassen) in einer Hierarchie gestufter Rechte und Pflichten. Die Weiterentwicklung des Modells in den 1950er Jahren förderte wirtschaftspolitisch die Sicherung einer großen Mitte von Arbeitnehmern und Kleinrentnern, familienpolitisch das patriarchalische Alleinverdienermodell und sozialpolitisch die Vorsorge nicht durch Privatversicherungen oder Steuermittel, sondern nach dem Sozialversicherungsprinzip, d.h. auf Gegenseitigkeit mit einer Komponente des sozialen Ausgleichs. Entgegen wirtschaftsliberalen Vorhaltungen handelt es sich also nicht um ein protektionistisches Modell.

Dass im deutschen Wohlfahrtsstaat die Sicherung einer großen arbeitnehmerischen Mitte erfolgreich wurde, ist nicht zuletzt durch das *industrielle Produktionsmodell* ermöglicht worden, das die internationale Vorrangstellung der deutschen Exportwirtschaft begründet hat. Sie beruhte auf einer hochwertigen Produktionsleistung, allerdings mit Fachkräften, deren hohe Arbeitsleistung vor allem auf der mittleren Ebene der Berufs- und Allgemeinbildung eingestuft und bezahlt wurde. Bis in die 1990er Jahre konnte dieser begrenzte Aufstieg Vielen durch gute und sichere Arbeitsplätze schmackhaft gemacht werden.

3. Der *liberale Pfad* der angelsächsischen Länder knüpft an die radikale liberale Laissez-faire Politik an, die die starken sozialen Polarisierungen und Konfrontationen während der industriellen Revolution herbeigeführt hatte. Deren neoliberale Neuauflage verstärkte, durch Deregulierung und staatliche Sparpolitik, vertikale Polarisierungen. Im Interesse der bürgerlichen Mittel- und Oberschichten setzt sie auf individuelle Konkurrenz um sozialen Aufstieg und Abstieg. Dessen Risiken sollen nicht von der Gesellschaft, sondern durch private Selbstvorsorge abgesichert werden. Diejenigen, die nicht mithalten können, werden auf staatliche Minimalsicherungen bzw. Beschäftigungen im expandierenden Niedriglohnsektor verwiesen.

In der beschriebenen idealtypischen Form sind diese drei *klassischen Modelle* des Wohlfahrtsstaates bis heute in vieler Hinsicht unter neoliberalem Vorzeichen sehr stark verändert worden, auch wenn die Grundzüge der jeweiligen nationalen *Pfadabhängigkeiten* immer noch fortwirken. Die 2008 ausgelöste neue Weltwirtschaftskrise hat aber auch die Auffassung gestärkt, dass das neoliberale Modell erschöpft und diskreditiert und eine Wende zum sozialdemokratisch-keynesianischen Pfad Skandinaviens wieder möglich sei. Manche haben erwartet, dass die Zuspitzung sozialer Schief lagen in der Krise auch die für eine solche Politik notwendigen linken Wahlergebnisse nach sich ziehen würde.

Die reale Entwicklung hat jede Auffassung, dass es bei den Pfadmodellen um theoretische Konzepte gehe, für die nur hinreichende Argumente und Wahlmehrheiten gefunden werden müssten, als eine akademische Illusion entlarvt. Die bisherige wie die künftig mögliche Entwicklung sind besser zu verstehen, wenn wir dem Hinweis von Esping-Andersen (1998) folgen, dass alle nationalen Pfade aus Kämpfen und Arrangements der großen gesellschaftlichen Interessengruppen entstanden sind, und dabei den Hinweis von Geiger (1949) nicht vergessen, dass kein Pfad ohne für ihn günstige internationale Bedingungen möglich ist. Die Logiken, nach denen solche Interessenallianzen sich verändern und entwickeln, lassen sich wie in einem Lehrstück am Aufstieg des neoliberalen Pfadmodells aufzeigen.

6. Das Lehrstück:

Die neoliberale Restauration von Unsicherheit und Entmündigung

Wie gelang es den konservativ-neoliberalen Kräften seit den 1970er Jahren, die zunehmenden emanzipatorischen Potentiale weitgehend, wenn auch nicht ganz, zurückzudrängen und die sozialen Unsicherheiten und autoritären Bevormundungen wiederherzustellen?

Nachträglich wurde der Aufstieg neoliberaler Herrschaftsformen auf eine Art ‚objektive Tendenz‘ des Kapitalismus zurückgeführt, zu der es, nach den Sprachregelungen von Gerhard Schröder wie von Angela Merkel, „keine Alternativen“ gegeben habe. Ein historischer Rückblick verdeutlicht demgegenüber, dass die neoliberale Hegemonie in Wirklichkeit politisch von oben durchgesetzt worden ist. Sie war nicht die ‚alternativlose‘ Konsequenz der vermeintlichen ‚Sachgesetze der Globalisierung‘, sondern eine politische Restauration, die zuerst um 1970 als Gegenbewegung zu der Reformregierung Willy Brandts entstanden war.

In Ländern wie Chile ist die neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sogar durch einen expliziten Masterplan durchgesetzt worden, den die Ökonomen der Chicago-Schule dem 1973 durch einen blutigen Putsch an die Macht gekommenen General Pinochet zur Verfügung stellten. In den Ländern, in denen die demokratischen Bewegungen stärker waren, war dies nicht möglich. Hier mussten demokratische Mehrheiten für die Restauration autoritärer Ungleichheitsverhältnisse gewonnen werden.

Dies war keineswegs einfach. Der deutsche konservative Wohlfahrtsstaat, den Willy Brandt skandinavisch weiterentwickeln wollte, war tief in den korporativen Interessenarrangements zwischen den großen Industrieunternehmen und Gewerkschaften, in den wohlfahrtsstaatlichen Institutionen und in den verbesserten Lebensstandards verankert. Die große arbeitnehmerische Mehrheit der Wählerinnen und Wähler, deren soziale

Lage dadurch auf die Standards einer gesicherten Mitte angehoben worden war, hatte sich inzwischen stark mit dem Wohlfahrtsstaat und den demokratischen Prinzipien identifiziert. Sie hätte einen Frontalangriff auf diese nicht hingenommen. Die Partner des Machtkartells – des korporativen Dreiecks von Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und Staat – waren von den Vorteilen des deutschen Wohlfahrtsstaates für ihre jeweiligen Interessen im Wesentlichen überzeugt.

Der Angriff auf dieses Modell konnte daher nur durch das erfolgreich werden, was die Werbepsychologen *side attack* nennen – über einen indirekten und langen Prozess und Konkurrenzkampf zwischen den großen ‚Pfadern‘ des Wohlfahrtsstaates. Diese Machtverschiebungen haben sich erst nach und nach, zunächst im nationalen und schließlich im internationalen Maßstab, in einem Umbau der Institutionen *verfestigt und verselbstständigt*, so dass dann nachträglich von unausweichlichen ‚Sachzwängen der Globalisierung‘ gesprochen werden konnte.

Die *internationale Hegemonie* der Institutionen des *wirtschaftsliberalen Pfades* ist aus einer Kette *politischer Mobilisierungen bestimmter Fraktionen der oberen bürgerlichen Milieus* entstanden. Sie hat sich als Mobilisierung bestimmter bürgerlicher Milieufractionen durchgesetzt, die sich von Beginn an politisch gegen die Bewegungen der 1960er Jahre, die für mehr soziale Gleichstellungen und mehr Partizipation eintraten, richtete. Seit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Ordnungen um 1990 hat sich die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen *Entwicklungspfaden* innerhalb des Kapitalismus, die auf verschiedenen Klassenkompromissen beruhten, stärker zugespitzt.

Die Einfallstore der *side attack* für die Mobilisierung anderer Mehrheiten waren, wie bei jeder erfolgreichen Ideologie, die mehrheitsfähigen Werte der gesellschaftlichen Milieus. Die breiten Volksmilieus wurden angesprochen über die alten Werte der sozialen Sicherheit, d. h. über die Alltagsängste vor Schulden, Vergeudung und Inkompetenz. Die neuen progressiven Milieus wurden angesprochen über die neuen avantgardistischen

Werte der individuellen Autonomie, Flexibilität und Eigenverantwortung.

In der BRD ist die Rückwendung zu wirtschaftsliberalen Politiken bereits unter der Kanzlerschaft Willy Brandts (1969-1974) als eine regelrechte „Gegenreformkampagne“ (Vester 1972) eingeleitet worden. Die gemeinsame Opposition gegen die autoritären Institutionen der Ära Adenauer hatte verschiedene Arbeitnehmer-, Bildungs- und Protestmilieus zusammengeführt und Willy Brandt 1969 mit einem liberalen Koalitionspartner an die Macht gebracht. Er versuchte, den konservativen Wohlfahrtsstaat durch den Kompromiss zwischen Arbeitnehmerinteressen, neuen sozialen Bewegungen und reformbereiten Bildungsschichten zu erweitern und dies auch durch die Normalisierung der Beziehungen mit dem Osten außenpolitisch ab zu sichern. In der Regierungserklärung nach dem großen Wahlsieg von 1972 verkündete Brandt diese Erweiterung als „Arbeitnehmergeellschaft“, die die Macht des „großen Geldes“ zurückdränge, im Sinne des skandinavisch-sozialdemokratischen Modells des Wohlfahrtsstaates.

Brandts Regierung nahm damit auch verschiedene Impulse der neuen jungen Protestbewegungen auf, die eine umfassende Mitbestimmung in Politik, Wirtschaft und Alltagsgesellschaft forderten und dafür die von dem amerikanischen Philosophen Arnold Kaufman (1960) geprägte Formel der „partizipatorischen Demokratie“ benutzten. Diese Bewegungen waren seit der Präsidentschaft von John F. Kennedy in den USA (1961-1963) international immer gewichtiger geworden und bildeten nun ein neues politisches Lager. Dieser ‚antiautoritäre‘ Impetus war nicht allein moralisch, sondern auch in den neuen sozialen und beruflichen Strukturverschiebungen begründet, die in Abschnitt 4 beschrieben worden sind. Hier standen sich die traditionellen und die wachsenden modernen Berufsgruppen in der Industrie und den wachsenden Bildungs-, Gesundheits- und Sozialdienstleistungen gegenüber, die mehr Selbstbestimmung und weniger hierarchische Kontrolle forderten.

Diesen Interessengegensätzen entsprechend entzündeten sich die Konflikte seit 1970 besonders an zwei Feldern der staatlichen Politik: an der Finanzpolitik und an der Bildungspolitik. Deren Ausweitung unter der Regierung Brandt tangierte die Vorrechte von zwei *Fraktionen* der oberen Milieus.

- Die *konservative Fraktion des Bildungsbürgertums* sah die alte ständisch hierarchische Ordnung vor allem durch Bildungsreformen (Gesamtschulen, Mitbestimmung an den Hochschulen usw.) gefährdet und mobilisierte ihre Bevölkerungsbasis in anhaltenden breiten Meinungskampagnen gegen die Gefahr einer Herrschaft der Inkompetenz.
- Angehörige der *wirtschaftsliberalen Fraktion* der vermögenden und gut verdienenden Oberschicht sahen durch die steigende Arbeitseinkommen und Wohlfahrtsausgaben – insbesondere den Ausbau des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens und der kommunalen Infrastrukturen – die ökonomischen Verteilungsrelationen gefährdet und mobilisierten ihre Bevölkerungsbasis mit anhaltenden Kampagnen zur Senkung der Steuern und der „Lohnnebenkosten“ gegen die Gefahren des Schuldenmachens.

Beide Fraktionen gewannen Jahr um Jahr an Boden. Die wirtschaftsliberale Fraktion mobilisierte erfolgreich Kräfte, um 1982 den sozialdemokratischen Kanzler Schmidt zu stürzen und 1983 eine schwarz-gelbe Mehrheit in den Bundestag zu wählen. Die Mobilisierung liberalistischer und konservativer Milieufractionen erlangte gleichzeitig auch internationale Dimensionen. Sie führte 1979 in England zur Ablösung Callaghans durch Thatcher und in den USA 1980 zur Ablösung Carters durch Reagan. Besonders diese beiden neuen Regierungen beschleunigten entscheidend die wirtschaftsliberale Deregulierung der Weltwirtschaft im Interesse des spekulativen Finanzmarktkapitals. Diese Entwicklung ist ein klassisches Beispiel dafür, wie politischer Druck in ‚objektive Sachzwänge‘ verwandelt werden kann. Vor allem von den 1990er Jahren an wurden dadurch auch die Länder des konservativen und des sozialdemokratischen Pfadmodells zunehmend zum neoliberalen Umbau ihrer Haushaltspolitiken und gesellschaftspolitischen Institutionen genötigt.

7. Die Erfahrung sozialer Ungerechtigkeit: *Privilegierung und Unterprivilegierung*

Soziale Gerechtigkeit ist nicht nur ein Problem der Menschen am sozialen *Rand*, die direkt von Armut bzw. Arbeitslosigkeit betroffen sind, sondern ein Problem würdiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse für alle, auch für die große *Mitte* der Gesellschaft. Sie umfasst ein ganzes Bündel von Lebensbedingungen, die ein ‚anständiges‘ bzw. ‚standesgemäßes‘ Leben ausmachen. Schon die Arbeiterbewegungen der ersten industriellen Revolution kämpften nicht um materielle Standards allein, sondern dagegen, dass ihre „ganze Lebensweise“ und ihre Würde von den Unternehmern und Politikern des neuen industriellen Kapitalismus in Frage gestellt wurden, wie E.P. Thompson (1987 [1963]: 203ff., 432ff.) nachgewiesen hat. Diese Diagnose Thompsons wurde jüngst von K.A. Appiah (2011) aufgegriffen, um die Gründe auch der heutigen moralischen Rebellionen zu erklären. Bei sozialer Gerechtigkeit geht es darum, die *gewohnte gesellschaftliche Stellung und Lebensweise* im umfassendsten Sinne nicht nur materiell, sondern, wie Appiah betont, auch moralisch durch eine Kultur des gegenseitigen Respekts und der Selbst- und Mitbestimmung anerkannt zu bekommen. Das Ziel ist Stuserhalt und Respekt.

Die neoliberalen Eingriffe in die gesamten Lebensverhältnisse haben die Gerechtigkeitsvorstellungen in drei Dimensionen herausgefordert (vgl. Vester 2006b: 259).

- *Quantität der Lebensstandards*: Die Politik des ‚Sparens‘ stellt die gewohnten materiellen Einkommens- und Kostenstandards in Frage und hat damit verstärkt Lebenslagen der „Prekarität“ und der „Exklusion“ (Castel 2000 [1995]) entstehen lassen. Sie begünstigt privilegierte soziale Gruppen und untergräbt die Standards der öffentlichen Infrastrukturen sowie der Gesundheits-, Bildungs- und Sozialdienstleistungen. So entsteht das Paradox von „privatem Luxus und öffentlicher Verwahrlosung“ („private opulence and public squalor“ – J.K. Galbraith).

- *Qualität der Lebensweise und der Arbeitsweise:* Die Politiken der Flexibilisierung, Deregulierung und Unsicherheit greifen zunehmend in die *Umgangsformen und Organisationsweisen des Alltagslebens*, der Arbeits- und Lebensverhältnisse ein und reglementieren die Gestaltungsfreiheit. Deregulierte Technikentwicklungen gefährden dramatisch die *ökologischen Lebensbedingungen*. Davon werden zunehmend auch die Menschen in den gesicherten Lagen, in der Zone der „Integration“ (Castel 2000 [1995]) betroffen.
- *Parität zwischen den sozialen Gruppen:* Das Prinzip einer gleichen oder mindestens fairen Verteilung der Vorteile, Lasten, Chancen und Risiken wird durch Politiken einer zunehmenden *sozialen Asymmetrie zwischen privilegierten und minder privilegierten Gruppen* in Frage gestellt. Nicht zuletzt entstand ein hohes Protestpotential durch die enormen Steuerbegünstigungen für Unternehmen und hohe Einkommensgruppen und, ab 2008, durch die Absicherung der Spekulationsrisiken großer Banken zu Lasten der Steuerzahler.

Die neuen sozialen und moralischen Schief lagen bringen das bisherige Verhältnis zwischen den oberen, mittleren und unteren Milieus ins Rutschen. Dies wird durch die Indikatoren der zunehmenden Ungleichheit der Einkommensverteilung und der Bremsung der Bildungschancen besonders veranschaulicht.

1. In der *Einkommensverteilung* hatte sich schon 2005 eine Teilung in drei soziale Großlagen herausgebildet (vgl. Groh-Samberg 2007: 179):
 - 28 Prozent waren von den allgemeinen Standards des Wohlstands und der sozialen Sicherheit ausgeschlossen. Unter diesen lebten 8,4 Prozent in verfestigter Armut (43,1 Prozent des mittleren Einkommens).
 - 26,1 Prozent lebten in instabilem Wohlstand (89 Prozent des mittleren Einkommens). Die Gruppe hat kontinuierlich und etwa in dem Maße abgenommen, wie die verfestigte Armut zunahm.

Nur noch 45,9 Prozent lebten in eher dauerhaft gesichertem Wohlstand, mit 131,8 Prozent des mittleren Einkommens.

Die Arbeitnehmer der Mitte sind weniger vom Abstieg in die Armut als von relativem Abstieg in weniger sichere (*prekäre*) Lagen der Knappheit bedroht, darunter auch Menschen mit guter Fachausbildung, die in die (nach den Angaben des Sachverständigenrats von 2008) auf 38 Prozent der Beschäftigten gewachsenen Sektoren „atypischer Arbeitsverhältnisse“, also Niedriglohn, Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Teilzeitarbeit usw. abgedrängt sind. Inzwischen diagnostiziert das DIW auch eine „schrumpfende Mittelschicht“: „Die Schicht der Bezieher mittlerer Einkommen (...) ging von 62% im Jahr 2000 auf 54% im Jahr 2006 zurück. Entsprechend gestiegen ist der Bevölkerungsanteil an den Rändern der Einkommensverteilung, wobei (...) die Abwärtsmobilität stärker ausgeprägt war“ (Grabka/Frick 2008: 101).

2. *Bremmung der Bildungschancen.* Das Schulsystem konserviert eine ständische Chancenordnung, die die Kinder nach ihrer Herkunft in das dreistufige System der Schulen und der fachlichen Berufswege „einsortiert“ (Müller 1998a, Vester 2006a). Die Herkunftsfamilie bedingt bereits bei der Formierung des individuellen Habitus Bildungsvorsprünge, die vom Bildungssystem kaum ausgeglichen werden. In den *gering qualifizierten Arbeitnehmersmilieus* verfestigt sich die „Bildungsarmut“ (Allmendinger). Von den einstigen ‚bildungsfernen‘ Volksmilieus ist immer noch die eine Hälfte ‚bildungsfern‘ und schließt allenfalls die Hauptschule ab. 22 bis 23 Prozent der Jugendlichen beherrschen die Schlüsselkompetenz des Lesens nicht richtig und bleiben damit auf ungelernete Berufe oder Erwerbslosigkeit festgelegt (PISA-Konsortium Deutschland 2004: 105). Schon ihrer Zahl nach reicht diese Gruppe der Bildungsarmen erheblich in die Arbeitnehmermitte hinein. Die *fachqualifizierten Arbeitnehmersmilieus*, die andere Hälfte der einstigen ‚bildungsfernen‘, sind „ausgebremst“ (Klemm) bzw. weitgehend auf die mittlere Qualifikationsebene „umgelenkt“ (Müller) worden. Obwohl ausgesprochen bildungsaktiv, haben sie nur zu einem Drittel das Gymnasium erreicht; die Mehrheit wird auf die Realschule gelenkt (Vester 2006a).

Insgesamt sorgt, neben der Exklusion der untersten Schichten, die Prekarisierung der gut qualifizierten Mitte, für wachsende Unzufriedenheit. Den Angehörigen der respektablen Mitte werden Unsicherheiten und Abhängigkeiten zugemutet, die den Abstieg in die unterprivilegierten Milieus symbolisieren. Nicht nur die materiellen und moralischen Schief lagen, sondern auch die Wiederherstellung kleinlicher autoritärer Strukturen treffen mehrheitlich nicht mehr auf gering qualifizierte, sondern auf gut gebildete, autonomiefähige Bürgerinnen und Bürger. Aus dieser Mitte, die ihre Anliegen aktiver vertreten kann, kamen auch die zunehmend aktive Gegenwehr von Gewerkschaften und von Bürgerbewegungen, wachsende Bewegungen zur Ersetzung des dreigliedrigen Schulsystems durch Gesamtschulen und auch Protestbewegungen gegen haushaltspolitische Asymmetrien, das Sparen bei Sozialausgaben und die Verschwendung von Steuergeldern für große Banken, Energiekonzerne und Verkehrsprojekte. Die politische Verdrossenheit richtet sich nicht einfach auf materielle Verteilungsfragen, sondern auf die moralisch-symbolische Ebene der Arroganz der Macht, die in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik durch das Stichwort ‚Basta-Politik‘ symbolisiert worden ist.

8. Die neue politische Großwetterlage:

Kurswechsel zu einem „partizipatorischen Wohlfahrtsstaat“?

Wie beschrieben, stellt sich die Frage der sozialen Gerechtigkeit gleichsam auf zwei Achsen dar. Es geht nicht nur um die Verteilung sozialer Chancen zwischen den verschiedenen vertikalen Schichtungsstufen. Es geht auch um die Ansprüche der Selbst- und Mitbestimmung. Hier stehen sich auf allen Schichtungsstufen konservative Milieus, die ihre Sicherheit eher in Autoritätshierarchien suchen, und modernere Milieus, die mehr soziale und politische Partizipation wünschen, horizontal gegenüber. Die *vertikalen Klassenkonflikte* stehen immer im Hintergrund, aber in der letzten Zeit sind die *horizontalen Klassenkonflikte* stärker in den Vordergrund getreten. In ihnen geht es darum, ob die Probleme eher mit

demokratischen oder eher mit autoritären oder sogar rechtspopulistischen Mitteln gelöst werden sollen.

In der Bundesrepublik sind diese Rechts-Links-Konflikte bisher nicht so zugespitzt verlaufen wie in den USA und in manchen europäischen Nachbarländern. In der deutschen Bevölkerung befürwortet eine große Mehrheit von etwa 80 Prozent einen ausgleichenden Wohlfahrtsstaat (nach dem konservativen oder dem sozialdemokratischen Pfadmodell) und eine kleine Minderheit von weniger als 10 Prozent einen neoliberalen Pfad. Ein demokratischer Weg wird von einer ähnlichen Mehrheit befürwortet, darunter die inzwischen mindestens 28 Prozent Befürworter einer direkteren Bürgerbeteiligung und partizipatorischen Demokratie (vgl. Vester u. a. 2001; Vester 2010b). Vor dem Hintergrund dieser Grundeinstellungen hat sich seit den frühen 1990er Jahren viel Verdrossenheit aufgestaut und in kleinen Konflikten geäußert.

Die neue Wirtschaftskrise führte nicht sofort zu einer Änderung der politischen ‚Großwetterlage‘. Erst von 2010 auf 2011 verwandelte sich die schleichende Unzufriedenheit, in einem qualitativen Sprung, vielerorts in eine allgemeine politische Autoritäts- und Legitimitätskrise. Stellvertretend steht dafür nach Fukushima der Satz, die Risiken der Kernkrafttechnologie seien ‚nicht mehr beherrschbar‘. Dieser Satz ist in aller Munde. Auch viele andere große Probleme gelten als unter dem bisherigen politischen Kurs ‚nicht mehr beherrschbar‘.

Wie in einer Art Kettenreaktion erreicht die Vertrauenskrise immer mehr Problembereiche. Die 2008 ausgelöste Krise, die als die schwerste seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre angesehen wird, hat erst allmählich ihre Dimensionen entwickelt. Während nach 1929 in vielen Ländern große Arbeiter- und Volksproteste einen politischen Wechsel eingeleitet hatten (in Schweden zur Sozialdemokratie, in anderen Ländern nach rechts), blieb diese Art von Bewegungen nach 2008 in Deutschland aus. Die Besorgnis der Arbeitnehmer war angesichts der drastischen Ex-

porteinbrüche durchaus vorhanden. Aber die Industriegewerkschaft Metall (IG Metall) konnte im Frühjahr 2009 die Unternehmer und die Bundesregierung in einem ‚historischen‘ Abkommen zur Subvention der Kurzarbeit bewegen. Diese verhinderte, zusammen mit der Abwrackprämie für Altfahrzeuge, eine drastische Zunahme der Arbeitslosigkeit und Schwächung der Inlandsnachfrage und pufferte damit den Übergang zu der im Sommer 2009 wieder zunehmenden Nachfrage aus dem Ausland ab. Denn die Erwartung, dass die Auslandsnachfrage dauerhaft einbrechen würde, erfüllte sich nicht. Der Rückgang der Nachfrage aus den USA und anderen verschuldeten Ländern wurde bald kompensiert durch die Nachfrage aus den großen neuen Industrieländern in Asien und Südamerika, die die Krise Dank einer regulierenden staatlichen Wirtschaftspolitik rasch überwinden konnten. Bei uns wie dort wurde die Nachfrage also durch eine Art *praktischen Keynesianismus* stabilisiert.

Für die Arbeitnehmer der deutschen Metall-, Elektro- und Automobilindustrie war das Jahr 2009 also keine manifeste Krisenerfahrung, ganz im Gegensatz zum Krisenjahr 1993/94. Damals hatte die IG Metall das gleiche Angebot gemacht, aber keine Gegenliebe bei der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung und bei den Unternehmern gefunden, die die Krise lieber für Verkleinerungen ihrer Belegschaften nutzen wollten. Dass diese nun 2009 zu einer Art unfreiwilligem Keynesianismus bereit waren, war der schwarz-roten Koalition und auch der Tatsache geschuldet, dass die Unternehmer sich seit spätestens 2008 in einer wesentlich veränderten Situation befinden.

Zu diesen Veränderungen gehören große Verschiebungen im internationalen Kräftefeld. Die Wachstumseffekte des neoliberal-informations-technologischen Modells haben sich spätestens seit der Dotcom-Krise von 2001 abgeschwächt. Das Kraftzentrum des Weltmarktes verlagerte sich von der atlantischen Achse (mit der Konkurrenz mit neoliberal deregulierten Ökonomien) zu der Achse mit den neuen Industrieländern (mit ihren regulierten und stark wachsenden Ökonomien). Die Bundesrepublik kann mit ihrer Exportkraft zwar davon profitieren, aber sie bleibt

durch zunehmende innergesellschaftliche wie internationale Ungleichgewichte in der Defensive. Die Disparität zwischen exportstarken Ländern und Schuldnerländern hat sich zu einem inneren Konflikt der Eurozone ausgewachsen. Die schwarz-gelbe Regierung bremst die Entwicklung eines finanz- und wirtschaftspolitischen Regulierungsrahmens. Dieser könnte den krisenverschärfenden Einfluss des nach wie vor mächtigen Spekulationskapitals zurückdrängen und den peripheren Ländern statt einer Austeritätspolitik eine Art Marshallplan zur Entwicklung ihrer Wirtschaftskraft und Bekämpfung ihrer enormen Massenarbeitslosigkeit anbieten. Stattdessen hält die Zitterpartie an. Wenn nach Griechenland, Irland und Portugal ein weiteres Land seine Finanzlage nicht mehr ‚beherrschen‘ kann, sind schwerere Rückwirkungen auch auf die Bundesrepublik zu befürchten.

Die von der Wirtschaftskrise angetriebene Erhöhung der Importpreise für Rohstoffe und Lebensmittel schmälert die Lebenshaltung der sozialen Mitte selbst bei uns. In den peripheren Ländern destabilisiert sie die ohnehin schon prekarierte Lage auch der Mitte dramatisch. Die davon ausgelöste Bewegungen gegen sich bereichernde politische Oligarchien werden möglicherweise nicht auf die arabischen Länder beschränkt bleiben. Sie greifen auf Europa über, und selbst die Oligarchien des Gewinnerlandes China fürchten die zunehmende Unzufriedenheit mit den neuen Privilegierten und verschärfen die Einschüchterung von Demokratiebewegungen. Gleichzeitig kommt aus den neuen Industrieländern ein inzwischen koordinierter Protest gegen die Finanzpolitik der alten reichen Industrieländer, die weiterhin die Risiken der Verarmung in den Peripherieländern und von Krisen der Staatsfinanzen erhöhe.

Gleichwohl motivieren die zunehmenden sozialen und internationalen Spannungen und ökologische Katastrophen wie die von Fukushima und des Klimawandels eine – langsame und nach Ländern ungleichmäßige – Entstehung neuer Interessenkoalitionen und Konzepte. In Deutschland hat dieser Prozess durch Fukushima und Stuttgart 21 einen ungeheuren neuen Schub bekommen, der in Baden-Württemberg mit dem lange Zeit

unvorstellbaren Mehrheitsverlust der bürgerlichen Koalition und dem Aufstieg der Grünen zur führenden Regierungspartei verbunden war. Es geht um die Ablösung des an seine Grenzen gekommenen, finanzmarktgetriebenen neoliberalen Wachstumsmodells durch ein ökologietechnisches Modell, das den entsprechenden Fraktionen des Kapitals expandierende Verdienstmöglichkeiten bietet und damit eine neue jahrzehntelange Welle des Wirtschaftswachstums einleiten könnte.

Nachdem mit dem Fukushima-Effekt auch das bürgerliche Lager in diese Richtung umgeschwenkt ist, stehen allerdings neue Konflikte über das Wie an. Die konservative Seite möchte das neue Wachstumsmodell mit dem alten neoliberalen Sozialmodell verbinden, dessen Kern die Senkung der Steuern für die Großen und eine Austeritäts- und Sparpolitik zu Lasten der mittleren und unteren Bevölkerungsgruppen ist. Damit wäre kein finanzieller Spielraum für eine Wiederherstellung der wohlfahrtsstaatlichen Dienstleistungen, d. h. Bildung, Gesundheit, Soziales und kommunale Infrastrukturen. Diese sind aber kein Luxus, sondern wichtige Zukunftsinvestitionen für die ganze Gesellschaft, die überdies – wie seinerzeit im skandinavischen Pfadmodell – zu einer erhöhten Beschäftigung und damit Konsumnachfrage beisteuern würden.

Hier sind neue Konflikte zu erwarten. Seitdem Milliarden von Steuergeldern zur Absicherung der Spekulationsverluste der großen Banken bereitgestellt wurden, verliert die heilige Kuh der Sparpolitik ihre Legitimation. Es ist durchaus genug Geld da – wenn man eine Bank ist. Eine neue ökologietechnische Wachstumswelle dient schon von sich aus der Lebensqualität und der Kompetenzentwicklung der Menschen. Sie ließe sich gut mit einer Politik verbinden, die die verschärften Einkommensungleichheiten und Demontagen des Wohlfahrtsstaates wieder rückgängig macht. Wenn das Interesse an einer aktiven Bürgerbeteiligung am politischen Leben weiter mobilisiert bleibt, könnte das ökologietechnische Wachstumsmodell mit der Entwicklung eines *partizipatorischen Wohlfahrtsstaates* verbunden werden.

Literaturverzeichnis

- Appiah, Kwame Anthony (2011): Eine Frage der Ehre oder Wie es zu moralischen Revolutionen kommt. München: Beck.
- Blauner, Robert (1964): Alienation and Freedom – The Factory Worker and His Industry. Chicago/London: University of Chicago Press.
- Bourdieu, Pierre (1982 [1979]): Die feinen Unterschiede. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Castel, Robert (2000 [1995]): Die Metamorphose der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: UVK.
- Durkheim, Emile (1961 [1894]): Die Regeln der soziologischen Methode. Neuwied: Luchterhand.
- Durkheim, Emile (1988 [1893/1902]): Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Esping-Andersen, Gösta (Hrsg.) (1993): Changing Classes. London: Sage.
- Esping-Andersen, Gösta (1998): Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In: Lessenich, Stephan/Ostner, Ilona (Hrsg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 19-56.
- Geiger, Theodor (1949): Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel. Köln/Hagen: Kiepenheuer.
- Geißler, Rainer (2008): Die Sozialstruktur Deutschlands. 5. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.
- Giddens, Anthony (1999): Der dritte Weg – die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Grabka, Markus M./Frick, Joachim R. (2008): Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? In: Wochenbericht des DIW Berlin Heft 10, S. 101-108.
- Groh-Samberg, Olaf (2007): Armut in Deutschland verfestigt sich. In: Wochenbericht des DIW Berlin Heft 12, S. 177-182.

- Grusky, David B./Sörensen, Jesper B. (2001): Are There Big Social Classes?
In: Grusky, David B./Manwai, C.Ku/Szelényi, Sonja (Hrsg.) (2008):
Social Stratification: Class, Race and Gender in Sociological Perception.
3. Auflage. Boulder: Westview Press, S. 183-184.
- Kaase, Max (1984): The Challenge of the 'Participation Revolution'. In: International Political Science Review, Band 5, Nummer 3, S. 299-318.
- Kaufman, Arnold (1960): Participatory Democracy and Human Nature.
In: Nomos, Heft 3 (Responsibility).
- Kern, Horst/Schumann, Michael (1984): Das Ende der Arbeitsteilung.
München: Beck.
- Mallet, Serge (1972 [1963]): Die neue Arbeiterklasse. Neuwied/Berlin:
Luchterhand.
- Marshall, Thomas Humphrey (1989 [1950]): Citizenship and Social Class.
Cambridge: University Press.
- Müller, Walter (1998a): Erwartete und unerwartete Folgen der Bildungsexpansion. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jahrgang 50, Sonderheft 38: Die Diagnosefähigkeit der Soziologie, S. 81-112.
- Müller, Walter (1998b): Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jahrgang 50, Heft 1, S. 3-46.
- Piore, Michael J./Sabel, Charles, F. (1989 [1984]): Das Ende der Massenproduktion: Studie zur Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft. Berlin: Wagenbach.
- PISA-Konsortium Deutschland (2004): PISA, 03. Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs, Münster: Waxmann.
- Rudzio, Wolfgang (2003): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 6. Auflage. Opladen: Leske + Budrich.
- Sünker, Heinz (1999): Kritische Bildungstheorie und Gesellschaftsanalyse: Bildung, Arbeit und Emanzipation. In: Heinz Sünker/Heinz-Hermann Krüger (Hrsg.): Kritische Erziehungswissenschaft am Neubeginn?!. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 327-348.

- Thompson, Edward Palmer (1987 [1963]): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Vester, Michael (1972): Die Gegenreform-Kampagne 1970-1972. In: links. Sozialistische Zeitung, Nummer 3, Heft 31, S. 9-11.
- Vester, Michael (2006a): Die ständische Kanalisierung der Bildungschancen. In: Georg, Werner (Hrsg.), Soziale Ungleichheit im Bildungssystem. Konstanz: UVK, S. 13-54.
- Vester, Michael (2006b): Der Kampf um soziale Gerechtigkeit. Zumutungen und Bewältigungsstrategien in der Krise des deutschen Sozialmodells. In: Bude, Heinz/ Willisch, Andreas (Hrsg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg: Hamburger Edition/Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 243-293.
- Vester, Michael (2010a): „Orange“, „Pyramide“ oder „Eieruhr“? Der Gestaltwandel der Berufsgliederung seit 1990. In: Burzan, Nicole/Berger, Peter A. (Hrsg.): Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte. Wiesbaden: VS Verlag, S. 55-78.
- Vester, Michael (2010b): Alternativbewegungen und neue soziale Milieus. In: Reichardt, Sven/Detlef Siegfried, Detlef (Hrsg.): Das Alternative Milieu. Göttingen: Wallstein, S. 27-60.
- Vester, Michael/Hofmann, Michael/Zierke, Irene (Hrsg.) (1995): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Köln: Bund.
- Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko u.a. (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt am Main: Suhrkamp [Vollst. überarbeitete Fassung der 1993 im Bund-Verlag erschienenen 1. Ausgabe].
- Vester, Michael/Teiwes-Kügler, Christel/Lange-Vester, Andrea (2007): Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit. Hamburg: VSA.
- Vögele, Wolfgang/Bremer, Helmut/Vester, Michael (2002): Soziale Milieus und Kirche. Würzburg: Ergon.
- Weber, Max (1972 [1921]): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen: Mohr.

- Weber, Max (1988): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In: Weber, Max: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie Band I. Tübingen: Mohr, S. 17-206.
- Wiebke, Gisela (2006): Ähnlichkeit oder Differenz – Was bestimmt heute das Zusammenleben von türkischen und deutschen Jugendlichen? In: Bremer, Helmut/ Lange-Vester, Andrea (Hrsg.): Soziale Milieus und Sozialstruktur. Wiesbaden: VS Verlag, S. 360-384.

Marlene Werfl

Statement: Wer könnten die Träger eines Demokratisierungsprozesses sein?

Das Zusammenspiel von institutionalisiertem Staat und demokratisch mitwirkendem Volk ist in eine bedenkliche Schieflage geraten. Einerseits fühlen sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger ohnmächtig und haben das Gefühl, dass ‚die da oben‘ sowieso machen, was sie wollen, andererseits werden diejenigen, die sich damit nicht abfinden und ihren Protest äußern, zunehmend als Störenfriede angesehen, ja gar in die Ecke von Terroristen gestellt. Zum Glück gibt es in unserem Land Menschen, die außerhalb von Parteien und Parlamenten gesellschaftliche Aufgaben zu ihrem Anliegen machen. Die zahlenmäßig starken Proteste gepaart mit klaren Alternativen sowohl bei den Anti-Atom-Protesten als auch gegen Stuttgart 21, um zwei Beispiele zu nennen, lassen mich hoffen, dass die Zahl der Menschen wächst, die an der Gestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen und die sich für die Weiterentwicklung unserer Demokratie interessieren. Das Bündnis gegen Stuttgart 21 plant z.B. derzeit einen Demokratiekongress Ende Februar, die dem es um den *Demokratienotstand* weit über das Bahnprojekts hinaus gehen soll: mit Themen vom Lokalen bis Europa.

Demokratischen Verfügungsraum erhalten – Privatisierung öffentlicher Güter stoppen

Dass *alternativlos* zum Unwort des Jahres gewählt wurde, steht in meinen Augen für einen zunehmenden Widerstand gegen Alternativlosigkeit und Sachzwänge, die letztlich Demokratie überflüssig machen und die Entscheidungsträger, die ja eigentlich gar nichts zu entscheiden haben, zudem jeder Verantwortung entheben. Diese behauptete Alternativlosig-

keit verbreitete sich zusammen mit dem neoliberalen Wirtschaftsmodell und führte zu einer Entkernung der Demokratie. Was unter dem Begriff Privatisierung in verschiedenen Formen abläuft, entzieht den öffentlichen Händen immer mehr Bereiche unserer elementaren Daseinsvorsorge und überführt sie in die Sphäre der renditeorientierten Privatwirtschaft und entzieht sie damit weitgehend demokratischer Mitbestimmung. Ich zähle dazu auch das, was als *Public Private Partnership* angepriesen wird, wobei das öffentliche Eigentum offiziell erhalten bleibt, aber dennoch die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten ausgehöhlt werden. Ich verkenne nicht, dass allein der Status *öffentliches Eigentum* noch keine demokratische Mitwirkung garantiert. Diese Möglichkeiten müssen tatsächlich auch erst geschaffen, oder ausgebaut, oder wiederbelebt werden. Aber solange die Wirtschaft der am wenigsten demokratische Bereich ist, muss eine weitere Privatisierung öffentlicher Güter gestoppt werden, und nach Möglichkeit, verkaufte Bereiche wieder zurückgeholt werden.

Vom Mehrheitsentscheid in Richtung Konsens

Als Vertreterin von Attac möchte ich zum Schluss noch auf ein Demokratiedefizit eingehen, an dessen Behebung Attac intern schon seit seiner Gründung – zumindest in der BRD – experimentell arbeitet. Das demokratische System baut auf Mehrheitsentscheidungen auf, wobei im ungünstigsten Falle der Wille von 51 Prozent über den Willen von 49 Prozent siegt, es also Sieger und Verlierer gibt. Genau genommen herrschen dann 51 Prozent über die 49 Prozent. Dies erzeugt bei den Verlierern zunehmend Frust und auch das Gefühl, in diesem Staat nicht richtig repräsentiert zu sein. Die meisten sehen da keine Alternative, weil irgendwann Entscheidungen getroffen werden müssen. Die alltägliche Arbeit der Parteien richtet sich dann auch vorrangig darauf, die Mehrheit zu überzeugen und an der Macht zu bleiben. Dabei geht es dann um Geschlossenheit und wie man seine Ideen am besten verkauft. Viele gute Ideen, die es ja auf der gegnerischen Seite auch gibt, fallen dann einfach unter den Tisch.

Attac arbeitet bei wichtigen Entscheidungen nach dem Konsensprinzip. Damit ein Antrag angenommen wird, braucht es eine überwiegende Anzahl großer und halbwegs Begeisterter, eventuell einige Unentschiedene und Leute mit Bedenken, aber höchstens 10 Prozent so genannter Vetos von Leuten, die mit diesem Vorschlag absolut nicht leben können. Bei um die 10-15 Prozent Vetos wird eine Konsensrunde eingesetzt mit denjenigen, die Veto eingelegt haben und den BefürworterInnen. Die Bedenken werden angehört und nach Wegen gesucht, wie diese Interessen noch in den Vorschlag eingebaut werden können. Das gelingt manches Mal, aber nicht immer.

Ich will nun nicht vorschlagen, dass wir demnächst im Parlament das Konsensprinzip einführen sollten. Aber ich denke, wir sollten uns in diese Richtung bewegen, weil wir es uns einfach nicht leisten können, große Verlierergruppen zu produzieren und auf die positiven Ressourcen dieser Verlierergruppen zu verzichten. Wenn jetzt bei den Nachbesserungen zu Hartz IV nach einem Kompromiss gesucht werden muss, weil die erforderliche Mehrheit nicht erreicht wurde, dann ist das etwas in diese Richtung. In diese Richtung sollten wir uns aber grundsätzlich bewegen. Das heißt, lagerübergreifend nach den besten Lösungen suchen, mehr sachbezogen arbeiten als machterhaltend und dies nicht im Sinne von faulen Kompromissen, sondern im Bemühen um gute Lösungen, die für eine möglichst große Anzahl von Menschen akzeptabel sind. Einen solchen Weg zu beschreiten, würde aber auch bedeuten, sich von der Vorherrschaft des Konkurrenzdenkens zu lösen und solidarischem Handeln mehr Bedeutung und Wirkungsraum zu geben.

Bei größeren Infrastruktur-Projekten wird solches schon mittels Mediationsverfahren praktiziert. Dabei werden im Frühstadium der Planungen alle irgendwie betroffenen Gruppierungen einbezogen. Die unterschiedlichen Interessen werden benannt und gemeinsam wird nach Lösungen gesucht, die möglichst viele Bedürfnisse befriedigen und sich nicht nur an Wachstum, guten Renditen und gesetzlichen Bestimmungen orientieren. Der behaupteten Alternativlosigkeit mancher Projekte können so

kreative Lösungen entgegengestellt werden. In einem solchen Verfahren müssen dann auch GegnerInnen und KritikerInnen finanzielle Mittel für Gutachten und Beratung durch ExpertInnen zur Verfügung gestellt werden. Die Ergebnisse solcher Verfahren müssten jedoch zwingend in die politischen Entscheidungsprozesse einfließen und dürfen nicht nur Alibiveranstaltungen sein. Und vor allem dürfen sie nicht mehr im freiwilligen Ermessen von Projektbetreibern bleiben, sondern verbindlicher Bestandteil von Planungsvorhaben werden.

Adrian Schäfer

***Statement:* Die heutige Jugend – Zukunft der Demokratie?**

Die heutige Jugend, zu der ich mit meinen 19 Jahren Lebenserfahrung wohl auch zähle, hat kein bzw. kaum Interesse an Politik. In der 15. Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2006 wurde festgestellt, dass nur 35 Prozent der befragten Jugendlichen (12 bis 25 Jahre) Interesse an Politik haben. Im Gegensatz dazu bezeichnen sich 64 Prozent als wenig oder gar nicht interessiert. Wenn man diese Ergebnisse mit der Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2002 vergleicht, ist die Anzahl derer, die sich für Politik interessieren, zwar leicht gestiegen, trotzdem ist Politik noch lange nicht ‚cool‘. Dass politische Partizipation nicht besonders beliebt ist, zeigt auch die Tatsache, dass drei Viertel der Jugendlichen regelmäßig ihre Freizeit für soziale und gesellschaftliche Zwecke ‚opfern‘, aber das Interesse an aktiver Mitarbeit in Parteien oder Gewerkschaften wenig ausgeprägt ist (vgl. Quenzel 2006). Diese Tatsache kann häufig bei Wahlen für Schülervvertretungen beobachtet werden. Auch wenn es dafür keine Statistik gibt, ist mir aufgefallen, dass diejenigen, die wirklich etwas bewegen wollen, nicht gewählt oder später für ihr Engagement ausgelacht werden, oder eben gleich der ‚Klassenclown‘ zum Klassensprecher wird, mit dem man dann viel Spaß hat, aber meistens nicht Schule verändern kann.

Für mich hat Partizipation viel mit dem Gefühl zu tun, etwas für die Gesellschaft getan bzw. geleistet zu haben, denn in kaum einem anderen Bereich kann man so viel bewegen, wie in der Politik. Natürlich schreckt manch eine stundenlange Diskussion ab. Aber gerade in den Kommunalparlamenten wird parteiübergreifend wirklich etwas bewegt, sei es vielleicht ‚nur‘ ein neuer Spielplatz, aber genau das ist es doch, was die Bürgerinnen und Bürger von ihren KommunalpolitikerInnen erwarten: die Gemeinde zu einem lebenswerten Ort zu gestalten.

Während meiner Zeit an der Realschule meiner Heimatgemeinde, durfte ich eine Form von Partizipation erleben, die mich dazu motiviert hat, aktiv Politik mitzugestalten. Damals suchte der Gemeinderat nach einer Lösung für eine unbebaute Fläche nahe dem örtlichen Naturbades. Anstatt einfach selber zu bestimmen, was gebaut wird – so wie sich viele Menschen ja leider noch Politik vorstellen – wurde unsere Klasse damit beauftragt, ein Konzept für diese Fläche zu entwickeln. Nach einigen Umfragen in der Schule, Planungen und Diskussionen – also genau dem, was man als Kommunalpolitiker auch machen würde – durften wir unsere Arbeit dem Rat vorstellen. Ich kann Ihnen heute freudig und auch ein bisschen stolz mitteilen, dass 100 Prozent unseres Entwurfes übernommen wurden. Ein kleiner Wehrmutstropfen ist leider, dass sich außer mir niemand entschlossen hat, politisch aktiv zu werden. Im Rahmen dieser Erkenntnis möchte ich darauf hinweisen, dass ich für jeden neuen demokratisch Denkenden dankbar bin, egal in welcher demokratischen Partei er sich engagiert, denn gerade von den verschiedenen Ansichten, die in eine Diskussion eingebracht werden, lebt die Politik.

Zu Anfang meines Beitrages habe ich darauf hingewiesen, dass meiner Ansicht nach, erst das Gefühl entstehen muss, von der Gesellschaft gebraucht zu werden und der Gesellschaft etwas wert zu sein. Erst, wenn dieses Gefühl vorhanden ist, kann die politische Meinung reifen und in eine der vielzähligen politischen Organisationen eingebracht werden. Mein Vorschlag wäre, jeden Jugendlichen nach Ende seiner Schulzeit zu einem *Sozialen Jahr* zu verpflichten. Denn gerade durch den Wegfall von Wehr- und Zivildienst fehlen die sozialgesellschaftlichen Kontakte vor Beginn der Ausbildung bzw. des Studiums. Durch ein Soziales Jahr reifen zum einen, die immer wichtiger geworden *Soft Skills*, zum anderen hat man aber auch das Gefühl, gebraucht zu werden und dieser Gesellschaft etwas zurückgeben zu können. Als Beispiel möchte ich die Arbeit mit Menschen mit geistiger und/oder körperlicher Beeinträchtigung anbringen. Gerade in diesen Bereich hat ein Großteil der Bevölkerung Berührungspunkte. Ich behaupte mal, dass wir alle uns schon dabei ertappt haben, Menschen hinterher zu schauen, die anders sind als wir selbst. Was wäre aber, wenn jetzt ein junger Mensch durch das Soziale Jahr in eine

Einrichtung zur Förderung von Menschen mit Beeinträchtigungen kommt? Zum einen verliert er seine Berührungsgänge, erzählt Freunden und Verwandten davon, die vielleicht dadurch auch ihre Berührungsgänge verlieren. An dieser Stelle folgt zudem der für diesen Beitrag vielleicht wichtigste Aspekt: der junge Mensch erkennt das immer noch Unterschiede in der gesellschaftlichen Behandlung von ‚gesunden‘ und ‚beeinträchtigten‘ Menschen herrschen und möchte sich dann möglicherweise für eine Gleichbehandlung einsetzen. Wo ist er jetzt gelandet? Natürlich dort, wo wir möglichst viele junge Menschen haben wollen damit unsere Demokratie nicht bald ausstirbt: in der Politik. Mir ist bewusst, dass wir damit nicht jeden Jugendlichen erreichen, aber auch wenn sich nur ein kleiner Teil einbringt, wird die Demokratie davon profitieren.

Zum Abschluss möchte ich noch auf einen Beitrag von Altkanzler Helmut Schmidt, den ich in einem Interview mit Sandra Maischberger gelesen habe, verweisen:

„Sie müssen sich freimachen von der Vorstellung, dass die Demokratie schlechtweg etwas Ideales sei. Demokratie hat viele, viele Schattenseiten und Schwächen und Versuchungen. Und trotzdem hat Churchill recht: Die Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von denen, die wir schon vorher ausprobiert haben. Aber ideal in dem Sinne, dass Demokratie eigentlich unfehlbar sei, das zu glauben ist ein schwerer Irrtum.“

Meiner Meinung nach brauchen wir gerade deswegen so viele junge demokratisch denkende Menschen, damit immer Einer oder Eine den Finger heben kann, wenn eine der vielen Schattenseiten, Schwächen und Versuchungen zu stark die Oberhand gewinnt.

Literaturverweis

Quenzel, Gudrun (2006): Politik – nein Danke? Ausgewählte Ergebnisse der 15. Shell Jugendstudie. In: *Television* Heft 19.

Sascha Vogt

Statement: Demokratie und die SPD

1. Mehr Demokratie ist mehr als BürgerInnenentscheid

In der SPD wird wieder über Demokratie diskutiert. Immerhin, denn jahrelang wurde dieses für eine sozialdemokratische Partei, die sich oft in der Tradition des ehemaligen Bundeskanzlers Willy Brandts sieht, sicherlich nicht ganz unwichtige Thema eher an den Rand der Tagesordnung gedrängt. Man war entweder zufrieden mit dem Erreichten oder hatte ja nun gerade auch wirklich genug anderes zu tun. Dass die SPD das Thema Demokratie in einer von sechs Zukunftswerkstätten nach der Wahlniederlage 2009 prominent aufgriff, muss daher als Fortschritt bezeichnet werden. Doch das im Frühjahr 2011 verabschiedete Grundsatzpapier fokussiert sich dann leider fast ausschließlich auf den Aspekt der direkten Demokratie. Darüber kann man sich natürlich streiten, das Pro und Contra gegeneinander abwägen und zu ganz unterschiedlichen Einschätzungen darüber kommen, ob, wann und wie mehr BürgerInnenentscheide eine sinnvolle Sache sein können. Das Papier beantwortet die Frage recht klar: Ja, sie können sinnvoll sein, aber nur unter bestimmten Voraussetzungen. Dass die Frage der direkten Demokratie gerade vor dem Hintergrund der Stuttgart 21-Diskussion an Bedeutung gewonnen hat und Aspekte der parlamentarischen Demokratie zunehmend in Frage gestellt werden, ist unstrittig. Sich aber ausschließlich auf dieses Thema zu konzentrieren, wird die Krise der parlamentarischen Demokratie nicht überwinden, auch wenn eventuell einige Symptome gelindert werden können.

Wenig Zeit und Aufwand wird aber zunächst einmal auf die Frage verwendet, wo denn der tiefere Grund der Krise der parlamentarischen De-

mokratie, der Entfremdung von Menschen und Politik liegt. Sicherlich, auf der einen Seite gibt es etliche Verfahren, die eine sinnvolle Beteiligung der Menschen an politischen Entscheidungen erschweren. Wer etwa, wie ein CDU-Abgeordneter auf die Frage der mangelnden Bürgerbeteiligung antwortet, er könne dies nicht nachvollziehen, schließlich gebe es ja ein ‚Planfeststellungsverfahren‘, hat es schlicht nicht verstanden. Für die meisten hört sich das wie ein Ungetüm an, dem man lieber nicht begegnen möchte. Eine Debatte über mehr Beteiligung der BürgerInnen bei Sachfragen ist also sicherlich geboten.

Auf der anderen Seite würde es sich die SPD aber viel zu einfach machen, wenn sie das Problem darauf reduzieren würde. Die ganze Wahrheit ist nämlich etwas schmerzvoller: hat man doch selbst kräftig dazu beigetragen, dass viele Menschen nicht mehr einen Konflikt zwischen verschiedenen politischen Meinungen, sondern einen zwischen ‚uns hier unten‘ und ‚denen da oben‘ sehen. Wenn man jahrelang selbst im Chor mit vielen anderen predigt, dass die Politik (und damit die Demokratie) gar nicht mehr die Möglichkeit hat, Entscheidungen zu treffen, sondern diese quasi von höheren Mächten (der Globalisierung, dem demographischen Wandel etc.) vorgegeben sind, versteht letztlich auch niemand mehr, warum Demokratie etwas Gutes sein könnte. Wenn der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder sagt, es gebe keine linke oder rechte Wirtschaftspolitik mehr, sondern nur richtige oder falsche, dann kann man zugespitzt in der Tat fragen, ob es nicht besser wäre, Verwaltungsfachleute ran zu lassen und die Kosten für ein Parlament gleich ganz zu sparen. Besonders verstärkt wird dieser Eindruck dann, wenn gebetsmühlenartig wiederholt wird, dass Entscheidungen, mit denen es einem Großteil der Menschen schlechter geht (Sozialkürzungen etc.), unumgänglich seien und wir alle den Gürtel enger schnallen müssen und gleichzeitig viele mit ansehen müssen, dass es einigen wenigen gar nicht schlechter, sondern weitaus besser geht. Wenn sich die Verantwortlichen dann auch noch hinter Fachbegriffen im Klein-Klein der Gesetzestexte verstecken, die niemand mehr nachvollziehen kann und jede Alternative als ‚ideologisch‘ brandmarken, fragt sich sicherlich so manch einer, war-

um man eigentlich noch zur Wahl gehen soll. Kurz: Die allermeisten Parteien haben selbst dazu beigetragen, sich von den Menschen zu entfremden, indem sie es versäumt haben, ihre berechtigten Sorgen und Anliegen ernst zu nehmen und Alternativen aufzuzeigen. Gerade die SPD war immer die Partei, die den Menschen aufgezeigt hat, dass ihr Leben besser wird als es gestern war, wenn sie regiert. Das Gefühl haben viele Menschen nicht mehr.

Und genau deshalb wäre es jetzt auch fatal, wenn sich die Auseinandersetzung in der SPD nur um die Frage der direkten Demokratie dreht. Die SPD muss wieder lernen, die alltäglichen Sorgen und Ängste der Menschen aufzunehmen und daraus ein Programm zu formen, das den Weg in eine bessere Zukunft – und nicht die des geringeren Übels – aufzeigt. Dazu wiederum kann der Demokratie-Diskurs beitragen. Wenn er denn umfassend geführt wird.

2. Ein echtes (sozial)demokratisches Programm

Laut dem in Hamburg beschlossenen Grundsatzprogramm steht die SPD für den demokratischen Sozialismus. Nun kann lang und breit darüber gestritten werden, was dieses Ziel eigentlich in der konkreten Ausgestaltung genau bedeuten soll. Unumstritten dürfte aber sein, dass es hier um mehr geht als die klassische bürgerliche Demokratie, in der formal alle die gleichen demokratischen Rechte haben. Es ging und geht auch immer um die materielle Dimension, um die Frage, wie alle Menschen ein auch von materiellen Sorgen freies Leben führen und demokratisch mitbestimmen können. Natürlich müssen diese Fragen auch im Kontext aktueller wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen immer wieder neu beantwortet werden. Und gerade deshalb lohnt es sich, sie zu diskutieren. Wichtige Punkte eines solchen umfassenden Demokratie-Diskurses sind dabei unter anderem:

- Die letzte Wirtschafts- und Finanzkrise war ganz maßgeblich auch das Ergebnis deregulierter Finanzmärkte. Auch das hat etwas mit Demokratie zu tun: Überlassen wir bestimmte Teile des Marktes sich selbst und ziehen uns aus der demokratischen Kontrolle zurück? Die auch von der SPD verfolgte Deregulierungspolitik war und ist nichts anderes als ein Rückzug der Demokratie. Eigentlich könnte dies ein wichtiger Ansatzpunkt der Sozialdemokratie sein: auch die Finanzmärkte benötigen eine demokratische Kontrolle, wenn man das Ziel verfolgt, dass die Wirtschaft (und damit auch die Finanzmärkte) dem Menschen zu dienen hat und nicht umgekehrt. Natürlich geht so etwas nicht allein im nationalstaatlichen Raum. Aber gerade das würde es ja auch interessant machen.
- Das Thema Wirtschaftsdemokratie ist fast vollständig von der politischen Agenda verschwunden. Ja, wir alle sind für Betriebsräte und eine gewisse Mitbestimmung der Beschäftigten auch in den Unternehmen. Aber wie mit Hilfe konkreter Ansatzpunkte mehr und mehr Teile der Wirtschaft unter demokratische Kontrolle gebracht werden können, wird leider kaum noch diskutiert.
- Ein zentraler Baustein einer so verstandenen Wirtschaftsdemokratie wäre mit Sicherheit der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge. Nach der Privatisierungswelle in den vergangenen Jahrzehnten, woraus mal wieder nichts anderes als ein Abbau der Demokratie resultierte, keimen derzeit zum Glück zarte Pflänzchen einer Rekommunalisierung verschiedener Aufgaben. Es werden etwa Stadtwerke gegründet, um die Energie- und Wasserversorgung sicherzustellen. Genau so etwas könnte Grundlage einer Demokratisierung sein. Dazu muss aber zunächst einmal geklärt werden, was denn genau Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sein sollen. Und danach bedarf es einer politischen Strategie, wie wir solche zentralen Teile der Wirtschaft im Sinne des Gemeinwohls wieder unter demokratische Kontrolle bringen können.
- Demokratie muss immer wieder neu erlebt und gelernt werden. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass an den Orten, an denen junge Menschen sind, Demokratie gelebt werden kann. Das beginnt klassischer-

weise an den Schulen, wo eine demokratische Mitbestimmung aller Gruppen und damit auch der Schülerinnen und Schüler, etwa über Fragen der Schulentwicklung aber auch der Lehrinhalte gewährleistet werden muss. Das geht weiter an den Hochschulen, in denen neben einer Studierendenschaft, die ihre Belange selbst organisieren kann, auch demokratisch organisierte Hochschulgremien Bestandteil sein müssen. Die von neoliberalen Kräften eingesetzten Hochschulräte erfüllen das auf keine Art und Weise. Auch in den Ausbildungsbetrieben muss über die Kompetenzen der Jugendauszubildendenvertretungen nachgedacht werden. Aber auch außerhalb der Ausbildungseinrichtungen, sei es in Jugendzentren oder über Jugendräte oder -parlamente, müssen junge Menschen die Möglichkeit haben, über ihre Belange mit zu entscheiden. Dabei darf es aber nicht zu Partizipationsillusionen kommen.

- Auch der Steuersenkungswahn der vergangenen Jahre war letztlich nichts anderes als ein Abbau demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten. Je weniger Mittel die öffentliche Hand zur Verfügung hat, desto weniger kann sie auch die Gesellschaft gestalten. Deshalb gehört zu einem sozialdemokratischen Steuerdiskurs immer zuerst die Frage, was denn eigentlich politische Projekte sein sollen, die finanziert werden müssen. Und erst danach stellt sich dann die Frage, wie das Geld zusammen kommen soll. Die Jusos haben diese Fragen etwa in ihrem Konzept *Trendwende 3 mal 30 plus X* beantwortet.
- Last, but not least stellt sich die Demokratiefrage natürlich auch in der internationalen Dimension. Seien es die Europäische Union, die Vereinten Nationen oder eine andere der vielen weiteren internationalen Institutionen und Organisationen, die Sozialdemokratie bräuchte dringend eine umfassende Antwort auf nichts Geringeres als die Frage: Wie stellen wir uns eigentlich die demokratische internationale Gemeinschaft vor?

Natürlich handelt es sich hier um viele aufgeworfene Fragen und Bereiche, die nicht mal eben so beantwortet werden können. Und gerade deshalb könnten sie Teil eines umfassenden sozialdemokratischen Dis-

kurses sein, der längerfristig angelegt sein müsste, als nur bis zu den nächsten Landtags- oder Bundestagswahlen.

3. Was bedeutet das alles für die Organisation der Partei?

Um das alles auch glaubwürdig verkörpern zu können, muss die SPD natürlich auch die innerparteiliche Demokratie neu beleben. Und auch hier ist die Frage nach der Direktwahl von KandidatInnen für öffentliche Ämter oder Parteifunktionen sicherlich eine, aber eben nicht die alles entscheidende Frage. Vielmehr müsste die SPD wieder die Partei sein, in der die wesentlichen gesellschaftlichen Debatten geführt werden. Und zwar möglichst nicht allein, sondern gemeinsam mit vielen anderen. Es muss gerade vor Ort gelingen, auch Nichtmitglieder in inhaltliche Diskussionen einzubeziehen und ihre Meinungen ernst zu nehmen. Unabdingbar dafür ist aber auch ein vollständig neues Verständnis von innerparteilichen Debatten. In den vergangenen Jahren, und leider häufig auch noch bis heute, werden Beschlüsse von der Parteispitze gefasst, die dann letztlich von Parteitag bestätigt und – auch wenn nicht so geschehen – in der Regierung (trotzdem) umgesetzt werden. Die Bahnprivatisierung mag da als Beispiel genügen. Künftig muss es deshalb gelingen, Diskurse zu organisieren, bei der nicht jede andere Meinung automatisch als Angriff auf die Parteispitze aufgefasst wird. Darüber könnte und müsste es auch gelingen, wieder ein eigenständiges Programm und Mut zu Alternativen zu entwickeln. Der Segen der SPD wird mit Sicherheit nicht darin liegen, das gleiche Programm wie andere Parteien zu vertreten, es aber professioneller umsetzen zu können. Und letztlich gilt natürlich auch: Wenn man den Weg zu mehr BürgerInnenbeteiligung gehen will, muss sich auch die SPD neu aufstellen und auch zwischen den Wahlen kampagnenfähig sein und für ihre Inhalte streiten. Der angestoßene Diskussionsprozess über die organisatorische Erneuerung ist deshalb zu begrüßen. Man muss nur aufpassen, dass er nicht aufgrund von Machterhaltungswünschen auf der Hälfte der Strecke stecken bleibt.

Zu den Autorinnen und Autoren:

Dr. Gabriele Andretta, MdL, ist SPD-Abgeordnete im Niedersächsischen Landtag.

Prof. Dr. Ursula Birsl ist Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Demokratieforschung, insbesondere EU, politische Systeme im europäischen Vergleich und Bundesrepublik Deutschland an der Philipps-Universität Marburg.

Dr. Arno Brandt ist Bankdirektor bei der NORD/LB und arbeitet dort im Bereich der Regionalwirtschaft.

Prof. Dr. Alex Demirović ist Gastprofessur für Politikwissenschaften mit dem Schwerpunkt Politische Theorie und Ideengeschichte an der Technischen Universität Berlin.

Bernd Lange, MdEP, war von 1994 bis 2004 und ist seit 2009 wieder Abgeordneter im Europaparlament in der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten.

Prof. Dr. Birgit Mahnkopf ist Professorin für Europäische Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und arbeitet u. a. über soziale, ökologische und politische Dimensionen der Globalisierung.

Adrian Schäfer war während der Bildungsstreiks Schülervertreter und SV-Berater beim SV-Bildungswerk, ehemaliger Zivildienstleistender im Rettungsdienst und ehrenamtlich in verschiedenen kommunalen Bereichen tätig.

Dr. Cornelius Schley ist Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag.

Prof. Dr. Michael Schumann ist emeritierter Professor für Soziologie an der Georg-August-Universität Göttingen und amtierender Präsident des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI) an der Georg-August-Universität Göttingen und arbeitet dort u. a. zum Thema Wirtschaftsdemokratie.

Ralf Stegner, MdL ist SPD-Präsidiumsmitglied sowie Landesvorsitzender und Vorsitzender der Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

Dr. Hans-Jürgen Urban ist seit 2007 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall für die Bereiche Sozialpolitik, Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung und „Soziale Bewegungen“.

Prof. Dr. Michael Vester ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Leibniz-Universität Hannover mit den Forschungsschwerpunkten Sozialstruktur, Milieu und Mentalität, soziale Bewegungen, sozio-politische Lernprozesse.

Sascha Vogt ist Bundesvorsitzender der Jungsozialisten und arbeitet als Referatsleiter in der Abteilung Studienförderung der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf sowie an seiner Promotion.

Dr. Werner Widuckel war von 2005 bis 2010 Mitglied des Vorstands der AUDI AG für Personal- und Sozialwesen. Gegenwärtig lehrt er als Vertretungsprofessor an der Hochschule Heilbronn.

Petra Wilke ist Leiterin des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung.

